

BUKO

BUNDESKONFERENZ
DES WISSENSCHAFTLICHEN
UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS
DER ÖSTERREICHISCHEN
UNIVERSITÄTEN UND
KUNSTHOCHSCHULEN



20 Jahre
Bundeskonzferenz
Festschrift

Impressum

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:

Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals,
Liechtensteinstraße 22a, 1090 Wien, Tel.: 0222/3199 315-0, Telefax: 31 99 317, [e-mail: bundeskonferenz@bukol.bukonf.ac.at](mailto:bundeskonferenz@bukol.bukonf.ac.at)

Vorsitzender: Dr. Kurt Grünewald
Redaktion: Dr. Kurt Grünewald, Mag. Margit Sturm, Beate Milkovits,
Dr. Sonia Raviola und Dr. Hans-Christian Luschützky
Graf. Gestaltung / Layout: Beate Milkovits, Mag. Michael Herbst
Druckerei: Schreier & Braune, Aegidigasse 4, 1060 Wien

Hinweis:

Das nächste BUKO-Info erscheint im September 1997, Redaktionsschluß für Artikel und Leserbriefe ist der B. September 1997.

Inhalt

		Grußworte
Seite	3	Caspar Einem
Seite	4	Rudolf Schelten
Seite	5	Heinz Fischer Kommentar
Seite	6	Ungeteilte Verantwortung Editorial
Seite	11	Zu diesem BUKO-Info Grußworte
Seite	12	Arnold Schmidt (FWF)
Seite	13	Siegfried Dohr (GÖD)
Seite	14	20 Jahre BUKO
Seite	15	BUKO - doch nicht bukolisch?
Seite	17	Bruder ULV an Schwester BUKO
Seite	18	BUKO im Burgmärchen
Seite	21	Gestern ... heute ... morgen ... und in 20 Jahren?
Seite	25	Machtverschiebungen Präsidium
Seite	26	Forschung an den Universitäten
Seite	28	Kunst macht Schule
Seite	30	"Ich wünschte recht gelehrt zu werden" Aus der Geschichte
Seite	32	BUKO - von der Idee zur Wirklichkeit
Seite	34	Zur Entwicklung der Hochschulpolitik in Österreich
Seite	35	Alte und Neue Aufgaben der Bundeskonferenz
Seite	37	Kein Vorsitz sondern Geschäftsführung
Seite	38	Die BUKO im Aufbruch
Seite	40	Gedankensplitter
Seite	42	Bilanz eines Vorsitzenden
Seite	46	Keine Erfolgsgeschichte
Seite	48	Die BUKO und der "steinige" Weg zum UOG 93
Seite	49	Rückblick
Seite	50	Was heißt Mittelbau?

Bildnachweis

Titelbild: Mag. Michael Herbst

Caspar Einem

Obwohl ich erst seit wenigen Wochen als Wissenschaftsminister im Amt bin, hatte ich doch bereits Gelegenheit, die Arbeit der Bundeskonferenz bzw. ihre führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten bei verschiedenen Gelegenheiten kennenzulernen.

Die bisher wichtigste gemeinsam zu bewältigende Aufgabe waren zweifellos die Verhandlungen über ein neues Dienst- und Besoldungsrecht der Universitäts- und Hochschullehrer, die vor kurzem positiv abgeschlossen werden konnten.

Die Vertreterinnen und Vertreter der BUKO haben dank ihrer sachlichen und konstruktiven Beiträge zu diesen Verhandlungen einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen einer einvernehmlichen Lösung und haben sich damit große Verdienste um eine moderne und sinnvolle Weiterentwicklung des österreichischen Hochschulwesens in diesem Bereich erworben.

Kurz nach meinem Amtsantritt habe ich mit den gewählten Vertretern aller universitärer Gruppen, so auch mit jenen des akademischen Mittelbaus, einen hochschulpolitischen Dialog aufgenommen.

Von meinem Gespräch mit dem Leitungsgremium der BUKO habe ich die Überzeugung mitgenommen, daß es den gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern des Mittelbaus nicht nur um die Wahrung der legitimen Interessen der größten Gruppe der akademischen Lehrer/innen und Forscher/innen geht, sondern daß ihnen die weitere Entwicklung und Modernisierung des österreichischen Hochschulsystems insgesamt ein Anliegen ist, an dem sie mitarbeiten und mitgestalten möchten.

Ich freue mich über diese Dialog- und Kooperationsbereitschaft und möchte an dieser Stelle meine Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum - durchaus auch kritischen - Dialog neuerlich bekräftigen.

In diesem Sinn gratuliere ich der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals zum Jubiläum ihres zwanzigjährigen Bestehens und wünsche ihr und allen in ihr tätigen Funktionärinnen und Funktionären weiterhin viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit im Interesse des akademischen Mittelbaus, des Nachwuchses und damit der Zukunft der Lehre und der Forschung an den Universitäten und Kunsthochschulen unseres Landes!

Mit besten Grüßen und Wünschen

Dr. Caspar Einem
Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr seit 1997
[e-mail: minister@bmwf.gv.at](mailto:minister@bmwf.gv.at)

Grußworte

Rudolf Schotten

In meine mehr als zweijährige Amtszeit als Wissenschaftsminister fiel eine besonders schwierige Phase der Hochschulpolitik. Die Konsolidierungsmaßnahmen des öffentlichen Haushalts waren auch im Universitätsbereich kurzfristig und im entsprechenden Umfang umzusetzen. In dieser Zeit habe ich die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals als einen kompetenten, harten, aber fairen Gesprächs- und Verhandlungspartner kennengelernt, der nicht nur für die Interessen der von ihm vertretenen Universitätsangehörigen eintritt, sondern sich stets auch den Blick für die Notwendigkeiten des Gesamtsystems „Universität“ bewahrt hat.

Aus diesem Geist heraus ist es uns gemeinsam gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für die Hochschullehrer zu konzipieren.

Ich wünsche der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals anlässlich ihres Jubiläums alles Gute und hoffe, daß sie auch weiterhin mit soviel Verantwortungsgefühl die Interessen des akademischen Mittelbaus vertreten möge.

Dr. Rudolf Schotten
Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Verkehr
von 1994 bis 1997

Heinz Fischer

In diesen Tagen feiert die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen das Jubiläum ihres zwanzig jährigen Bestandes. Es ist mir ein Bedürfnis, zu diesem Jubiläum herzlich zu gratulieren - dies umso mehr, als ich sowohl als Abgeordneter zum Nationalrat, als auch als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung (in den Jahren 1983 bis 1987) viel und eng mit der Bundeskonferenz kooperiert habe.

Die Gründung der Bundeskonferenz erfolgte in den hochschulpolitisch so bewegten siebziger Jahren, als die Organisation der österreichischen Universitäten und Hochschulen grundlegend verändert wurde.

Das Universitätsorganisationsgesetz war - wie immer man dazu steht oder gestanden ist - ein Meilenstein in der österreichischen Universitäts- und Wissenschaftspolitik.

Es liegt mir fern, die Ereignisse im historischen Rückblick zu erklären, aber ich habe die Diskussion um die Universitätsreform in den siebziger Jahren als aufregend, intellektuell herausfordernd und außerordentlich wichtig empfunden.

Es sind ganz spezifische historische Umstände, die die Geschichte der österreichischen Universitäten im 20. Jahrhundert geprägt haben: Die Luegersche „Eroberung der Universitäten“ zur Jahrhundertwende, die Tragödie des Ersten Weltkrieges, die spannungreiche Zeit der Ersten Republik, die Katastrophe des Nationalsozialismus und die schwierige (zunächst von anderen Prioritäten beherrschte) unmittelbare Nachkriegszeit. Erst in den sechziger und dann in den siebziger Jahren hat man begonnen, sich der Bedeutung der Universitäten wieder in verstärktem Ausmaß bewußt zu werden. Die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre hat zusätzliche Impulse für die Universitätsdiskussion gebracht.

Die Hochschulorganisation der fünfziger Jahre, die zum Teil bis in die Zeit der Monarchie zurückreichte, war dringend reformbedürftig, die Frage jedoch, in welche Richtung die Universität sich weiter entwickeln sollte, war höchst umstritten. Ich bin jedenfalls noch heute der Auffassung, daß der Weg der Demokratisierung der Universitäten - so falsch und provokant er von **verschiedenen Ordinarien** auch **empfunden wurde - richtig war, wobei heute nicht mehr betont werden** muß, daß es sich nicht um eine Demokratisierung der Wissenschaft, sondern eben um eine Demokratisierung der Institution Universität gehandelt hat. Daß es dabei auch schwierige Abgrenzungsprobleme gegeben hat, wird nicht geleugnet, aber die Strukturen der Ordinariatsuniversität konnten nicht länger aufrecht erhalten werden und waren **ein echtes Hindernis für die weitere Entwicklung von Universität und Wissenschaft**.

Die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals hat entscheidende Beiträge zur Universitätsreform und zu deren praktischer Ausgestaltung geleistet.

Als Wissenschaftsminister und auch als Parlamentarier konnte ich nicht immer mit allen Positionen der BUKO konform gehen, aber ich glaube sagen zu können, daß es immer ein konstruktives Arbeitsverhältnis gegeben hat.

Und so fällt es mir nicht schwer, der BUKO heute zum 20. Geburtstag zu gratulieren und ihr für ihre insgesamt außerordentlich wertvolle und nützliche Tätigkeit herzlich zu danken. Für die weitere Tätigkeit wünsche ich der BUKO **viel Erfolg und tue dies heute nicht** nur als ehemaliger Wissenschaftsminister, Mitarbeiter und Kontrahent, sondern auch als Präsident des österreichischen Nationalrates.

Mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen

[o.Univ.-Prof.Dr. Heinz FISCHER](#)

Präsident des Nationalrates

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung von 1983 bis 1987

e-mail: heinz.fischer@pardinkom.gv.at

Ungeteilte Verantwortung

Eine (un)mögliche Festschrift für eine (un)berechenbare Bundeskonferenz

Kurt Grünewald

Das **zwanzigjährige Bestehen einer hochschulpolitischen** Einrichtung erweckt unterschiedlichste Erwartungen. Nicht alle können erfüllt werden. So bleiben die zahlreichen Stellungnahmen der BUKO zu Gesetzesentwürfen und Verordnungen hier unerwähnt. Die Statistik unserer Präsidiums- Plenums- und Kommissionssitzungen ruht sicher im Archiv und die Themen unserer Klausuren und Seminare werden nicht nochmals genannt. Pressemeldungen, ruhige und erregte Forderungen, Resolutionen, konstruktive Konzepte und Vorschläge zur Entwicklung der Universitäten und Kunsthochschulen, alles Zeichen unserer Reaktionen auf vielfältige, manchmal aber auch einfältige äußere Reize, werden der Festschrift keinen Glanz verleihen. Einiges über unsere kurze, aber ereignisreiche Geschichte findet sich allerdings in den Erinnerungen meiner Vorgänger und in den Beiträgen der Generalsekretärinnen.

Die Frage nach der Vergangenheit, unserer Rolle im Hier und Jetzt des politischen und universitären Alltags und nach unserer Zukunft ist berechtigt. Analysen im herkömmlichen Sinn werden zu keinen verbindlichen Antworten führen. Die so verbleibende Ungewißheit schafft Raum zum Denken und wird zum Motiv der Reflexion. Sie macht uns in gewissem Sinne unberechenbar. Das löst Angst wie Neugier aus; letztere könnte aber auch Ausgangspunkt einer neuen Hoffnung sein. Ob unter diesen Voraussetzungen unsere Festschrift ein gute und erfolgreich wird, überlasse ich unseren Lesern. Nennen wir sie daher vorsichtig „eine mögliche Festschrift“.

„was ist die BUKO?“ - „die BUKO ist!“

Das Kürzel BUKO erlaubt keine einfache Erkenntnis, und selbst nach Dechiffrierung der vier Buchstaben bleibt nichts als ein holpriges, sperriges Rätsel, das auch durch die Auflistung noch so akribischer Bilanzen nicht befriedigend gelöst werden kann.

Sollte Universitas etwas sein, das sich der üblichen Eindeutigkeit entzieht?

Lassen sich knapp achttausend Hochschullehrende, ihre Fachgebiete, Karrieren, Vorstellungen und Motive einfach dadurch charakterisieren, daß man ihre gemeinsamen Merkmale sucht, benennt und katalogisiert? Haben wir nur irgend etwas auf der Suche nach dem Mittelbau gefunden, wenn wir dabei nicht an Studierende und ihre Familien, an Professorinnen und Professoren, Beamtinnen und Beamte und ihre Befindlichkeiten im Ministerium, an den Stellenwert der Universitäten in den Köpfen der Regierung und von Abgeordneten, an die Bedürfnisse der Menschen, deren bloße Addition manche vereinfachend Gesellschaft nennen, gedacht haben?

Achttausend Personen an zwölf Universitäten und sechs Hochschulen sind so nur ein Teil jenes Ganzen, mit dem wir uns genauso beschäftigen sollten, wie mit dem uns vom Gesetzgeber überantwortetem

Auftrag, verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen.

Das Verlangen nach Sicherheit und festem Boden, den Definitionen zu vermitteln scheinen, ist häufig so groß wie die Angst vor Unbekanntem und Unkalkulierbarem. Dennoch ist mir im Umgang mit Menschen respektbezeugende Mehrdeutigkeit lieber als die ein- und ausgrenzende Eindeutigkeit. Daher habe ich meine Vorbehalte gegenüber der respektlosen Pseudoerkenntnis „das ist die BUKO“. Sie beschreibt die Gegenwart nur verkürzt und determiniert auch die Zukunft zum Kürzel.

Das Verlangen nach Sicherheit ist häufig so groß, daß wir ihm in unseren Urteilen zu rasch nachgeben und manches benennen, bevor es erfaßt und erkannt wurde. Es ist eine falsche Erleichterung, die einem raschen Urteil folgt. Nichts bringt uns dabei den Personen, Dingen und deren wechselseitigen Beziehungen näher. Ich wage die These, daß, wenn wir unseren Urteilen zu voreilig vertrauen, ein Stück jener Vertrautheit riskiert wird, welches sich erst im behutsamen, Zeit konsumierenden, weil kritischen Umgang mit Problemen entwickeln kann.

Es ist dies nicht die Forderung nach einer gemächlichen und behäbigen Hochschulpolitik und nicht ein Appell, sich zaudernd um Entscheidungen zu drücken. Es ist aber eine Forderung, darüber nachzudenken, wieviel an Zeit, Mut, Offenheit und Neugier, an Selbstkritik und Achtung angebracht ist, um sich Personen und Sachverhalten adäquat zu nähern.

„Logo“, „bingo“ und „that's it“ garantieren diesen verantwortungsvollen Zugang nicht, selbst der neu und gern zitierte „intelligente Wandel“ wird hier auf Inhalt, Gesinnung und Tauglichkeit recht, „cool“ zu prüfen sein.

Was schafft das Wissen der Wissenschaft? Allein immer mehr von immer Weniger zu wissen, kann kümmerlich machender Imperativ der eiltten Fachkundigen sein, sollte aber nicht voreilig Bildung zum Nutzen der Gesellschaft genannt werden.

Über verschiedene Erscheinungsformen der Wahrheit

Was alles wurde nicht getan und gedacht in der Überzeugung, sich im Besitz der Wahrheit zu befinden, als daß uns dieser Besitz nicht suspekt sein müßte?

Die Universität und wir als ihre Angehörigen sind Teil dieser Welt und ihrer Gesellschaft und unterliegen deren Gesetzen der Logik, ihren Anforderungen einer allgemeinen Ethik und Verantwortlichkeit. Auch als angebliche Produktionsstätte vermehrten Wissens können wir für uns keine eigenen Gesetze und Regeln erstellen, die sich einer allgemeineren Gültigkeit entziehen.

Wir können jedoch von uns fordern, daß unsere Neugier größer, die Unruhe im Suchen stärker und der konstruktive Zweifel anhaltender ist. „Ich zweifle, also bin ich“ wird somit nicht zum Leitspruch nörgelnder Unzufriedener, sondern erster sichtbarer Widerstand gegenüber degoutanten Vorurteilen, herablassender Einschätzung, vor-eiligen Ausgrenzungen und verächtlicher Erhabenheit.

Wie das Bild des Rätsels uns in Mythen und Märchen begegnet, begleitet uns der Versuch, die Rätsel zu lösen, in der Dynamik eines kaum zu befriedigenden Triebes. Erst wenn wir keine Rätsel mehr haben und glauben, alles zu wissen, haben wir nichts verstanden.

Da kaum etwas so einfach, klar und unwiderruflich ist, schaffen auch Erklärungen immer nur bedingte Klarheit. Die schrittweise Annäherung an die Wahrheit wird zu einem nicht enden wollenden Auftrag. So wie das fotografische Abbild einer Landschaft diese nicht in Besitz nimmt und die Besetzung ganzer Landstriche nicht deren Wesen erobern und vereinnahmen kann, so bleibt uns das Feld des nicht Gewußten und Fremden als Aufforderung, uns bekannter und wissender zu machen.

Da der Vermessene nicht geboren wurde, der versucht hätte, Dienstrecht und positive Phänomenologie zu einem Kunstwerk neuer politischer Sittlichkeit zu verweben, sollten wir uns zumindest des Satzes vom zureichenden Grund erinnern und uns **auch nicht genieren, zu überlegen, ob Wahrheit denn nicht mehr** ist als Abbild oberflächlicher Realität und Gegenwart.

Können wir uns Zweifel noch leisten und lassen sich Fragen budgetieren?

Die Neugier, die Unbekanntes erweckt, macht es zum Faszinosum. Es ist dankbar zu schätzen, daß der Staat sich bis heute diese Neugier etwas kosten läßt.

Die Finanzierbarkeit staatlich geförderter Neugier **ist aber nicht allein Sache budgetärer Rahmenbedingungen; sie ist in hohem Maße abhängig von** den Fragen, den Zweifeln und Wertvorstellungen der Regierenden. Daß auch diese Teil und Abbild unserer Gesellschaft sind und somit auch ein Stück von uns repräsentieren, sollte nachdenklich machen.

Der Blick auf politische Wirklichkeiten zeigt, daß das Interesse des Staates an einer etwas umfassenderen Sicht der Universitäten von einer zunehmend ernüchternden Beschränktheit ist.

Esmuß zur Kenntnis genommen werden, daß der Freiheit von Wissenschaft und Lehre Grenzen gesetzt sind, die ganz wesentlich von den Budgetentwürfen der Bundesregierung abhängen. Der Verdacht ist nicht unbegründet, daß im Vorteld politischer Entscheidungsfindung

Fragen, Forderungen und Aussagen der Universitäten gewertet werden und es keine unwesentliche Rolle spielt, ob diese nun die Vorstellungen, Vorurteile und Absichten des Gesetzgebers unterstützen oder ihnen zuwiderlaufen.

Wenn wir uns an die vom Gesetzgeber formulierten Grundsätze und Aufgaben der Universitäten erinnern, daran, daß sie zur Lösung der Probleme des Menschen und zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen haben, stellt sich zwangsläufig die Frage, wer denn nun bestimmt, was die Probleme des Menschen sind und wer über das Wissen verfügt, darüber unmißverständliche Klarheit zu schaffen, was unter gedeihlicher Entwicklung zu verstehen, oder gar, wie diese herbeizuführen sei.

Diese Auseinandersetzung wird vornehmlich in Wahlkampfzeiten, also selten, geführt und hat meines Wissens nie in einem befriedigenden Konsens gemündet.

Der Unschärfe des Wollens steht nunmehr allerdings eine beträchtliche Schärfe von Sparmaßnahmen gegenüber, die keineswegs muntern, daran zu **glauben, hier hätten differenziertere politischen Wertvorstellungen** das Handeln bestimmt. Die Tatsache beschränkter Ressourcen ist hinlänglich bekannt und die Sinnhaftigkeit eines verantwortlichen Umgangs mit öffentlichen Mitteln braucht, selbst wenn es einige glauben, nicht jedermann zum x-ten Male erklärt werden. Daher fehlt hier etwas, etwas, das über die einfache Verordnung der Weisheit, „spare in der Zeit, so hast du in der Not“ hinausgeht. Weshalb kann es nicht unter die Kategorie des heute so häufig zitierten „intelligenten Wandels“ subsumiert werden, auch daran zu denken, ob allzu billige Lösungen uns nicht in Zukunft teuer zu stehen kommen?

Wenn das Hinterfragen aller Erscheinungsformen erlebter Wirklichkeiten diese verändern kann und eine „Metaphysik des Sichtbaren“ den Blick auf bislang Unsichtbares öffnet und uns hindert, den Menschen zu verdinglichen und seine Nöte als gottgegeben anzusehen, ist das unbequem für jene, die sich in der Oberflächlichkeit des Alltags eingenistet und Macht verschafft haben.

Die Finanzierung des Unbequemen wird solange nicht freiwillig geschehen, als Fragen nicht angeordnet und Antworten nicht in Kaufhäusern bestellt und nach Wunsch der Auftraggeber gefertigt werden. Nicht immer, aber immer häufiger werden wir damit konfrontiert werden, daß man Loyalität auch dort einmahnt, wo sie nicht angebracht ist. Wir werden daher vorsichtig sein müssen, uns öffentliches Wohlwollen wie Subventionen nicht durch den geforderten Treueeid auf die bestehenden (Herrschafts)Verhältnisse zu erkaufen.

Ich wünsche mir, daß wir und mit uns auch andere der Gefahr der Käuflichkeit widerstehen und uns jene Unruhe bewahren, die uns offen sein läßt für die wahren Sorgen der Menschen, die uns die

Kommentar

Sensibilität dafür erhält, was Fortschritt sein könnte, und daß wir aus einer neuen und progressiven Form des Wissens heraus mächtiger werden, das Richtige zu tun und auch den Mut gewinnen, dafür überzeugend zu kämpfen.

Verrückt sieht manches besser aus und andere Merkwürdigkeiten

Wir können nicht alles stehen lassen wie und wo es ist. Das politische Denken den Politologen, die wirtschaftliche Verantwortung den Finanzwissenschaftlern, die Moral den Theologen und die Empathie, falls sie dort noch gelehrt wird, den Psychologen ist nicht das Konzept der Universitas.

Ein gewisser Grundkonsens über die Ethik der Wissenschaft ist über alle Disziplinen hinweg herzustellen. In diesem Sinne sollten Universitäten politischer werden. Trotz großen persönlichen Engagements von Vielen wurde an den Universitäten hier zu wenig sichtbar. Zu oft wurde geschwiegen. Einiges wird daher auch bei uns zu korrigieren sein. Glaubwürdigkeit ist keine Domäne akademischer Titel; auch Anstand fließt nie in Gallonen durch die Nürnberger Trichter. Interessensvertretungen sollten gerade jetzt darüber nachdenken, ob wirklich jedes Interesse verteidigt werden muß und ob bislang Solidarität nicht hin und wieder jenen zuteil wurde, die andere viele bitterer benötigen und dringlicher verdient hätten.

Ich verschweige nicht, daß dieser Konflikt auch in der BUKO immer wieder spürbar wird und Kontroversen hervorruft. Noch sind wir keine pädagogische Anstalt, und es wäre verlogen, so zu tun, als hätten wir in all unseren Sitzungen an nichts anderes gedacht, als uns dem Hören, Reinen und Schönen zu verschreiben.

Trotz fortschreitenden Alters ist der Jubilarin jedoch etwas geblieben, was man früher als Sturm und Drang bezeichnete. Mag sein, daß in diesem Kontext einige von uns, schon als Berufsjugendliche bespöttelt, an ihre Falten und an das Datum ihrer Geburt erinnert wurden. Die Diagnose, in der Entwicklung stecken geblieben zu sein, nichts dazugelernt zu haben und lediglich aus dem „Neid der Besitzlosen“ heraus zu agieren, erfolgt nicht nur hinter vorgehaltener Hand. Die Bundeskonferenz als Erscheinungsform einer Krankheit spiegelt allerdings eine etwas verzerrte Sicht der Dinge wider und wir sollten uns zum Anwalt der Patientin machen.

Wenn daran Anstoß genommen wird, daß wir nicht gelernt haben, uns mit allem abzufinden, wenn es erregt, daß es eine Festigkeit der Überzeugung gibt, die es nicht erlaubt, einfach passiv hinzunehmen, was dieser Überzeugung widerspricht, so sollten wir uns nicht durch **Diagnosen irritieren** lassen und auch nicht jene Verbrüderung suchen, die die Bequemlichkeit von Anerkennung und Wohlwollen verspricht. Zwar haben nach Mitscherlich bequeme Lösungsange-

bote eine nicht geringe Attraktionskraft, doch **ist die Kraft, die einer wahren Betroffenheit entspringt, nicht geringer.**

Es gibt viele anständige Gründe, mit der uns umgebenden Welt nicht zufrieden zu sein. Die Einsichten aus objektivierenden naturwissenschaftlichen Forschungsverfahren haben die Menschheit nicht humanisiert. Sehr treffend schreibt Camus, daß niemanden kenne, der für den ontologischen Beweis gestorben wäre und verknüpft die Tatsache, daß Galilei seine schwerwiegende Wahrheit den Scheiterhaufen nicht wert gewesen wäre, mit der Feststellung, daß sich andere Menschen für Ideen und Illusionen, die ihnen einen Grund zum Leben bedeuten, umbringen lassen. Zeigt uns das nicht, daß es auch Motive gibt, die nicht beiläufig beiseite gelegt werden können, daß das, was man einen Grund zum Leben nennt, gleichzeitig ein ausgezeichnete Grund zum Sterben ist?

universitäre Praxis einmal anders

Dem vielgeforderten Praxisbezug und dem Schritt aus dem oft so unfreundlich wie unwissend unterstellten Elfenbeinturm steht nicht selten ein Festklammern an Denkmodellen entgegen, die Wirklichkeiten als unwandelbare Objekte akzeptieren.

Theorien, die sich Menschen von außen nähern, bedingen ein hohes Maß an Statik und vermitteln, indem sie sich der Dynamik einer schwer kalkulierbaren Evolution verweigern, das Gefühl vermeintlicher Sicherheit. In diesem erlebten Spannungsfeld zwischen Metaphysik und **Positivismus mit ihren oft verabsolutierenden unterschiedlichen Betrachtungsweisen** bietet sich die Dialektik als Instrument der Praxis an. Diese Praxis sollte auf der Erkenntnis beruhen, daß das Bewußtsein die Welt und diese das Bewußtsein verändert. *„Die Dialektik ist aber nicht eine wissenschaftliche Methode unter, vielen, die man verwenden und verwerfen kann, je nach den in Ehren stehenden wissenschaftlichen Hypothesen, sie ist vielmehr das stete Bewußtwerden des notwendigen Aufbrechens aller Praxis durch die menschliche Reflexion“.*

„Eine vollkommene Dialektik ohne innere Widersprüche, ohne Abgleiten ins Unbewegliche, ohne Neigung zu ideologischem Dogmatismus wäre schon das Reich der vollen Transparenz, der vollständigen Freiheit. Eine solche dialektische Unfehlbarkeit ist widersinnig, sie wäre im Gegenteil ein Symptom der totalitären Erstarrung, der denkfaulen Selbstzufriedenheit“ (I.A. Caruso).

Das mag uns trösten, wenn unsere Neugier wechselhaft, oft launisch, gelegentlich sogar kümmerlich ist. Trotzdem zeigen wir, indem wir immer wieder mit unseren Fragen und Forderungen anecken, daß wir an der Modifikation von Wirklichkeiten arbeiten und Bedürfnisse signalisieren, die auf eine Veränderung der Wirklichkeit zielen.

Diese zugegebenerweise sanfte, manchmal auch rare, eben österrei-

chische Revolution des „Mittelbaus“, der sich bestehenden Systemen nicht konform unterwirft, entspringt freilich keiner motivationslosen abstrakten Freiheit.

Das Unrecht jeder Revolte beginnt dort, wo die Befriedigung egoistischer Ziele, zum Schaden und unter Vernachlässigung gerechter Ansprüche anderer, eben rücksichtslos, durchgesetzt wird. Zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden ist weder eine Frage des Gefühls, noch eine, die in Sekunden zu beantworten ist. Wir werden uns daher die Frage stellen müssen, ob unser Wohlbefinden auch das Wohl der Anderen ist. Ebenso aber ist es unser Recht, auch anderen in und außerhalb der Universität nicht zu erlassen, darüber nachzudenken, ob ihre Zufriedenheit nur durch unsere Unzufriedenheit sichergestellt werden kann. Diese kritische Selbstreflexion muß allen zugemutet werden, um zu jener Definition von Freiheit zu kommen, die darunter die Möglichkeit versteht, im Motivkonflikt handeln zu können, (A. Mitscherlich).

Richtiges und soziales Handeln kann aber auch heißen, berechnete Ansprüche von Gruppen auch auf Kosten bestehender Unrechtsverhältnisse und gegen den Widerstand mächtiger Nutznießer des Systems durchzusetzen. Hier greift der Vorwurf von billigem Egoismus und Standespolitik zu kurz und hier haben wir Position zu beziehen. So ist es meiner Ansicht nach Aufgabe einer verantwortungsvollen Hochschulpolitik, den Begriff der Wirklichkeit so auszuweiten, daß er über den Rahmen der unmittelbaren Betroffenheit hinaustritt und die kleine Welt der Standespolitik mit einer größeren in fruchtbare Beziehung setzt.

die Entdeckung der Vertrautheit und das Heimweh

Kommunikation und Mobilität sind gängige Schlagworte wie die „scientific community“. Schlagworte täuschen aber einer Verinnerlichung des Verstehens vor, die häufig nicht existiert. Der Austausch zwischen Universität und Gesellschaft scheint dabei oft noch ein geringeres Problem zu sein als die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Universität. „*Die Welt der Katze ist nicht die Welt des Ameisenbären*“; schreibt Camus. Nun vermute ich doch, daß weder BUKO, PROKO, noch OH Refugium, Gehege und Voliere solch seltener Rassen sind, als daß sie in ihren Biotopen jeweils spezifischer Überlebensbedingungen bedürften.

Nicht alles, was fremd und unwirtlich scheint, muß uns fremd und unwirtlich bleiben. Wir sind in letzter Zeit, wohl auch begünstigt durch den Druck von außen, einige Schritte auf uns zu gegangen und lernten dabei allzu Menschliches kennen, das uns vertraut vorkam. Wenn es in Zukunft gelingt, uns den wirklich großen Fragen zu stellen, zu sagen, was uns wirklich bewegt und berührt, werden wir, diese

Ehrlichkeit vorausgesetzt, erkennen, daß wir in den wirklich wesentlichen Dingen uns stärker ähneln als gedacht und vielleicht das gleiche Heimweh fühlen. Ist es nicht so, daß ein guter Teil unserer Auseinandersetzungen sich auf einer Bühne abspielt, die jedenfalls nicht die große Welt bedeutet?

Nicht alles, was harte Arbeit ist, ist schon Wissenschaft. Der Austausch zwischen den Gruppen und ihren Individuen kann beides sein. Er setzt nicht nur Offenheit zu sich selbst und gegenüber den anderen voraus, sondern auch ein hohes Maß an Leidensfähigkeit, Geduld und kultivierter Aggression. Dies deshalb, weil wir uns nicht der Aufrechterhaltung einer täuschenden Ordnung und einer autoritären und glaubensverankerten Meinungsbildung verschreiben, sondern unser Denken wie Handeln eine nach den Bedürfnissen der Menschen geprägte Gesellschaft ermöglichen sollte. Daß es, um dies zu erreichen, gilt, von einigen Vertrautheiten geliebter Wissenschaftsdisziplinen Abschied zu nehmen, zeigt die von Virchow postulierte, pauschalierte und im Angesicht realer Desillusionierungen zu fürchtende Vereinnahmung der Anderen in eigene überhöhte Scheinwirklichkeiten: „die Medizin ist eine soziale Wissenschaft und die Politik ist nichts weiter als Medizin im Großen“.

Wissenschaftler neigen bisweilen dazu, die Unsicherheit der Welt gegen die Sicherheit des Wissens in ihrer Disziplin zu tauschen. Dem sollte der Wunsch, die Welt zu begreifen, gegenüber stehen. Ein Bemühen, diese Welt auf das Menschliche zurückzuführen, ihr ein menschliches Signal aufzudrücken, sich in ihr wiederzufinden und aufgehoben zu fühlen und sich in ihr nicht als Fremder und Ausgeschlossener zu erleben.

Dieses Heimweh nach Einheit bleibt weithin unerfüllbar und ist Teil unseres geschichtlichen Dramas. Engagement in und für Organisationen können, wie die Entdeckung neuer Genloci, dieses Heimweh, ja selbst die Sehnsucht danach, nicht wirklich stillen. Auch diesen Tatsachen ins Auge zu blicken, stünde uns und der Wissenschaft gut an und würde die Brücke schlagen zu den Nöten der Menschen und einer „community“ neuer Qualität. Der Begriff Heimat wurde in der Geschichte oft mißbraucht. Dennoch ist er unverzichtbar, um Befindlichkeiten aufzuzeigen, die unser Leben ganz wesentlich bestimmen. Ich halte es für notwendig, daß wir uns dieser Bedeutung identitätsbestimmender Gefühle besinnen, da sie uns helfen werden, den Begriff Universität aus seiner abstrakten Verdinglichung zu befreien.

Autonomie wofür?

Deregulierung und Autonomie sind keine Morgengaben, die abstrakte Organisationen anderen ebenso abstrakten Einrichtungen zum Geschenk machen. Die Verordnung wie die Annahme so eigenartiger

Kommentar

Geschenke bereitet Schwierigkeiten. Man weiß nicht so recht mit ihnen umzugehen, findet die Großzügigkeit suspekt und reicht die Offerte im Kreise ratlos Stauender herum.

Es ist ebenso absurd wie naiv, zu glauben, eine Institution könne autonom sein.

Sie kann unabhängig (weniger abhängig) sein von diffizilem, finanziellem Diktat, von zu engen Zügeln eines praxisfremden Gesetzgebers, von der Willkür neidischer wie eitel geschäftiger Amtsstuben - aber was dann?

Die beschenkte Institution wird alles bei sich wiederfinden, was sie kürzlich noch den Zentralstellen vorwarf: Diktat, Enge, eitle Geschäftigkeit und Neid.

Autonomie ist mehr als Entlassung aus der Bevormundung. Die Autonomie garantiert, wenn man nie wirklich frei war, auch keinen Wiedergewinn alter Freiheiten.

Ohne die Souveränität ihrer Individuen wird die Universität ihre Autonomie nicht verwirklichen können. Ohne Überwindung von Unterdrückung und Angst wird dies nicht geschehen. Hierarchische Strukturen fordern Anpassung und fördern die freie Bewußtseinsbildung nicht. Der Verzicht auf Macht und Privilegien geschieht selten freiwillig, und so neigen hierarchische Strukturen dazu, sich zu perpetuieren. Herrschende Systeme tolerieren keinen Widerspruch, und die Überwindung von Abhängigkeit und Unmündigkeit will erkämpft werden. Soziale Anpassung heißt aber auch freiwillige Übernahme gewisser gesellschaftlicher Regeln durch das jeweilige Individuum und Bewußtmachung dessen, was nur unfreiwillig übernommen wurde.

Ohne die Auflösung von Widersprüchen und ohne bewußten, freiwillig übernommenen Verzicht wird sich da wie dort keine Autonomie entwickeln können. Wir an den Universitäten und Kunsthochschulen und die Politik werden dafür Sorge tragen müssen, ein Klima zu schaffen, welches erlaubt, Tradiertes in Frage zu stellen und damit Neuorientierungen zu ermöglichen. Noch sind die Automaten nicht erfunden, die Gesellschaft und personale Entwicklung versöhnen und Zielgerichtetheit, Vernunft und Ideale ohne unser Zutun produzieren.

Ausblick

Erinnern wir uns, daß es Auftrag an die Universitäten und Kunsthochschulen sein sollte, nicht einer Verabsolutierung kleiner Welten das Wort zu reden, sondern die mögliche Synthese zwischen wissenschaftlichen Disziplinen, gesellschaftlichen Ansprüchen und persönlichen Bedürfnissen zu suchen. Die Frage nach dem Wozu und Weshalb kann nicht endlos verschoben werden und die Zeit, die uns noch bleibt, Bilanz zu ziehen, zerrinnt uns zwischen den Händen. Es

wird immer dringlicher, den Begriff der Leistung zu erweitern und ihm die Schlagseite der reinen Zahlen, Formeln, Publikationslisten und Ämteranhäufungen zu nehmen. Etwas anders gesagt, sollten wir uns auf die Suche nach einem neuen Impact begeben und uns dem gefährlichsten Experiment, dem des Lebens, stellen.

Ob es eine gute oder auch nur denkbar mögliche Politik ist, dabei wertfrei die Bedürfnisse und Erwartungen aller zu befriedigen, darüber habe ich meine Zweifel. Eine erfolgreiche könnte es aber sein. Kann die Bundeskonferenz, die immer auch politisch sein wollte, nun beides, gut und erfolgreich sein?

Literatur:

- 1.) Alexander Mitscherlich: Krankheit als Konflikt. Studien zur psychosomatischen Medizin I. Edition Suhrkamp (1982)
- 2.) Igor A. Caruso: Soziale Aspekte der Psychoanalyse. Rowohlt (1972)
- 3.) Albert Camus: Der Mythos von Sisyphos. Rowohlt (1962)

Univ.-Doz.Dr. Kurt Grünewald
Vorsitzender der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen
und künstlerischen Personals (BUKO) seit 1995
e-mail: kurt.grunewald@bukol.bukonf.ac.at
oder: kurt.grunewald@uibk.ac.at

Zu diesem BUKO®INFO

Margit Sturm

Die letzten Monate und Jahre haben für die BUKO selten einen Grund zum Feiern geboten. Aber anlässlich von Jubiläen ist es üblich, Bilanzen zu ziehen. **Grußworte vom derzeitigen und einigen ehemaligen Ressortchefs und Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Politik bringen der BUKO gegenüber Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck.** Ziel der BUKO ist aber, das Jubiläum für kritische Reflexionen zu nützen. Die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg wird in vielen Beiträgen derzeitiger und ehemaliger FunktionärInnen gestellt. Bei einer Einschätzung dieser Frage muß dem strukturellen Kontext, den Rahmenbedingungen der Hochschulpolitik, den Handlungsspielräumen der jeweiligen Akteure großes Augenmerk geschenkt werden. Wenn man Politik als die Kunst des Möglichen bezeichnet, so gilt das auch für Hochschulpolitik. Hochschulpolitik ist aufs Engste mit allen übrigen Entwicklungen österreichischer Innenpolitik verflochten.

Mit **der Gründung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums wurde dem Hochschulbereich innenpolitisch ein höherer Stellenwert zugebilligt. Den jahrelangen Bemühungen um die Organisationsreform der Universitäten war wegen der unvereinbaren Vorstellungen zur Mitbestimmung kein Erfolg beschieden:** „Das Hochschulgremium der parlamentarischen Hochschulreform-Kommission hat sich den (...) unerlaubten Luxus gestattet, einfach zu **scheitern und zu versagen und sich selbst aufzulösen**“, war der **abschließende Kommentar der damaligen Bundesministerin Hertha Firnberg** im März 1972. Die Universitätsorganisation wurde im Jahr 1975 von der SPÖ-Alleinregierung einer gesetzlichen Neuregelung unterzogen, die als „die einschneidendste Veränderung der Hochschulstruktur seit 1848“ bezeichnet wird.

Von der „Idee zur Wirklichkeit“ beschreibt Gerhard Windischbauer wie es dem Assistentenverband damals gelang, die Gunst der Stunde zu nützen und die Einrichtung der BUKO als eine bundesweite Koordinationsstelle der Mittelbauaktivitäten der neu zusammengesetzten Kollegialorganen, politisch durchzusetzen. Die BUKO selbst ist somit ein wesentlicher Grundpfeiler der zur Institution gewordenen Idee der Mitbestimmung des Mittelbaues.

Die Realisierung dieser Konzeption im universitären Alltag war ein langer, oft steiniger Weg. Die ehemaligen FunktionärInnen schildern, wie sie die Aufgaben der BUKO gesehen und welche Schwerpunkte sie gesetzt haben. **Manches wurde erprobt und von der nächsten tonangebenden hochschulpolitischen Generation wieder verworfen, anderes, wie die Wissenschaftsmessen, wuchs über die Kapazität der BUKO hinaus und verselbständigte sich.**

Der im Gesetz formulierte Auftrag, „Vorschläge und Gutachten zu allen Gegenständen des Unversitäts- und Hochschulwesens“ zu erstellen, wurde von der BUKO immer sehr ernst genommen. Während der Entwurf von Christian Brünner die inhaltliche Grundlage für das nach 13 Jahren Verhandlung 1988 beschlossene Dienstrecht

bildete, paßten spätere ebenso fundierte Vorschläge, wie der Reformentwurf zum UOG von Hofer-Zeni, nicht ins Konzept der Regierenden.

Das politische Klima hat sich Ende der 80er Jahre verändert. Die Leitbegriffe der 70er Jahre, Chancengleichheit, Partnerschaft und Mitbestimmung, wurden durch Evaluation, Effizienz und Marktorientierung ersetzt. Mitbestimmung ist nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien teuer und ineffizient. Viele müssen über Vieles informiert werden, verwenden viel Zeit für Entscheidungen und Zeit ist Geld. Die grundsätzliche demokratiepolitische Brisanz dieser Themen hätte gerade im relativ überschaubaren Hochschulbereich die Suche und den Versuch kreativer Lösungen gerechtfertigt. Diese Chance wurde von der Politik vertan, indem die wichtigsten Entscheidungskompetenzen an Monokraten delegiert wurden. Die unter Minister Erhard Busek begonnene Vernetzung der Universitäten hat ermöglicht, daß im Speziellen der Mittelbau seine Fähigkeit, zeitgemäß Informations- und Partizipationsmodelle via Internet zu gestalten unter Beweis stellen konnte.

Spätestens seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist Hochschulpolitik nicht mehr nur ein Bereich österreichischer Innenpolitik. Das hat das Sparpaket 96, das zur Erreichung der Maastricht Kriterien auch die Universitäten kräftigen Budgetkürzungen unterwarf, deutlich gemacht.

Mit **der Einrichtung des Protestbüros an der Wirtschaftsuniversität Wien und der Veröffentlichung der Internetadresse des Einkommensverlustprogrammes bediente sich erstmals in Österreich eine gesellschaftliche Gruppe der virtuellen Netze mit dem Ziel, reale Verhältnisse zu verändern.** Die Maastricht-Kriterien und das Sparpaket wurden angesichts der Übermacht des Faktischen kaum grundsätzlich in Frage gestellt. Im Rahmen des realpolitischen Restspielraumes konnten dennoch Zeichen gesetzt werden. In den ein Jahr dauernden Neuverhandlungen des Dienstrechtes hat man im Rahmen der Sparovgaben eine Einigung auf ein gerechteres Lehrabgeltungsmodell für den Mittelbau erzielt. Da diese Einigung in dem zur Begutachtung ausgesandten Gesetzesentwurf in wesentlichen Punkten zurückgenommen wurde, ist es zu neuerlichen Gesprächen und Verhandlungen gekommen. Davon Näheres in einem beiliegenden BUKO-spezial.

Das Korsett, in das die Universitäten gezwängt werden, wird immer enger; weitere Budgetkürzungen stehen bevor. Es wird in der nächsten Zeit vor allem darum gehen, die **kleinen Handlungs- und Entscheidungsspielräume auszuloten und zu nützen, oder, wie Rosa L. es einst ausdrückte: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.“**

Mag. Margit Sturm
 Generalsekretärin der BUKO seit 1994
 e-mail: margit.sturm@bukol.bukonf.ac.at

Grußworte

Arnold Schmidt

FWF

Die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, „BUKO“, hat sich in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Stimme der österreichischen Universitäts- und Forschungspolitik entwickelt. Gerade in einer Zeit, in der in fast allen Industriestaaten unter dem Zwang der **Sparpolitik auch die Mittel für Wissenschaft und Forschung im besten Fall konstant bleiben**, ist diese Stimme wichtig. In der politischen Diskussion Österreichs spielen Forschung und Technologie nach wie **vor** eine viel zu geringe Rolle.

Es ist eine Tatsache, daß ein Großteil der Forschung in Österreich vom „Mittelbau“ durchgeführt wird. Dies kommt unter anderem in den Statistiken des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) zum Ausdruck: 53,9 % der 1996 bewilligten Forschungsprojekte werden von Personen geleitet, die Ihrer Organisation zuzuordnen sind. Nimmt man auch die anderen Förderungskategorien (Spezialforschungsbereiche, Forschungsschwerpunkte, Stipendien und Druckkostenbeiträge) hinzu, so erhöht sich dieser Anteil auf 62,0 %.

In den Gremien des FWF spielt universitäres Kuriendenken glücklicherweise keine Rolle. Dies **wurde auch von den Vertretern** der BUKO in den letzten Jahren durchaus so gesehen. Es geht nicht um eine „gerechte“ Verteilung der Mittel zwischen verschiedenen Universitäten, Kurien oder ähnlichem, sondern um die Unterscheidung zwischen international wettbewerbsfähiger und mediokrer bzw. **schlechter Forschung-unabhängig von Institution und Position des Antragstellers** bzw. der Antragstellerin. Ich glaube, daß dieser Ansatz auch über den FWF hinaus richtig und wichtig ist. Keine autoritäre Herrschaft von arrivierten Herrschaften, aber auch nicht die Errichtung eines „universitären Ständestaates“ wird den Anforderungen einer modernen Universität gerecht. Leistung und Qualität von Forschung und Lehre müssen in Zukunft das Ausmaß der zur Verfügung gestellten Ressourcen bestimmen. Dazu sind entsprechende Indikatoren zu entwickeln, die sich z.B. an den Absolventenzahlen der **Studierenden, der Studiendauer, der Studienabbruchrate, den eingeworbenen Drittmitteln und dem Publikationsoutput orientieren**.

Mit den besten Wünschen für Ihre aktive Teilnahme am **Reformprozeß der österreichischen Universitäts- und Forschungslandschaft**.

Univ.-Prof.Dr. Arnold Schmidt
Präsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)
[e-mail: schmidt@mails.ffw.univie.ac.at](mailto:schmidt@mails.ffw.univie.ac.at)

Siegfried Dohr

GÖD

Die Bundeskonferenz, wie sie mit dem Kurztitel heißt, ist seit langer Zeit als Vertreterin der Interessen des akademischen Mittelbaus an Universitäten und Hochschulen als Verhandlungspartner auf der Dienstnehmerseite ein unentbehrlicher Mitstreiter der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Ich erinnere mich noch sehr genau an die langen und umfangreichen Verhandlungen zur Neuordnung des Dienst- und Besoldungsrechtes im Bereich der Universitäten und Hochschulen, die im Jahre 1988 zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnten. Ich habe damals als Dienstrechtsreferent der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst an diesen Verhandlungen teilgenommen und die Vertreter der Bundeskonferenz als kompetente und sachkundige Teilnehmer an den Verhandlungen kennengelernt. Die Rechte des akademischen Mittelbaus konnten damals ausgebaut und abgesichert werden. Die Schaffung dauernder Dienstverhältnisse im Assistentenbereich trug wesentlich zur Stabilität von Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen bei.

Im Bereich der Kunsthochschulen waren unsere gemeinsamen Bemühungen geprägt von dem Ziel, vermehrt Dauerplanstellen zu erreichen und das Unwesen der „verschleierte Dienstverhältnisse“ durch Aneinanderreihung immer wiederholt vergebener Lehraufträge zu bekämpfen.

Der Vorsitzende Ihrer geschätzten Organisation, Universitätsdozent Dr. Kurt Grünewald, hat sich vor allem als konsequenter Vorkämpfer für die Schaffung gerechter Arbeitszeitregelungen für die Ärzte einen Namen gemacht und hat bereits lange vor Erreichung dieses Zieles auf die unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Ärzte an den Universitätskliniken und der Spitalsärzte hingewiesen. In dieser Eigenschaft wurde er auch österreichweit in den Medien bekannt. Er arbeitet auch in der Arbeitsgemeinschaft der Ärzte im Bereich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erfolgreich mit.

Die letzten Verhandlungen mit der Dienstgeberseite waren vor allem durch die Bemühungen gekennzeichnet, das „Sparpaket“ für die österreichischen Universitäten und Hochschulen so weit erträglich zu gestalten, daß die Belastung der davon betroffenen Bediensteten vor allem im Bereich des akademischen Mittelbaus in Grenzen gehalten werden kann. Außerdem konnte die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Vertragsassistenten durch Schaffung sicherer Arbeitsverhältnisse und eines attraktiven Entlohnungsschemas wesentlich verbessert werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst einerseits und der Bundeskonferenz andererseits hat sich somit bewährt.

Ich wünsche Ihrer Organisation auch weiterhin viel Erfolg bei der Durchsetzung der Interessen des akademischen Mittelbaus. Mögen von Ihrer Festveranstaltung weitere Impulse zum Zweck der Erreichung dieser Ziele ausgehen und Basis für eine erfolgreiche Zukunft Ihrer Organisation sein!

Hofrat Siegfried Dohr
Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)
[e-mail: siegfried_dohr@goed.oegb.or.at](mailto:siegfried_dohr@goed.oegb.or.at)

20 Jahre BUKO

Peter Skalicky

Ein guter Test für die Wichtigkeit und die Nützlichkeit einer Organisation ist es, sich die Frage zu stellen, ob man sie wieder erfinden müßte, wenn es sie nicht gäbe. Also **wie ist das mit der BUKO?** Ich denke, die BUKO müßte man wieder erfinden, wenn es sie nicht gäbe.

Hochschulpolitik ist (mit oder ohne Mitbestimmung) eine schwierige Sache. Schließlich hat man es mit einer Vielzahl von individuellen Interessen zu tun, vertreten von schlaun Intellektuellen, die oftmals gut, aber nicht konvergent argumentieren. Es ist schwer, deren Interessen und Argumente unter einen Hut zu bringen, obwohl dies unerlässlich ist, wenn man etwas erreichen will.

Die Gesellschaft hat oft unter universitärer Arroganz gelitten. Sand ist im Getriebe, wenn die **Angehörigen der Hochschulen auch untereinander versuchen, sich mit Arroganz zu beeindrucken**. Es führt dies leicht zu einem Appetenzverhalten mit niedrigen Reizschwellen, hinter dem die Interessen der Universitäten zurücktreten. Bekanntlich sind ja auch die Schwungfedern der Fasane, wie bei Konrad Lorenz nachzulesen, ein Beispiel gefährlicher Evolution. Je **länger und bunter** sie sind, desto stärker der Eindruck auf die Weibchen, jedoch desto schlechter fliegt der Fasan und wird letztlich vom Fuchs erwischt. Soziale Systeme wie Universitäten können „von oben her“ nur marginal verändert werden. Es bedarf der Mitwirkung aller Angehöriger, ob man das nun Mitbestimmung nennt **oder anders, und auf jeden Fall der Anreize, der Motivation und des Spielraums für Weiterentwicklung**. Und letztlich bedarf es auch entsprechender Plattformen, auf denen der Gedankenaustausch und die erforderlichen Wechselwirkungen stattfinden können. Noch etwas ist zu beachten: komplexe Systeme wie Universitäten verhalten sich oft „gegenintuitiv“, das heißt, Aussagen über ihr Verhalten werden umso unsicherer, je komplexer die Systeme sind. Viele kollektive (häufig auch politische) Entscheidungen beruhen jedoch auf intuitiven Vorurteilen und sind gerade deshalb oft falsch.

Hochwertiges liberales Zusammenleben setzt, wie gesagt, die Übernahme von Verantwortung und Vertrauen voraus:

Sachwissen und Motivation sind die wesentlichen Bestandteile der Verantwortung, die dennoch von allen gemeinsam zu tragen ist. Unfair ist allerdings die böswillige Kritik von Leuten, die sich nachträglich untadelige Lösungen ausdenken.

Es gibt, wie sie alle wissen, einen Trend, persönliche Verantwortung, die sich aus der Mitbestimmung ergibt, durch Bürokratie zu ersetzen, deren Verantwortung undeutlich oder inexistent ist. Zwar wäre ohne sie kein Rechtsstaat und keine hochentwickelte Industrie, kein Gesundheitswesen denkbar, und natürlich auch kein funktionierendes Bildungswesen. Den unbestreitbaren Vorzügen der Bürokratie wie Präzision, Kontinuität und Diskretion stehen allerdings auch ebenso die unbestreitbaren Nachteile der totalen Formalisierung und der

penetranten Verrechtlichung von Allem und Jedem gegenüber, die zu einem Verlust der Verantwortung führen. Hermann Kahn hat auf den Unterschied zwischen überraschungsfreier Zukunft und Überraschungen hingewiesen. Überraschungsfreie Entwürfe erzeugt man durch Extrapolation gegenwärtiger oder erkennbar entstehender Entwicklungsrichtungen. Sie liefern die Grundlage zur Beschreibung einer Standardwelt und ihrer kanonischen Variationen.

In komplexen Systemen sind jedoch nichtsimplifizierende Ideologien angebracht, sondern Verhaltensmuster liberaler, pluralistischer Gesellschaften, wie z.B. Kompromisse, für die auch persönliche Verantwortung zu übernehmen ist. Tatsächlich wird die Zukunft weiterhin sehr riskant sein und große Leistungen - qualitative Höchstleistungen - von uns verlangen. Wir brauchen dazu Bereitschaft zu Leistung, Verantwortung und Gemeinnutz. Das sind ethische Maßstäbe, über die man durchaus reden darf. Obwohl man manchmal fast den Eindruck hat, dies sei unzeitgemäß geworden, wo soviel von Emanzipation und weniger über Verantwortung gesprochen wird.

Auch ist es unmöglich, vollkommene Transparenz sozialen Verhaltens zu erzielen. Manchmal will man ständig registrieren, wer wann was warum tat oder sagte und es mit dem vergleichen was kollektiv vorgeschrieben ist. Jeder plant für jeden, jeder kontrolliert jeden, jeder straft jeden, jeder mißtraut jedem. Initiativen, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein bleiben auf der Strecke. Die BUKO hat mit kooperativen und verantwortungsbewußten Funktionären eine geistige Heimstatt für die vielen hochschulpolitischen Argumente und Diskussionen geschaffen und, in Hörweite der Politik, ihren Platz zum Wohl der universitären Landschaft gut behauptet. Sie ist ein **wichtiger Faktor der geistigen und politischen Regsamkeit unseres Systems, welches sich, wie gesagt, manchmal schwer damit tut, sich angemessen zu artikulieren. Ein verlässlicher Partner**, wenn nötig ein besonnener Gegenspieler, impertinenter als die Rektorenkonferenz, ist die BUKO ein unverzichtbares Element unserer Hochschulpolitik geworden. Das gute Einvernehmen mit den anderen hochschulpolitischen Gremien und Vertretungsinstitutionen ist ebenfalls zu einem beträchtlichen Teilein Verdienst der BUKO und ihrer Funktionäre. Gemeinsam sind wir stärker, um nicht zu sagen, unausstehlich. Wir bemühen **uns ja alle redlich, die Hochschulpolitik zu einem Gesamtkunstwerk werden zu lassen**. Die Universitäten (nicht nur die Kunsthochschulen) sind ja schon eines, die Hochschulpolitik nicht immer. Die Rektorenkonferenz grüßt die BUKO und wünscht weiterhin viel Erfolg und gute Zusammenarbeit. Wir werden weiterhin so manches gemeinsam oder zumindest parallel machen müssen.

Vivat et floreat, BUKO (crescat wird am Budget scheitern), die nächsten 20 Jahre werden nicht einfach werden. Die BUKO möge weiterhin die Ohren steif halten.

[o.Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Peter Skalicky](#)

Rektor der TU-Wien, Präsident der Österreichischen Rektorenkonferenz (ÖRK)

[e-mail: skalicky@email.tuwien.ac.at](mailto:skalicky@email.tuwien.ac.at)

BUKO - doch nicht bukolisch?

Johannes Koder

Als ich vor wenigen Jahren, aus dem elfenbeinernen Orchideenturm vorsichtig hervorspähend, als unbedarfter (und wenig vorbelasteter) Außenseiter (nicht Amateur noch Dilettant, weil beide Termini durch eine Zuneigung zu der betreffenden Tätigkeit gekennzeichnet sind) in akademischen Funktionärskreisen, das erste Mal das Wort BUKO hörte, stellte ich mir darunter tatsächlich etwas zwar (natürlich) Profihafes, aber doch BUKOLisches vor. Da nämlich die erste Kenntnisnahme der BUKO meinerseits auf die Information eines Kollegen zurückging, die BUKO halte grundsätzlich mehrtägige Plenarsitzungen ab, weil immersoviel Wichtiges zu beraten sei, daß man mit einem Tag nicht das Auslangen finde, meinte ich naiverweise, daß die BUKOLiker und BUKOLikerinnen aus purer Freude am Zusammensein oft und gerne **plenieren und vielleicht ihre Plenartagung bei** Schönwetter im Freien abhalten, wobei die jungen Leutchen fröhlich Osso Buko verzehren, musizieren und Reigen tanzen, aber auch tiefe (und neue) Weisheiten in Form platonischer Dialoge von sich geben, während der / die Vorsitzende Ambrosia und Nektar verteilt.

Inzwischen bin ich eines Besseren belehrt, und dies nicht nur **hin-sichtlich der Jugendlichkeit der** BUKOLikerInnen: Die Wirklichkeit der gut dreizehn Jahre älteren „Schwester“ der PROKO sieht natürlich in vieler Hinsicht anders als in meiner ursprünglichen Vorstellung aus und vor allem anders als die PROKO, denn die BUKO hat zu allen anderen Aufgaben, die in ihrer Ähnlichkeit die beiden Organisationen (und noch einige **andere**) **so vielfältig verbinden, noch eine** ungeschriebene, aber umso wichtigere Verpflichtung: sie MUSS jung, innovativ, dynamisch, zukunftsbewußt und revolutionär wirken (aber doch nicht zu sehr); sie kann es sich also nicht - wie die PROKO - leisten, bei Bedarf (oder nach Laune) altersbedingt einfach Gelassenheit zu mimen.

Und die BUKOlen und **BUKOLinnen schaffen dies tatsächlich, wovon ich mich bei der Teilnahme an nicht mehr zu zählenden Sitzungen** des Koordinationsausschusses überzeugen konnte: Ob Lehrabgeltung des Mittelbaus oder Dienstpflichtenfestlegung, ob Forschungs-, Lehr- oder Administrativlast (oder: -überlast), bei welcher Materie auch immer, es gelingt der BUKO, die oben beschriebene Jugendlichkeit in der ganzen Vielgestaltigkeit ihrer Personalisierungsformen auszustrahlen, eine breite Palette von Diskussionsformen einzubringen, den Leidensdruck überzeugend darzustellen, dem BUKO-Funktionäre von so vielen Seiten, insonderheit von der Basis, ausgesetzt sind und am Ende, nach harten Auseinandersetzungen, doch mit staatstragender Kompromißbereitschaft, zu verbinden. Dazu ist der zwanzig Jahre alten Dame zu gratulieren.

Zu denken gab mir die vor etwa eineinhalb Jahren ausgegebene (Weihnachts-?) Parole, die BUKO sei *professionell, nichtprofessoral*. Läßt man die Aspekte des Wortspiels und der mit dem Profilierungs-

bedürfniserklärbaren vordergründigen Polemik beiseite, so stellt sich die Frage nach dem Inhalt der reklamierten „Professionalität“. Geht es nämlich um eine Professionalität der Standespolitik als solcher, vor der die eigentlichen Aufgaben dann verstärkt zurücktreten müssen, so korreliert diese Professionalität doch oft einerseits mit Entfremdung von denen, die zu vertreten man sich zur Aufgabe gemacht hat, und andererseits mit Betriebsblindheit oder zumindest verengter Sichtweise. Dies sei nicht als böartige Unterstellung verstanden, sondern als eine auf Beobachtungen beruhende Warnung, durchaus als allgemeine Aussage, die sich als beispielsweise auch auf die Organisation richtet, der ich angehöre. Wir sollten uns - erst recht angesichts der oftmals törichten aktuellen Angriffe auf die von uns für Staat und Gesellschaft als elementarerkannten Lehr- und Forschungsstrukturen - nicht durch Alltagsgrabenkämpfe und durch Pauschalbehauptungen ins Bockshorn jagen lassen. Die Forderung unsererseits nach einer Maßnahme ist nicht gleich deswegen falsch oder überhöht, weil sie vergeblich, „in der Öffentlichkeit nicht durchsetzbar“ ist - dies insbesondere dann, wenn die hierfür reklamierte Öffentlichkeit erst künstlich inszeniert werden muß und sich letztlich als lebensfremde Kleingruppe herausstellt, die lediglich aus den Eintagsfliegen von Pressekommentaren besteht.

Ein paar Bemerkungen erscheinen angebracht über die Beziehung der BUKOLiker zu den jüngeren PROKO-Senioren. EvaPROKO ward vor einigen Jahren aus der Rippe des Adam BUKO geschaffen, ein gelungener (wenngleich nicht paradiesischer) Schöpfungsakt, der uns zudem daran erinnert, daß aus Mittelbauangehörigen ProfessorInnen werden können. 1990/91 also vermochte die PROKO sich von der BUKO abzunabeln. Wenn jungen Eltern alte Kinder abgenabelt werden, kann dies ein schmerzhafter Vorgang sein, der bisweilen für beide Teile ein böses Ende nimmt, eher auf der Psychiatercouch als im Beichtstuhl. Nicht so hier: Ohne vorbehaltlos Rosen streuen zu wollen, sehe ich im Verhältnis der BUKO zur PROKO einen der wenigen Fälle, in denen es positiv zu bewerten ist, daß Institutionen - anders als Menschen oder Elefanten - kein Gedächtnis haben, so daß durch die Fluktuation der Personen wohl mancher Schmerz, manche Animosität und manche Friktion der Vergangenheit bald ihrer Aktualität entkleidet wurden.

Ich glaube, daß angesichts von oftmals unterschiedlichen Stand- und Ausgangspunkten die Trennung der PROKO von der BUKO schon in den vergangenen Jahren zu einer Versachlichung von Streit, zu einer differenzierten „Streitkultur“ geführt hat und daß die Zukunft eine weitere positive Entwicklung bringen kann. Bei Übereinstimmung der Interessen wiederum - sie begegnet häufiger, als man fürs **erste meinen möchte - ist die Außenwirkung oft** sogar besser, wenn zwei Stimmen sprechen statt einer.

PROKO

Diese „**Eintracht in der Vielfalt**“ hat sich bereits bei den vergangenen und aktuellen Gesprächen über die Reform der Studien und des Hochschullehrerdienstrechts positiv ausgewirkt und sollte künftig bei der Weiterentwicklung der beiden (und anderer) Bereiche, insbesondere bei der Evaluation, noch deutlicher und „professioneller“ instrumentalisiert werden.

Die Notwendigkeit kritischer Zusammenarbeit verstärkt sich noch dadurch, daß Universitäten und Kunsthochschulen, Wissenschaft und Kunst, Forschung (daß im Getümmel der Umbenennungen just diese als erste aus dem Vokabular der Ministeriumsamen verschwand, ist keine Überraschung) und Lehre immer mehr zu einer beliebigen Verschubmasse, zum selbstverständlichen Spielball derjenigen Politiker wurden, die es dann in ihrer Art wohl wirklich verdienen, den neuen Grad eines „Master of Advanced Studies“ zu tragen, Menschen, die diese Bereiche einander aus sachlich nicht nachvollziehbaren Gründen oder aus Gleichgültigkeit zuspielden, um ihre Arbeit dann solange zu tun, wie sie ihnen Spaß macht.

Um gegenwärtigen und künftigen Irrwegen die richtigen, besseren Leitbilder und Konzepte entgegenzusetzen, wird es Kraft, Durchhaltevermögen und Optimismus brauchen. Diese Eigenschaften wünschen wir der BUKO, und dazu weiterhin die Kooperationsbereitschaft mit den doch oftmals Gleichgesinnten,

[o.Univ.-Prof.Dr. Johannes Koder](#)
Vorsitzender der Bundeskonferenz der Universitäts-
und Hochschulprofessoren (PROKO)
[e-mail: johannes.koder@univie.ac.at](mailto:johannes.koder@univie.ac.at)

Bruder ULV an Schwester BUKO

Tilmann Reuther

Kaum zu glauben, seit dem Tag, als mein zweiter (oder dritter?) Chef Dein erster wurde und Firnberg zu Deiner Taufe lud... Was hat Dich nicht alles bewegt, begeistert, bedrückt und beschwert seit jener Zeit! Was alles haben wir nicht miteinander durchgestanden, mitgemacht und ausgefochten! Und jetzt dieses Fest, mit den vielen Gästen. Verzeih mir, für eine Festschrift bist Du noch zu jung, für eine Feste rede gibt es berufenere Kräfte, und Memoiren zu schreiben habe ich selbst noch nicht begonnen. Also krame ich in der Erinnerungskiste, und komme dann einfach zum Fest, um Dich ans Herz zu drücken und Dir zu wünschen, was Dein Herz begehrt.

Ich seh Dich voll Lebensfreude, voller Pläne und Projekte. Manchmal freilich auch zerrissen, denn allzu viele reden auf Dich ein. Aber das muß wohl so sein, in Deinem beneidenswerten Alter. Und schließlich war auch unser Verhältnis nicht immer frei von Streit und Eifer. Miteinander groß geworden sind wir dennoch irgendwie, übrigens nicht immer zur Freude der Umgebung. Zu groß geworden, wie manche glauben, oder zumindest glaubten, denn manchmal scheint es doch, daß man uns zwischendurch ernst nimmt, und manches vorbespricht und überlegt, bevor es Ärger mit uns gibt.

Mit uns, das sagt sich heute leichter als man glaubt, denn manchmal hatte ja auch jeder seinen eigenen Ehrgeiz. Besonders als Du, so um die zehn, ein neues Heim bekamst, und ich mich an den Rand gedrängt fühlte. Das hat so mancher auch für sich genutzt, von unseren Chefs, von den verwandten Organ(isation)en, und den Großen vom Platz der Kleinen Brüder. Auch warst Du ja von Anfang an in strengere, offiziellere, manchmal geradezu koalitionsähnliche Rahmen gestellt, was manche Deiner vielen Seelen hie und da (vielleicht sogar?) genossen haben, bevor sich die Kumulierungen von Ämtern und Erbpachten aufhörten und die Suche nach Nachwuchs uns zu beschäftigen begann. Oder irre ich mich da?

Und jetzt denk einmal an **die vielen Situationen, bei denen** wir uns bewähren wollten und/oder mußten:

Zuerst, noch ohne Dich, war es das (gegenüber den 68ern) etwas verspätete, doch nun schon legendäre 75er-UOG, Herthas große Zeit, heute schon überholt (vom Geist der Zeit?), dann der lange Weg zum 88er-BDG, das uns übrigens manche Beziehungskrise beschert hat, und in jüngster Zeit - als wir gerade festen Boden unter den Füßen wähten und uns 75 wie auch 88 gelungen schienen - die Rückkehr der Monokraten anno 93, der Anfang eines neuen Marsches durch die Institutionen, die Sparpakete eins - zwei - zweieinhalb (oder doch drei?), das Gürtel-enger-Schnallen, und das prophezeite Ende vieler Schrebergärten via UniStudG. Da scheint sich zu erfüllen, was manche düster ahnten und andere mit Effizienz, Flexibilität und Verantwortlichkeit beschreiben. Doch da meldeten sie sich wieder, unsere Lebensgeister, die Basis, und gerade ist ein Jahr zu Ende, in dem doch etwas weitergegangen ist, wenn gleich - oh schnöder Mammon, oh teure Zeit - unter nicht geringem Einsatz eigener Mittel. Ich kann Dir

nur sagen, es war letztlich ein Erlebnis, einander wieder einmal kräftig beizustehen, jeder in seiner Art, Du mit der Festigkeit der offiziellen Position und ich mit so manchem impulsiven Vorstoß. Und in der nächsten Zeit? Ich glaube, Du wirst nützen können, was in Dir steckt. Bezaubere die Welt in Deinem lichten Türkis, verbinde Deine Freunde weiterhin mit Festen, und laß die Köpfe rauchen in Deinen Sitzungen.

Dein ULV

Quellen (à la russe)

a) Primärliteratur:

Kosak: Im Sturm der Zeiten (mündlich)

Ortner: Die großen Vorsitzenden - ein Abriß

Boko: Tabula gratulatoria

b) Sekundärliteratur:

Frühwirth: Anfang und Ende der Personalunion

Windischbauer: Vom Verein zum Gesetz

Rebernick: Das Vier-Unterschriften-Papier

Pochmarski: Personalvertretung für Fortgeschrittene

Prohazka: Astronomische Ausblicke

Faber: Vom Sitzen im Atom

Mazzucco: Impulse und Konsequenzen

Magerl: Interregnum aus einem Guß

Weigel: Die Öffentlichkeitsarbeit als private Aufgabe

Burkert: Von Graz nach Wien - ein Programmentwurf

Mell & Mandl: Das Interregnum - Band 1 oder 2

Wolf: Patientenbetreuung statt Tennis

Wurm: Palastreden

Frei: Der (be)treffende Ausdruck

Schollum: Musischer Ausgleich

Grünewald: Der Westwind in der Medizin

Sturm: Geschichte für Generalinnen

c) Nachschlagwerke:

Busek: Da werde ich eben Existenzlektor-Zitatensammlung

Schalten: Es muß nicht immer Kaviar sein - Kulturbrevier

Höllinger: His masters in-voice - experimental-fundamentales

Handbuch

Einem: Gutes Klima-guter Klima: grammatisch-pragmatische

Grundlagen

Matzenauer/Sebök/Kraft u.a.: Worauf Sie sich verlassen

können - Texte

Ruttenstorfer: Vom Springen über Edlingers Schatten - Tabellenwerk

Zelewitz: Vertrauensbildung leichtgemacht (nur über Handy

zu beziehen)

Legat/Bohmann/Fett: Manche mögen's heiß - Stimmungsbilder

Prof. Mag. Tilmann Reuther
Vorsitzender des Universitätslehrerverbandes (ULV)
Institut für Slawistik, Universität Klagenfurt
e-mail: tilmann.reuther@uni-klu.ac.at

BUKO im Burgmärchen

Günter Lueger

Geschrieben von Günter Lueger und vorgelesen von Gerda Bohmann

BUKO hat heute Geburtstag, sie ist zwanzig Jahre alt und so lange lebt sie auch schon in der Burg mit dem etwas komischen Namen „Institutionen der Interessenvertretung der Wissenschaft“. Es leben nicht viele Menschen in der Burg und alle haben recht komische Namen. Da heißt ein älterer, oft wohlwollender, aber dann auch wieder gleich ganz strenger Herr PROKO, ein anderer heißt ULV und der lustigste Name war für BUKO immer schon BSHL. Es gibt auch einen König in der Burg (den alle "Dienstgeber" nennen, was BUKO aber immer sehr verwundert hat, da sie glaubt, daß sie es ist, die ihre Dienste gibt) und auch einen Burgherrn, der einen sagenumwobenen Vornamen trägt. Auch wenn die Namen komisch klingen, sie passen eigentlich recht gut zur Sprache, die in der Burg gesprochen wird. Beim Reden in der Burg werden auch viele Abkürzungen und Formulierungen verwendet, die außerhalb der Burg kaum jemand verstehen kann. BUKO hat als Kind schon gelernt, daß es auch gar nicht wichtig ist, daß die Landleute diese Sprache verstehen.

Und was in dieser Burg auch ziemlich komisch ist, ist die Sache mit dem König (der neue König hat sogar einen Vornamen, der mehr an einen Spaßmacher erinnert). Man sieht ihn nur recht selten und er ist den meisten Leuten fremd, obwohl er ja zur Burg gehört. BUKO ist mittlerweile auch überzeugt, daß Könige ein schweres Schicksal tragen müssen: sie leben nur ganz kurz (manche nur wenige Jahre) und sie leben ganz oben im Turm, wo sie oft sehr alleine sind. Und was für diesen König besonders schlimm sein muß, ist, daß er nicht wirklich gefürchtet wird.

Beim Burgherrn ist das schon anders: der wird zwar vielleicht nicht von allen gefürchtet, aber die, die ihn nicht fürchten, respektieren ihn (was aber weniger auf sein Gesinde zutrifft: die hören nur wenige freundliche Worte von ihm und müssen sehr sehr viel für ihn arbeiten). Er ist ein älterer Herr, der nicht viel spricht und trotzdem tun alle, was er will. Vom Burgherrn erzählt man sich, daß er gar nicht vom „richtigen“ Stände sei, und daß er früher einmal bei den Leuten am Lande gelebt haben soll. BUKO glaubt das auch, denn er erzählt so viele Geschichten von den Menschen draußen; die kann er sich ja gar nicht nur im Kopf ausgedacht haben. Allerdings muß er in einem schrecklichen Tal gelebt haben, denn die Geschichten von den Leuten draußen in diesem Tal sind oft schauerlich. Viele in der Burg mögen den Burgherrn nicht (BUKO hat aber festgestellt, daß viele das nur anderen gegenüber sagen, tatsächlich mögen sie ihn doch). BUKO weiß auch, daß der alte Burgherr sich viele Sorgen um das Leben in und außerhalb der Burg macht. BUKO hat vor Jahren einen Geheimgang gefunden und dabei eine entlegene, aber wunderschöne Kammer entdeckt, die der Burgherr heimlich benutzt. Dort sind viele

Bücher und schöne, bunte Dinge aus fernen Ländern. BUKO hat ihn oft in dieser Kammer von einer verborgenen Geheimnische aus beobachtet und festgestellt, daß er sehr liebevoll mit diesen Dingen umgeht, schöne Bilder malt und Gedichte schreibt. Der Burgherr versucht auch viel für die Untertanen zu tun und er murmelt viele seiner Pläne in dieser Kammer vorsich, wie er die Bösen bestrafen und die Guten belohnen könnte. BUKO glaubt aber, daß er sich durch das ewige Nachdenken selber ein bißchen wirt gemacht hat und oft die Guten von den Bösen nicht mehr unterscheiden kann.

Als Kind hat BUKO die Burg geliebt. Die vielen Geheimgänge, die großen Versammlungshallen, überall konnte sie herumtollen und kaum einer hat sich damals beschwert (außer wenn sie vielleicht einmal zu laut war). Aber das alles ist schon lange her. BUKO hat sehr bald lernen müssen, nur ganz bestimmte Gänge zu benutzen und sie darf auch nicht mehr bei allen Versammlungen in der großen Halle dabei sein. Als man sie neulich einmal erwischte, wie sie unerlaubterweise zum König schleichen wollte, wurde sie gleich von der nächsten Versammlung ausgeschlossen. BUKO hat überhaupt das Gefühl, daß man sie eines Tages ins Burgverlies sperren würde, wenn sie nicht mehr das tut, was die anderen von ihr wollen.

In einer Stunde beginnt BUKOs Geburtstagsfeier in der Burg und alle Burgbewohner werden kommen. Sie verspürt ein bißchen Nervosität, das sie immer noch nicht genau weiß, wieso zu ihrem Feste erscheinen soll. Sie steht vor dem Spiegel in ihrer etwas düsteren Kammer und dreht sich sanft, fast ein bißchen schwingend nach links und nach rechts (BUKO zieht es generell vor, sich sanfter zu bewegen, denn sie mag keine scharfen Bewegungen und Drehungen). Mit einem leichten, aber nicht mehr allzu selbstkritischen Blick einer recht attraktiven Zwanzigjährigen mustert sie nun schon das sechste Kleid, das sie sich übergestreift hat. „Ein wenig verstaubt“ murmelt sie zu sich selber, „aber es paßt zu den Leuten und zu den Gesprächen, die wohl auch heute wieder im Laufe des Abends geführt werden“. BUKO mag diese schweren Kleider nicht besonders und möchte gerne etwas Luftigeres und Fröhlicheres tragen - sie weiß aber, daß das in der Burg wenig geschätzt wird. Ja, anpassen, das kann BUKO gut-besser gesagt: das muß sie gut können.

BUKO ist zwar erst zwanzig, aber ihr Auftreten entspricht deutlich einem höheren Alter. Diesen Eindruck gewinnt man vor allem durch die ernste Art, die sie sich in den letzten Jahren zugelegt hat. BUKO kann so ernst und seriös auftreten, daß sie manchmal über ihr eigenes Verhalten erschrickt (BUKO nimmt sich ihrer Kammeröffters vor, die Leute bei der Versammlung ein bißchen aufzuschrecken, tut es dann aber öfters viel sanfter, als sie ursprünglich vorgehabt hatte) und danach ist sie immer wieder ein bißchen von sich selber enttäuscht. Sie braucht dieses Auftreten aber auch gegenüber den Leuten, die in

der Burg wohnen. Da wird oft so eloquent gesprochen, daß BUKO glaubt, die Leute lesen aus unsichtbaren Büchern vor. Und die Stimmung bei Versammlungen ist manchmal so steif, daß man oft die nicht gesagten Sätze viel deutlicher versteht als die gesagten.

Diese ernste Art mag BUKO an sich nicht, und noch etwas geht BUKO an ihr selber auf die Nerven: sie ist im Laufe des Älterwerdens mißtrauisch geworden. Das hat natürlich auch viel mit ihren schlechten Erfahrungen in den letzten Jahren zu tun, wo sie in der Burg öfters kräftig hintergangen wurde. Auf der anderen Seite hat sie auch festgestellt, daß es den anderen Burgbewohnern oft noch viel schlechter ergeht, weil sie noch mehr hintergangen werden. So haben alle in der Burg das Gefühl, viel zu oft hineingelegt worden zu sein. BUKO nennt das mittlerweile das „Mißtrauensspiel“: (Fast) alle lieben es geradezu, darüber nachzudenken, was der andere sich denn gerade denken könnte, warum er gerade das tut und nicht etwas anders und was er denn alles damit im Schilde führt. Und dann versucht noch jeder zu berücksichtigen, was der andere sich gerade überlegt, warum man das tut und nicht das andere und denkt sich dann, er müßte das tun, weil der andere sich gerade etwas anderes überlegt, was er aber nicht so sagt.... - BUKO haßt mittlerweile dieses Spiel, wie nichts anderes in der Burg. Außerdem kostet sie dieses Spiel viel Energie, die sie viel lieber für die Verbesserung des Lebens der Landleute verwenden würde.

BUKO hat sich in ihrer Kammer - ohne es zu bemerken - in ihren harten Holzstuhl gesetzt und ihre Gedankenschweif herum. BUKO versinkt oft in Tagträume, denen sie sich dann stundenlang hingibt. Sie erklärt sich das mit den vielen Kräften, die in ihr sitzen. Wenn sie mit irgendeinem Problem zu tun hat, verspürt sie mal die eine Regung und im nächsten Moment gleich wieder das Gegenteil und daraufhin wieder einen dritten Impuls und so weiter. Und diese Kräfte in ihrem Inneren sind fast alle immer kompromißlos und je stärker sie einen Gedanken zurückdrängen will, umso heftiger beginnt sich dieser zu wehren. BUKO glaubt manchmal, daß sie nicht Herr, besser gesagt Frau, ihrer eigenen Gedankenwelt ist.

Plötzlich schießt ihr wieder ein altbekannter - und für eine Zwanzigjährige nicht so ungewöhnlicher - Gedanke durch den Kopf: „Keiner liebt mich“. Sie setzt sich für so viele Menschen mit all ihrem Idealismus und ihrer Kraft ein, **sie hat schon soviel für die Verbesserung des Lebens der Landleute getan**, sie hat schon viel Unheil von den Landleuten abgehalten (und derentwegen oft fürchterlich mit den Burgbewohnern gestritten) und dennoch: fast niemand dankt es ihr. Und eines tut ihr besonders weh: Bei Ausflügen zur Landbevölkerung muß sie immer wieder feststellen, daß viele Leute sie gar nicht kennen! BUKO fühlt sich dann meist sehr wertlos und hilflos. Und auch beim

Leben in der Burg hat sie das Gefühl, daß die anderen sie nicht wirklich akzeptieren. Da wird so vieles von den Burgbewohnern besprochen und BUKO erfährt es erst viel später.

„Ich weiß vielleicht nicht wirklich, was ich will“, springen die Gedanken von BUKO weiter. „Eigentlich weiß ich meist viel besser, was die anderen in der Burg wollen oder nicht wollen. Warum ist das so? Muß das so sein? Wieso bin ich überhaupt in der Burg und nicht bei den Leuten draußen?“, fragt sie sich.

BUKOs Augen sind plötzlich offen. Woher kommen diese Fragen? Sie spürt kräftige innere Unruhe - die sich aber schnell verläuft.

„Warum gebe ich eigentlich jenen inneren Impulsen immer wieder nach, die ich nicht an mir mag?“ taucht gleich die nächste Frage auf. „**Warum hab ich mich so anpassen müssen?** Warum lerne ich nicht noch besser die Sprache der Leute draußen? Und: Warum leben wir Burgbewohner nicht einmal eine Zeit draußen, außerhalb der Burgmauern und können dann die Leute sprechen hören, was sie sagen, wenn sie unter sich sind? **Bin ich noch ich?**“ BUKO wird ein bißchen bang bei diesen Gedanken.

„Zwanzig Jahre“ murmelt sie vor sich hin. „Zwanzig Jahre! Da muß man sich doch überlegen, was man die nächsten zwanzig Jahre will!“. Ein leichtes Lächeln zieht über das Gesicht von BUKO: sie stellt sich gerade vor, wie sie ihre unangenehmen inneren Impulse ein bißchen auf Linie bringt. Und sie murmelt weiter: „Wenn man immer alles will, hat man am Schluß meist gar nichts - das wird auch so mancher meiner Impulse akzeptieren (lernen). Und die Sache mit dem „geliebt werden“ kann doch auch anders sein. In der Burg auf Bewunderung zu warten, das kann ja wohl nicht wirklich funktionieren. Sie muß sich draußen mehr umschaun, was die Leute denken und fühlen (und vielleicht sogar auch sagen) und wovorsie sich wirklich fürchten (und wenn die anderen Burgbewohner nicht mitgehen wollen, dann sollen sie doch bleiben, wo sie sind). Und außerdem: von jedem geliebt zu werden, ist ja auch nicht notwendig“.

BUKO wird durch das Schlagen einer Türe aus ihren Gedanken gerissen. Das muß PROKO sein, der die Kammer unmittelbar daneben bewohnt und jetzt wohl auf dem Weg zur Feier in der großen Versammlungshalle ist (PROKO schlägt seit neuestem gern die Türen laut zu).

BUKO steht auf, um nochmals in den Spiegel zu schauen. Irgendwas an ihrem Blick ist anders. Er **ist leichter (nicht sanfter) und irgendwie bestimmter geworden**. Plötzlich fällt ihr ein Zettel auf, der auf ihrer Kommode liegt und der gerade vorher noch nicht da war. Normalerweise wäre sie beunruhigt gewesen (wie kann denn ein Zettel auf die

Protestkomitee

Kommode kommen, wenn niemand sonst im Raum ist) -sie nimmt es aber völlig gelassen. Sie nimmt das Stück Papier und möchte es schon fast wieder weglegen, da sie glaubt, daß es leer sei, als sie von der Seite sieht, daß einige Zeilen mit ganz feiner, blaßblauer Schrift auf dem Zettel geschrieben stehen. Sie bemüht sich, die Zeilen zu entziffern, aber wie sehr sie es auch versucht, sie kann die einzelnen Worte nicht wirklich lesen. Das eine Wort könnte „Selbstbewußtsein“, ein anderes „Nein sagen“, ein weiteres „bewegen“ und noch ein anderes „frei“ heißen. Aber die anderen Worte kann sie beim besten Willen nicht entziffern und sie kann sich auch schwer vorstellen, wie diese Worte zusammenhängen. Trotzdem hat sie das Gefühl, daß sie schon etwas davon verstanden hat.

Ein verrückter Gedanke schießt ihr durch den Kopf. Vielleicht ist die ominöse Ankunft des Zettels heutzutage unerklärbar, aber in ferner Zukunft werden die Menschen nur auf einen Knopf in ihrer Kammer drücken müssen und eine Sekunde später liegt auf der Kommode eines anderen eine Abschrift vom selben Zettel. Und die Menschen verwenden diesen Knopf nur, wenn sie überzeugt sind, dem anderen etwas Gutes sagen zu wollen. „Verrückt“ - denkt sich BUKO, ein bißchen entsetzt von ihren eigenen Phantasien.

BUKO zieht nun doch jenes Kleid an, das sie zu allererst probiert hatte. Sie hat nun das Gefühl, daß es ihr am besten paßt - und darauf - vor allem darauf - kommt es an. Aus einer kleinen Lade zieht sie einen Kamm, den ihr vor einem Jahr ein Bursch aus dem Dorf heimlich bei einem Besuch zugesteckt hatte. Lange hat sie gerätselt, warum dieser Bursch das getan hat, jetzt hat sie das Gefühl, es zu wissen. Immer wieder wollte sie diesen Kamm bei offiziellen Anlässen tragen, hat sich aber nicht getraut, weil ja immer alle gleich flüstern und tuscheln, wenn jemand etwas trägt, das die anderen nicht kennen. BUKO steckt den Kamm in ihr welliges Haar und macht sich auf den Weg in die Versammlungshalle. Es wurde - obwohl es kaum einer in der Burg wirklich so erwartet hatte - ein wunderschönes Fest.

Als BUKO nach der Feier in ihre Kammer zurückkommt, gleitet ihr Blick sofort auf den Zettel auf der Kommode. Noch bei der Tür sieht sie, daß die Schrift auf dem Zettel nun nicht mehr schwach, sondern deutlich zu lesen ist. Es sind nur sieben Zeilen, die geschrieben stehen. BUKO liest sie und sie erinnert sich: sie kennt diese Zeilen gut, sie hatte sie nur vergessen.

Mag. Dr. Günter Lueger
Österreichweites Protestkomitee (ÖPK)
Abteilung für Personalwirtschaft, WU-Wien
[e-mail: guenter.lueger@wu-wien.ac.at](mailto:guenter.lueger@wu-wien.ac.at)

Gestern ... heute ... morgen ... und in 20 Jahren?

Frauen im akademischen Mittelbau der Universitäten

Isabella Weger

Gestern...

Vor 20 Jahren wurde die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals als eine Interessensvertretung der Universitäts- und Hochschullehrerinnen mit Ausnahme der Professorinnen ins Leben gerufen. Dieser sogenannte universitäre „Mittelbau“ ist allerdings keine homogene Gruppe - die Personengruppen der Vertragsassistentinnen und der Universitäts- und Hochschulassistentinnen in den verschiedenen Stadien ihrer Karriere haben viele unterschiedliche Interessen und Probleme. Und ganz speziell gilt das für die weiblichen Mitglieder dieser Gruppen im immerhin noch überwiegend „männlichen“ Umfeld der Universitäten und Hochschulen.

Welche dieser vielfältigen Interessen vertritt denn nun die BUKO - die der Vertragsassistentinnen, die der Universitätsassistentinnen, die der Habilitierten - oder gar die der Frauen? Welche Rolle hat also die BUKO in den letzten 20 Jahren in der Interessenvertretung des weiblichen Mittelbaus gespielt?

Vor 20 Jahren betrug der Anteil der Frauen unter den Universitätsassistentinnen ungefähr 15%, heute ist er auf knapp über 20% angestiegen.

Es ist nicht überraschend, daß die BUKO kein starkes Engagement für die Anliegen des weiblichen Mittelbaus, für die Gleichbehandlung oder die Frauenförderung gezeigt hat. Dies sind nicht die primären Anliegen der BUKO, denn sie ist eine Interessenvertretung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Dieses ist, wie die Zahlen deutlich machen, überwiegend männlich. Wenn es also in der BUKO wenig Frauenthemen gab/gibt, so ist das auch nicht überraschend, weil es wenige Frauen gab/gibt.

Erst in den letzten Jahren scheint die BUKO überhaupt wahrgenommen zu haben, daß sich unter jenen, deren Interessen sie vertritt, auch Frauen befinden. Dieses neue Bewußtsein mag auch mit der Einrichtung der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen zu tun haben, deren Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß qualifizierte Frauen ihre Chance auf eine Karriere im akademischen Mittelbau wahrnehmen können.

Mit einer steigenden Anzahl von Frauen im Mittelbau werden auch zunehmend deren Anliegen thematisiert und damit ist auch die BUKO gezwungen, sich mit Frauenthemen auseinanderzusetzen.

Die BUKO und die Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im Wissenschaftsministerium treffen nun doch auf einen Weg, auf dem sie ein Stück weit gemeinsam gehen können - in die nächsten 20 Jahre.

... heute ...

Immer noch sind Frauen an Universitäten kraß unterrepräsentiert. Während der Anteil der Frauen unter den Studierenden nun schon seit einigen Jahren knapp über 50% liegt, sind sie unter den Universitäts- bzw. Hochschulassistentinnen nur mit einem Anteil von 21 % (bzw. 33% an Hochschulen künstlerischer Richtung) vertreten. Und von den 1.150 ordentlichen Universitätsprofessoren sind unter 4% weiblich. Haben sich die Universitäten und Kunsthochschulen also „erfolgreich“ gegen den verstärkten Einzug von Frauen in Lehre und Forschung gewehrt? Wer oder was hindert Frauen daran, in diesen Bereichen Fuß zu fassen?

Der Gesetzgeber hat diesem Umstand Rechnung getragen, indem er in den Organisationsgesetzen alle Universitäts- bzw. Hochschulorgane anhält, auf ein ausgewogenes Zahlenverhältnis von Männern und Frauen hinzuwirken und unter anderem auch im neuen UOG die Gleichbehandlung von Männern und Frauen als einen der leitenden Grundsätze der Universität festgeschrieben hat.

Wirksame Maßnahmen zur Durchsetzbarkeit dieses Zieles fehlten lange, sind aber inzwischen realisiert worden; Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen wurden an den Unis und Kunsthochschulen mit dem Auftrag installiert, Diskriminierungen auf Grund des Geschlechts entgegenzuwirken. Und mit der Möglichkeit von Einsprüchen und Aufsichtsbeschwerden, bei denen ein Verfahren ruht, wurden ihnen auch schlagkräftige Einflußmöglichkeiten in die Hände gegeben. Mit dem Inkrafttreten des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes und der Verordnung des Frauenförderungsplanes für das Wissenschaftsressort kamen weitere wirksame Instrumente für die Frauenförderung an den Universitäten und Kunsthochschulen hinzu.

An den Universitäten und Kunsthochschulen wird noch immer von ausschließlich oder überwiegend mit Männern besetzten Kollegialorganen und von fast ausschließlich männlichen „Monokraten“ über die Qualifikation, über die Aufnahme und über die Karriere von Frauen geurteilt. **Diskriminierung** zeigt sich hier oft in der mangelnden Bereitschaft der entscheidenden Personen, die Qualifikation von Frauen wahrzunehmen.

Das rechtliche Instrumentarium hat sich als unverzichtbar und effizient erwiesen. Während früher die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen ungebundene Gäste in Kommissionen waren, sind sie nun zu einem Faktor geworden, an dem man nicht mehr vorbei kann. Aber noch wichtiger ist, daß sich damit auch vielfach die Diskussionsstruktur an den Universitäten verändert hat, die deutlich sach- und fachbezogener geworden ist.

... morgen ...

aktuelle Anliegen der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen in **Bezug auf die Förderung des weiblichen Mittelbaus**

Mit den gesetzlichen Bestimmungen in den Organisationsgesetzen, im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und dem Frauenförderungsplan wurden einige wichtige - und notwendige - Schritte gesetzt. Die Erfahrungen zeigen, daß aber in vielen Bereichen noch Maßnahmen zur Beseitigung von strukturellen Nachteilen für Frauen zu setzen sind.

Hochschulpolitische Randbedingungen - Sparpaket und UOG 93

Eine sehrdiffizile Problematik für die Frauenförderung in der aktuellen Situation liegt in dem von der Bundesregierung geschnürten Sparpaket begründet. Zwar sind die Universitäten weitgehend autonom bei der Nachbesetzung von Planstellen, doch sie können dies nur unter der Vorgabe der budgetären Bedeckung tun - und die Budgetmittel reichen nicht aus, um alle frei werdenden Planstellen nachzubeseetzen. Dies betrifft aber vor allem den universitären Mittelbau, denn auf Grund der zunächst befristeten Verträge für Vertrags- und Universitätsassistentinnen ist die Fluktuation in diesem Bereich am größten. Da bei den Stellen der Professorinnen und der Universitätsassistentinnen im definitiven Dienstverhältnis nicht „gespart“ werden kann, führt das knappe Personalbudget dazu, daß Stellen von Vertrags- und UniversitätsassistentInnen erst nach langen Wartezeiten oder vorläufig gar nicht besetzt werden können.

Es stellt sich also die Frage, wie das Ziel eines ausgewogenen Zahlenverhältnisses zwischen Männern und Frauen denn erreicht werden kann, wenn die definitiven Stellen überwiegend mit Männern besetzt sind und die „Einstiegspositionen“, wo Frauen nachwachsen könnten, immer seltener besetzt werden können. In diesem Spannungsfeld ist zu befürchten, daß - wenn dem nicht entgegengewirkt wird - die Frauenförderung trotz aller rechtlichen Rahmenbedingungen auf der Strecke bleiben könnte.

Aus einer anderen Richtung bläst den Arbeitskreisen für Gleichbehandlungsfragen ein scharfer Wind ins Gesicht. Mit dem UOG 93, das mittlerweile für einige Universitäten wirksam geworden ist, haben sich die universitären Entscheidungsstrukturen weg von Kollegialorganen und hin zu monokratischen Organen verschoben. Damit wird die Tätigkeit der Arbeitskreise, bei Personalentscheidungen eine begleitende Kontrolle auszuüben und eine sachliche Beurteilung einzufordern, erheblich erschwert. Während in Kollegialorganen Ent-

scheidungen unter Einbringung der Arbeitskreise zu definierten Zeitpunkten getroffen wurden und in Sitzungen mit Argumenten überzeugt werden konnte, sieht man sich nun der Entscheidung einer Einzelperson gegenüber, der- da sie ja schon getroffen - mit noch so guten Argumenten viel schwieriger zu begegnen ist. Wenngleich Erfahrungen mit der neuen Situation noch ausstehen, so lassen die ersten Hinweise wenig Optimismus aufkommen. In Bezug auf die Frauenförderung scheint das UOG 93 ein Rückschritt zu werden. Daher ist der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen die Einbindung der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen in die Vorbereitung und Entscheidung aller Personalangelegenheiten, insbesondere in grundsätzliche Vorentscheidungen (Personalbudget, Stellenpläne) und in Entscheidungen von monokratischen Organen nach UOG 93 ein wichtiges Anliegen.

Karriereverlauf von Frauen im Mittelbau

Im Verlauf einer Mittelbau-Karriere zeigen sich - neben den üblichen Qualifikationserfordernissen - zahlreiche besondere Hürden für Frauen. Dies beginnt bereits beim Einstieg in die universitäre Karriere, wo die Arbeitskreise sehr oft auf die Beachtung der Bestimmungen hinweisen müssen.

Auch bei der Dienstpflichtenfestlegung spiegelt die Aufteilung zwischen Forschung, Lehre und Verwaltung bei Frauen einen höheren Anteil an Verwaltungstätigkeit wider, der sich bei der Qualifikationsbeurteilung nur zu oft zum Nachteil auswirkt. Es zeigt sich auch, daß die Laufbahn des Mittelbaus für Frauen oft nicht durchlässig ist. Gefordert und gefördert wird die „Standard-Karriere“ - ein Quereinsteigen oder Wiedereinsteigen, das für Frauen im Zuge der Familienplanung vielfach wünschenswert wäre, ist selten möglich.

Viel seltener als Männer werden Frauen von überwiegend männlichen Professoren zu einer wissenschaftlichen Karriere und zur Habilitation ermuntert, da diese eher unter den Männern ihren potentiellen Nachfolger sehen. Hier ist wohl noch tief die Vorstellung verwurzelt, daß der Bergbauer seinen Hof immer dem älteren Sohn übergibt. Doch gerade das Mentor-Protegee-Verhältnis, das in diesem Karrierestadium eine bedeutende Rolle spielt, ist durchaus auch problematisch - hier fehlen neue und an die Situation angepaßte Mentoring-Modelle.

Zwar steigt auch langsam der Anteil der Frauen an den Habilitationen - er liegt derzeit bei 17% - doch es gibt in allen Fachbereichen zu wenig habilitierte Frauen, die damit die Voraussetzung für die Übernahme in ein definitives Dienstverhältnis oder die Berufung auf eine Professur besitzen. Allerdings ist auch eine Habilitation keine Garantie für eine weitere Karriere: Spezielle Habilitationsstipendien für Frauen ermöglichen diesen zwar eine weitere Qualifizierung, führen

aber nur in seltenen Fällen zu einer akademischen Karriere an einer österreichischen Universität. Die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses darf sich daher nicht nur in Stipendien erschöpfen, die die Frauen außerhalb der Universität belassen, sondern muß sich insbesondere um Förderungsmodelle bemühen, die Frauen verstärkt in das universitäre Umfeld integrieren. Die Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen hat aus diesem Grund eine Unterarbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit neuen Modellen zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses beschäftigt. Ein besonderer Punkt ist die frauenspezifische Lehre und Forschung. Die bestehenden Sonderkontingente für frauenspezifische Lehrveranstaltungen laufen Gefahr, zwischen Sparpaketen und Universitätsautonomie zerrieben zu werden, noch bevor eine ausreichende Integration frauenspezifischer Lehrinhalte in die Studienpläne erfolgen kann.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zu den bereits genannten frauenspezifischen Anliegen kommen noch Probleme, die direkt mit Mutterschaft und Familie zusammenhängen.

Eine Problematik besteht in der unterschiedlichen Behandlung bei der Einstellung von Ersatzkräften für Vertragsbedienstete und Beamtinnen, d.h. auch für Vertragsassistentinnen und Universitätsassistentinnen. Für letztere gibt es nämlich keine Möglichkeit, Ersatzkräfte während der Mutterschutzfrist einzustellen, was insbesondere bei einem vorzeitigen Mutterschutz problematisch ist. Diese **Regelung führt dazu, daß die Einstellung von Frauen** oft als „besonderes Risiko“ erachtet wird. Die AG für Gleichbehandlungsfragen fordert daher seit langem eine **Änderung der Ersatzkräfte-Regelung für Beamtinnen für die** Zeit des Mutterschutzes.

Da im derzeitigen gesellschaftlichen Umfeld Familienpflichten immer noch überwiegend den Frauen zugeordnet werden, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Zusammenhang mit der Karriere im akademischen Mittelbau zu thematisieren. Demgegenüber können die männlichen Kollegen sich vielfach unbelastet von „Nebensächlichkeiten“ auf ihre Karriere, auf Dissertation und Habilitation konzentrieren.

Die vielfach vorgeschlagene verstärkte Möglichkeit von Teilzeitarbeit wird jedoch nicht einheitlich befürwortet, da sie einerseits karriereschädigend sein kann bzw. andererseits die Belastung der Frauen noch verschärft, die nun gleichzeitig ihrer Karriere und den Pflichten der Familienversorgung nachgehen müssen. Ähnliches gilt auch für Teleworking-Modelle.

Erleichterung würden wohl ausreichende und flexible Kinderbe-

treuungseinrichtungen schaffen, doch stehen diese nur an wenigen Universitäten zur Verfügung. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Bestimmungen betreffend die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen

Die AG für Gleichbehandlungsfragen fordert auch weitgehende Schutzbestimmungen für die Mitglieder der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen. Zwar bestimmt das Gesetz, daß diesen Personen keine Nachteile aus ihrer Tätigkeit erwachsen dürfen, doch zeigt die Praxis an den Universitäten, daß ihnen nicht nur mangelnde Unterstützung zuteil wird, sondern sie sich sogar gegen Übergriffe und Schikanen verwehren müssen.

In den meisten Fällen sind die engagiertesten Mitglieder der Arbeitskreise Frauen aus dem Mittelbau, was nicht weiter verwundert, denn es sind ihre ureigensten Anliegen, die sie hier vertreten. Allerdings führt diese Tätigkeit oft zu einer sehr großen zeitlichen Belastung - und das gerade in einem Karrierestadium, in dem sie sich noch in einem befristeten oder provisorischen Dienstverhältnis befinden und in dem sie für ihre weitere Karriere wissenschaftliche Leistungen erbringen müssen. In diesem Zusammenhang fordert die AG für Gleichbehandlungsfragen Maßnahmen zum Ausgleich von Karriere nachteilen, wie etwa die Möglichkeit von Fristverlängerungen. Hier gilt es, für seriöse Arbeit die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und, beispielsweise in Analogie zum Personalvertretungsgesetz, Karriere nachteile für Arbeitskreis-Mitglieder hintanzuhalten.

Novellierung von Frauenförderungsplan und Bundes-Gleichbehandlungsgesetz

Der bestehende Frauenförderungsplan für das Wissenschaftsressort soll im Auftrag des Bundesministers novelliert und für den Wirkungsbereich des Gesamtressorts adaptiert werden. Die derzeitigen Maßnahmen haben sich gut bewährt, sind aber zum Teil zu konkretisieren und durch weitere Maßnahmen zu ergänzen.

Dies betrifft vor allem die Angleichung der Rechte der Gleichbehandlungsbeauftragten an die der Arbeitskreise, die Einbindung der Arbeitskreise in allen Stadien der Vorbereitung und Entscheidung von Personalangelegenheiten und Maßnahmen zur Vermeidung von Karriere nachteilen für Arbeitskreis-Mitglieder. Im Hinblick auf die Förderung des weiblichen Mittelbaus sind insbesondere die Entwicklung von Modellen zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses und Fördermaßnahmen bei der Übernahme von Assistentinnen in ein provisorisches bzw. definitives Dienstverhältnis zu forcieren.

Für einige der angestrebten Bestimmungen wäre allerdings noch die Rechtsgrundlage durch Gesetzesnovellen, insbesondere des UOG, des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes und des Beamten-Dienstrechtsgesetzes zu schaffen. Konkrete Vorschläge der AG für Gleichbehandlungsfragen dazu liegen vor.

... und in 20 Jahren?

Vielleicht wird am Ende der nächsten 20 Jahre die Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen im Wissenschaftsministerium eingeladen werden, einen Beitrag zum 40-jährigen Jubiläum der BUKO zu gestalten. Ich lade Sie ein, mit mir gemeinsam einen optimistischen Blick ins Jahr 2017 zu werfen:

An den Universitäten ist der Frauenanteil nun auf 50% gestiegen - nicht nur unter den Studierenden, sondern auch beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Auch die Habilitationen werden nun zur Hälfte von Frauen getragen. Sogar Professorinnen haben das noch exotische Flair der 90er Jahre verloren und gehören zum gewohnten Bild der Universitäten. Männer und Frauen machen selbstverständlich halbe/halbe in allen Positionen, in allen Funktionen.

Eine Diskriminierung von Frauen auf Grund ihres Geschlechtes findet schon lange nicht mehr statt. Die Bestimmungen über die begleitende Kontrolle von Personalangelegenheiten durch die Arbeitskreise für **Gleichbehandlungsfragen haben sich überlebt und müssen nicht mehr angewandt werden. Sie sind längst nur mehr tot. Recht an den Universitäten ist die gelebte Gleichbehandlung eine Selbstverständlichkeit geworden.**

Eine wirklichkeitsfremde Träumerei? Vielleicht - und möglicherweise auch noch in 20 Jahren ein Traum ... Vielleicht auch nicht mehr so ganz unrealistisch, wenn wir ernsthaft an seiner Verwirklichung arbeiten. Doch bis dahin muß noch vieles getan werden, um die strukturellen und persönlichen Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen. Einige der aktuellen hochschulpolitischen Anliegen wurden hier formuliert.

Es ist der gesetzliche Auftrag der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen an den Universitäten und Kunsthochschulen, auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen dafür zu sorgen, daß qualifizierte Frauen ihre Chance auf eine wissenschaftliche Karriere wahrnehmen können und dabei nicht behindert, sondern gefördert werden. Es ist die Aufgabe der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen, die frauenspezifischen Probleme und Schwierigkeiten aufzuzeigen und Maßnahmen zu deren Beseitigung einzufordern. Dazu bedarf es einer ausreichenden Unterstützung - auf der politischen Ebene, an den Universitäten und Kunsthochschulen und selbstverständlich durch

die Interessenvertretung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals.

Wenn diese Arbeit erfolgreich war, dann werden - wann auch immer dieser Zeitpunkt erreicht sein mag - Frauen die Hälfte des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in allen universitären Positionen stellen. Die BUKO wird als Interessenvertretung die Interessen aller ihrer Mitglieder - Männer und Frauen - vertreten, und damit werden die spezifischen Anliegen der Frauen auch ihren gebührenden Stellenwert haben. Auch die AG für Gleichbehandlungsfragen wird als „vorübergehende Sondermaßnahme“ ihre Aufgabe erfüllt haben. Doch es wird wohl noch einige Jahre lang spezieller Maßnahmen und legislativer Instrumente bedürfen, bis wir um ein Wort von Ludwig Wittgenstein abzuwandeln - die Leiter wegwerfen, nachdem wir auf ihr hinaufgestiegen sind:

„Meine Sätze erläutern sich dadurch, daß sie der, welcher mich versteht, am Ende als unsinnig erkennt, wenn er durch sie - auf ihnen - über sie hinausgestiegen ist“. (Ludwig Wittgenstein, Tractatus logico-philosophicus. 6.54)

DiplAng. Isabella Weger
Vorsitzende der Arbeitsgruppe für
Gleichbehandlungsfragen im BMWV (AGG)
Zentraler Informationsdienst, TU-Graz
e-mail: weger@zid.tu-graz.ac.at

Machtverschiebungen

Agnes Berlakovich

Liebe Kolleginnen!

Es freut mich, der BUKO, **die für mich einen Grundpfeiler der** Mitbestimmung an den Universitäten darstellt, zum „20-er“ zu gratulieren. Die Gründung der BUKO fiel in eine Zeit, in der mit dem UOG 75 ein Demokratieschub durch die Universitäten ging, die ja bis zu diesem Zeitpunkt unter der Allmacht der Talare standen. Gleichzeitig wurden die Universitäten nicht nur finanziell aufgewertet, sondern erhielten auch ein eigenes Wissenschaftsministerium unter Hertha Firnberg. Heute, 20 Jahre später, drohen all jene Errungenschaften nach und nach wieder rückgängig gemacht zu werden: Einerseits hat das letzte Sparpaket zu einem sozialen Kahlschlag unter den Studierenden geführt, andererseits wütete an den Hochschulen selbst undifferenziert der Rotstift, was langfristig eine bildungspolitische Katastrophe nach sich ziehen wird. Darüber hinaus bringt das UOG 93 eine Abwertung der Kollegialorgane, und damit einen schweren Rückschlag bei der Mitbestimmung von Studierenden und Mittelbau mit sich, während gleichzeitig die Ordinariate aufgewertet werden. Wobei sich die zentrale Frage stellt, inwieweit diese Machtverschiebungen Auswirkungen auf die Legitimation der BUKO, und damit auch auf die ÖH haben. Eine Konsequenz daraus wird sicher eine vermehrte und engere Kooperation zwischen den Vertretungen des Mittelbaus und der Studierenden sein.

Was meine persönlichen Erfahrungen mit Vertreterinnen der BUKO betrifft, muß vor allem die Unterstützung gegen den Sozialabbau im Studierendenbereich - auch was die vehemente Ablehnung von Studiengebühren betrifft - sowie bei der Forderung nach der Verankerung des passiven Wahlrechts für ausländische Studierende erwähnt werden. Nicht zuletzt war die wechselseitige Unterstützung zwischen ÖH und BUKO ausschlaggebend für die doch sehr große Protestbewegung im Frühjahr letzten Jahres. Wobei es der BUKO, im Gegensatz zur ÖH, gelungen ist, die Regierung zu Verhandlungen zu bewegen. Inwieweit sich dadurch jedoch die Situation des Mittelbaus im Vergleich zu den von der Regierung präsentierten Sparvorschlägen verbessert hat, müssen Berufenere beurteilen.

Mein Wunsch an die BUKO - vor allem auch, weil die Diskussion in diesem Bereich zukünftig enorm an Bedeutung gewinnen wird - ist es, der von Teilen der Politik akzentuierten und auch betriebenen Forderung nach einer „Rationalisierung“ des Studienangebotes entgegenzuwirken. Dieser weitere Schritt in Richtung Kommerzialisierung der Universitäten im Sinne eines im Grunde planwirtschaftlichen Konzeptes ist nicht nur ein starker Einschnitt in die Freiheit von Lehre und Forschung. Vielmehr bedeutet ein solcher Schritt langfristig die völlige Aufgabe einer humanistisch orientierten progressiven Bildungspolitik.

Leider sind aber auch Teile der universitären Repräsentanten nicht davor gefeit, die in den Medien gut ankommende, aber in ihrer Tendenz äußerst gefährliche Forderung nach einer Selbstreduzierung der Wissenschaft einzufordern. Deswegen wird es in Zukunft immer wichtiger sein, die Priorität der Freiheit der Wissenschaft gegenüber dem Diktat der wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu betonen. Und in diesem Bereich liegt die große Chance einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen BUKO und ÖH.

Agnes Berlakovich
Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH)
[e-mail: agnes@oeh.ac.at](mailto:agnes@oeh.ac.at)

Forschung an den Universitäten

Ein zentrales Anliegen

Reinhard Folk

Denken heißt scheitern, dachte ich. (Th. Bernhard, Auslöschung)

In Österreich sind die Universitäten die größten Forschungsanstalten des Landes. An ihnen haben die Wissenschaftler, die wir der Jugend als Beispiele hinstellen, gelernt und manchmal auch gewirkt. Aber es gibt auch Beispiele dafür, daß neue Ideen junger Wissenschaftler für den Kreis der etablierten Professoren zu unkonventionell und zu unverständlich waren. Sie blieben Außenseiter und, wenn sie Glück hatten, machten sie im Ausland Karriere. Manchmal gelang es, sie zurückzuholen und so die Reputation auf einem Gebiet zu behalten und das neueste Wissen durch führende Wissenschaftler an unseren Universitäten weiterzugeben.

Auf Grund solch exzellenter Forschungskapazitäten war Österreich international anerkannt mit all seinen Konsequenzen. Junge Studenten und Wissenschaftler kamen aus dem Ausland und erwarben an einer österreichischen Universität die Kenntnisse, die sie brauchten, um selbst international anerkannte Forschungsleistungen zu erbringen. Das Forschungsinstitut an der Universität war so der Kern dessen, was man dann unter einer „Schule“ verstand, wie etwa der einstigen „Wiener medizinischen Schule“ oder der philosophischen Schule des „Wiener Positivismus“.

Die Zeiten haben sich geändert. Neben der Forschung wurden die Universitäten immer mehr auch zu Ausbildungsstätten für akademische Berufe, wobei vielfach gerade in den Massenstudien die Forschung zugunsten berufsspezifischer Aspekte in den Hintergrund trat. Nicht mehr die Stellung eines Instituts in der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler war wichtig, sondern die Zahl der „produzierten“ Absolventen. Es **ist gerade heutzutage der Ruf nach maßgeschneiderter Ausbildung für die Industrie nicht zu überhören, wobei die Forschungsaktivitäten der Universität vielfach gering geschätzt werden.**

Gleichzeitig sind aber doch auch Bemühungen im Gange, in Österreich Rahmenbedingungen zu schaffen, die Spitzenleistungen in der Forschung fördern sollen. Allen Beteiligten ist klar, daß in einem kleinen Land mit begrenzten finanziellen Mitteln, neben der schon legendären Forderung nach Erhöhung der budgetären Mittel für die Wissenschaft, geeignete Strukturmaßnahmen von großer Bedeutung sein werden. In diesen Fragen haben wir aber kaum Erfahrung. Evaluationsinstrumente, wie sie schon seit Jahren in anderen Ländern üblich sind, werden erst jetzt in Erwägung gezogen. Effektivität und wirtschaftspolitische Überlegungen sind in der Diskussion, ohne daß eine klare Bestandsaufnahme vorliegen würde. In einer solchen Situation ist der Blick über die Landesgrenzen umso wichtiger.

Kürzlich ist in Science (7. Februar 1997) ein Artikel von R. May erschienen, der die **Forschungsleistung in verschiedenen Ländern in Hinblick auf die Frage untersucht, welches die günstigsten Rahmenbedingungen für erfolgreiche Forschung sind.** Der Autor zieht einen bemerkenswerten Schluß, ich zitiere (die Hervorhebungen sind von mir): *„The nonhierarchical nature of most North American and northern European universities, coupled with the pervasive presence of irreverent young undergraduate and postgraduate students, could be the best environment for productive research. The peace and quiet to focus on a mission in a research institute, undistracted by teaching or other responsibilities, may be a questionable blessing.“*

Bemühungen, solche Strukturen an den Universitäten herzustellen, sehe ich als ein zentrales Anliegen der BUKO. Abbau hierarchischer Strukturen und Beteiligung junger Wissenschaftler am Forschungs- und Ausbildungsprozeß bleiben so ständige Forderungen. Die neuen Gesetze, wie das Universitätsstudiengesetz 97, das Dienstrechtsgesetz 97, aber auch die das Universitätsorganisationsgesetz 93 ergänzenden gesetzlichen Maßnahmen, beurteilt die BUKO unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Strukturen und Entscheidungsprozesse an der Universität. Änderungsvorschläge der BUKO zielen gerade auf die Realisierung des oben zitierten „Wesens der Universitäten“. Fortschritten und Ansätzen zur Verwirklichung von Visionen einer idealen Universität stehen leider auch immer Rückschritte gegenüber.

Trauriges jüngstes Beispiel sind die Vorgänge um das Zustandekommen des letztendlich gültigen Textes des „Jahrhundertgesetzes“ (Universitätsstudiengesetz 97). Ich hoffe jedenfalls, daß es nicht erst ein Jahrhundert dauert, bis dieses und auch die anderen erwähnten Gesetze modernisiert werden. Das Spannungsfeld zwischen Beharrung auf alten Strukturen und den Forderungen nach Beteiligung neuer Personengruppen an Entscheidungsprozessen und Ressourcen wird allerdings nicht so schnell zu überwinden sein, doch sollte eine möglichsachliche Diskussion angestrebt werden. Damit meine ich nicht nur die **vielleicht auftretenden unterschiedlichen Ansichten von Professoren und Assistenten, sondern** auch die zwischen der Universität und der Wirtschaft und auch der Universität und dem Ministerium.

Eine Sicht der Universität von ökonomischen Gesichtspunkten her ist, wenn sie auf die inneren Abläufe und auf die Forschungsleistung bezogen ist, durchaus angebracht. Die Reduzierung der Inhalte der Forschung an den Universitäten auf Nützlichkeitsprinzipien heißt, nicht nur die Ziele und Bedeutung der Grundlagenforschung zu verkennen, sondern auch pauschal „unnütze Wissenschaften“, die eine wesentliche Komponente zur Identitätsfindung eines Staates

darstellen, aus dem Kulturleben zu verbannen. Diese Haltung zeigt auch ein Unverständnis dem kreativen Prozeß gegenüber, der wissenschaftliche wie auch künstlerische Leistungen hervorbringt.

Angewandte Forschung muß sein, und natürlich bilden die wirtschaftlichen Leistungen eines Landes die Basis für dessen wissenschaftliche und kulturelle Möglichkeiten. Aber die Leistungen der Grundlagenforschung sind auch **zugleich die Basis für den technologischen Fortschritt in** der Wirtschaft. Diese Sichtweise ist in letzter Zeit immer mehr verloren gegangen, vor allem durch den Blick auf einzelne wirtschaftlich erfolgreiche Länder. Doch durch die Konzentration auf rasche wirtschaftliche Erfolge und „Ausschlachtung“ bestehender wissenschaftlicher Kompetenzen wurden die langfristigen Folgen einer Zurückdrängung der Grundlagenforschung übersehen. Japan hat dies erkannt und den Prozeß der Schwerpunktsverlagerung von Forschungsgeldern für die Universitäten zugunsten der Industrie gestoppt. Ja, das Parlament hat sich sogar entschlossen, diesen Prozeß umzukehren:

durch die Verabschiedung eines Gesetzes am 15. November 1995, des Naturwissenschaftlich-technologischen Grundgesetzes, das der *Grundlagenforschung an den Universitäten* neue Impulse geben soll. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Lehre an den Universitäten zur Ausbildung eines qualifizierten akademischen Personals betont. Auf die Wichtigkeit der Doktorarbeit für die Forschungsinteressen der Wirtschaft wird hingewiesen und eine Erhöhung des Anteils von Absolventen mit Doktorat in den Forschungslabors der Wirtschaft angestrebt.

Die österreichische Wirtschaft hat, in Hinblick auf die Akademikerquote, einen großen Nachholbedarf. Auf Grund ihrer Struktur gibt es kaum größere Forschungslabors und damit verbunden einen niedrigen Anteil an akademischem Personal. Was überdies in Österreich fehlt, **ist eine Struktur, die die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Interessen und Arbeitsweisen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung herstellt.**

In der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel gibt es ein ganzes Spektrum von Institutionen neben den Universitäten, wie Max-Planck-Institute, Helmholtz-Institute, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Blaue Liste und natürlich große Industrielabors. Österreich kann sich dies natürlich nicht alles leisten, aber es kann erkennen, daß einer international konkurrenzfähigen Grundlagenforschung an den Universitäten entsprechende Institutionen gegenüberstehen müssen, die den Transfer von Kompetenzen in die angewandte Forschung vermitteln.

Die BUKO hat immer den Standpunkt, wie er auch bisher in jedem Universitätsorganisationsgesetz formuliert wurde, vertreten, daß die

Forschung an den Universitäten erhalten und gefördert werden soll. Sie ist der Motor, der die Lehre unserer Universitäten attraktiv für die zukünftige Forschergeneration macht.

[Ass.-Prof. Univ.-Doz. Dr. Reinhard Folk](#)
Institut für Theoretische Physik, Universität Linz
Präsidiumsmitglied der BUKO
[e-mail: folk@tpphys.uni-linz.ac.at](mailto:folk@tpphys.uni-linz.ac.at)

Kunst macht Schule

Besondere Befindlichkeit Kunsthochschule - empfindliche Besonderheit

Michael Herbst

Die österreichischen Kunsthochschulen sind einer der sensibelsten Bereiche der universitären Bildungseinrichtungen, die in hohem Maße ihren kulturellen Auftrag ernst nehmen und verantwortungsvoll erfüllen. Diese Verantwortung begründet sich einerseits aus dem Selbstverständnis derer, die sich mittels ihrer ihnen eigenen künstlerischen Sprache und Ausdrucksform artikulieren, andererseits aus der Erkenntnis der Notwendigkeit der Bewahrung künstlerischer und kultureller Tradition, der Weiterentwicklung und Erschließung neuer Kunstformen und ihrer Vermittlung.

Nicht so sehr ästhetischer Hedonismus als das immanente Bedürfnis der Menschen, alle Lebensbereiche über den reinen Utilitarismus hinaus zu gestalten und zu kultivieren, ist zugleich Motiv und Rechtfertigung der Kunst. Die Frage, ob Kunst zweckmäßig oder reiner Selbstzweck sei, ob ihre Vermittlung und Bewahrung notwendig und für sich ein Wert sei, ist nicht so sehr eine, die sich die Kunstschaffenden selbst stellen müssen, sondern vielmehr die Gesellschaft. Lippenbekenntnisse und die Erklärung der Kunst zur „Chefsache“ genügen da nicht, es muß dazu politisch ein Klima geschaffen werden, das nicht ständig und mit Absicht populistisch Polaritäten erzeugt zwischen dem vordergründig wirtschaftlich Nützlichen, deshalb Unabdingbaren und dem scheinbaren „L'art pour l'art“, dem deshalb vermeidbaren Luxus.

Die Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe und das zeitgenössische Kunstschaffen sind kein Luxus, sondern ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses und der Identität jeder Gesellschaft. Kulturen und ihre Zeugnis gebenden Werke und Artefakte sind oft erst unumstrittener Gegenstand der Bewunderung, wenn sie bereits zu Inkunabeln der Kunst geworden sind. Oder würde jemand die Pyramiden von Gizeh, die neun Symphonien von Beethoven oder Da Vincis Mona Lisa nach ihrer Nützlichkeit bewerten und damit unsere eigenen kulturellen Wurzeln in Frage stellen?

Viel umstrittener ist das Bekenntnis zum zeitgenössischen Kunstgeschehen dieses braucht mehr als die Imagepflege derer, die kalkulieren, daß nichts in unserer Gesellschaft das Ansehen mehr verringert als die Tatsache, als „Kulturbanause“ zu gelten. Kultur zu haben ist keine Frage von Eitelkeit oder allein gesellschaftlicher Konvention. Kultur entsteht auch trotz Verweigerung öffentlicher Anerkennung, die Beschäftigung mit Kunst braucht jedoch unterstützende Bedingungen, die unter anderem an den Kunsthochschulen zu finden sind. Das Verstehen und das Verständnis für Kunst ist unabdingbar mit dem Wissen über Kunst verknüpft. Kunst ist und bedient sich einer besonderen und nicht jedem gleich zugänglichen Sprache und wird nur durch das Kennen dieser sprachlichen Besonderheit verstanden. Die Kunsthochschulen leisten neben der Mitentwicklung dieser Sprache auch ihre Vermittlung. Sie erforschen das dafür notwendige

Wissen und bieten es in einer Vielzahl von Studien an, die die Vielfältigkeit der Bereiche künstlerischer Äußerungsmöglichkeiten widerspiegeln.

Der Umstand, daß nicht nur geübte Praxis, sondern notwendigerweise auch das Wissen um und über diese untrennbar sind, macht die Kunsthochschulen per se zu Prototypen der Universitäten. Verfolgt man die hochschulpolitische Diskussion über die Universitäten, so war das Schlagwort der Praxisorientiertheit genau der Begriff, der die hohen Schulen aus ihrem vielzitierten „Elfenbeinturm“ holen sollte. Um so mehr muß doch akzeptiert und anerkannt werden, daß die gelebte und längst etablierte Dualität der Kunsthochschulen nicht nur ihren Anspruch darauf, Universität zu sein, begründet, sondern auch legitimiert.

Mit der rechtlich gemeinsamen Basis wäre den Hochschulen, sofern sie nicht durch ein rein rechtsmechanische Gleichschaltung und das Ignorieren notwendiger Sonderregelungen die besonderen Bedingungen ihrer Identität und ihres Funktionierens verlieren, jener Dienst erwiesen, der sie zwar nicht der anstehenden inneren Reform enthebt, sie jedoch der oberflächlichen Diskussion über „zwar gleichwertig“, aber „weil andersartig“, daher doch nicht gleichwertig, entzieht.

Äußerlich schafft ein gemeinsamer gesetzlicher Rahmen durchaus Sicherheit in der Bewertung, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Kunsthochschulen, um ihrem Auftrag gerecht zu werden, weiterhin Bedingungen brauchen, die sich von den Bedingungen für die übrigen Universitäten notwendigerweise unterscheiden. Dies ist keine Frage der Hybris oder eines überzogenen Selbstwertgefühls, sondern der Wesensart der Kunsthochschulen.

Es ist weder an Hochschulen für bildende, noch für Musik und darstellende Kunst möglich, sinnvoll in Massenveranstaltungen zu unterrichten, da die Auseinandersetzung der Lehrenden mit ihren Studierenden, die ihre eigene Kunst erst mit viel Zeitaufwand entwickeln müssen, den künstlerischen Einzelunterricht unabdingbar notwendig macht.

Insofern sind die Kunsthochschulen, was ihre Personalausstattung betrifft, durch die Notwendigkeit der Aufnahmeselektion den übrigen Universitäten gegenüber in den theoretischen Fächern durchaus besser gestellt. Trotzdem mangeltes den Kunsthochschulen vor allem an Lehrenden im künstlerischen Zentralfach. Der statistische Verweis auf die Betreuungszahlen an Universitäten bringt da wenig es sind ja auch an Universitäten Betreuungsverhältnisse von bis zu dreihundert Studierenden pro Hochschullehrerin und Hochschullehrer keine rühmliche Tatsache, sondern eher eine Bankrotterklärung und die Negation didaktischer und pädagogischer Notwendigkeiten.

Es wird zwar allen, die die Chance hatten, ein Instrument zu erlernen, einsichtig sein, daß es unmöglich ist, dreihundert jungen Menschen

gleichzeitig und ex cathedra Geigenunterricht zu erteilen; trotzdem wird es notwendig sein, weiterhin unter Beweis zu stellen, daß mit den vorhandenen knappen Ressourcen maßvoll und sparsam umgegangen wird.

Die Hochschulen wären schlecht beraten, im Kampf um die immer geringer werdenden Dotationen auf die Vielzahl ihrer angebotenen Studien zu verzichten und die Reformgespräche über das Studienrecht als Forum interner Rivalitäten zu mißbrauchen. Ebenso ungerecht wäre es, dem Ministerium, das sich letztlich auf Grund des Druckes der Mehrheit der Kunsthochschulen politisch für die Eingliederung der künstlerischen Diplomstudien in das Universitätsstudienrecht entschied, ein niedriges, banales Budgetmotiv zu unterstellen. Grundsätzliche politische Entscheidungen schaffen zumindest Klarheit, in vielen Bereichen der Hochschulpolitik wären solche gefordert. Der Versuch, die künstlerischen Diplomstudien neu zu ordnen, sie zu größeren Studienrichtungen mit Studienzweigen zusammenzufassen, sollte, wo sinnvoll und möglich, Durchlässigkeiten für Studierende schaffen, jedoch nicht Studienspezifika, wohl durchdachte Abläufe und unterschiedliche Ausbildungsziele ignorieren.

Die künstlerisch-pädagogischen Studien stehen da im selben Dilemma wie die wissenschaftlich-pädagogischen Studien. Die Frage, bis zu welchem Grad jemand sein „Handwerk“ verstehen muß, um es vermitteln zu können, um in der Berufspraxis junge Menschen für den jeweiligen Inhalt begeistern zu können, ist eine grundsätzliche und sie ist nicht durch alleinige Neuordnung in einem Gesetz zu lösen.

Ist es künstlerische Brillanz und fachliches Können allein, oder ebenso pädagogisches Geschick, eine fundierte didaktische Ausbildung, die grundsätzliche Entscheidung lehren zu wollen und Empathie für die Anverwandten, was Lehrende zu wirklich erfolgreichen Lehrenden macht?

Die oft in Ermangelung eigener pädagogischer Qualitäten getroffene Aussage: „Ein guter Künstler ist auch ein guter Lehrer!“ reduziert die Komplexität der Fragestellung, ob Kunst lehrbar sei, auf eine Formel, die als Antwort gewertet die Kunsthochschulen gleichsam in ihrer Eigenschaft als Schulen a priori in Frage stellen müßte. Nur, wer schafft die Vermittlung zwischen Kunstwerk und Rezipienten, wer begeistert für Kunst und wer animiert zum künstlerischen Tätigsein, wenn nicht diejenigen, die die Vermittlung der Kunst und ihrer Inhalte auch als Kunst, Inhalt und letztlich als Profession sehen?

Ignorante Genies sind es jedenfalls nicht. Entscheidend ist die Suche nach adäquaten Methoden, die den Zugang zur Kunst eröffnen, so daß sie für viele zum tief empfundenen Erlebnis werden kann.

Dies zu erreichen ist spannend und lohnend genug.

Wußten Sie, daß Lehrende und Studierende der Wiener Musikhochschule an nahezu der Hälfte aller Musikereignisse Wiens mitwirken,

oder daß das internationale Renommee österreichischer Architektur zu einem nicht gerade geringen Teil von der Baukunst jener Architektinnen und Architekten getragen wird, die Absolventinnen und Absolventen unserer Kunsthochschulen sind, obwohl sie verglichen mit den Abgängerzahlen der Technischen Universitäten Österreichs eine quantitate negligible sind?

Die Kunsthochschulen leisten Qualität, leisten wir uns die Kunsthochschulen!

Mag. Michael Herbst
Institut für Werkerziehung
Akademie der bildenden Künste Wien
Präsidiumsmitglied der BUKO
[e-mail: mherbst@edvz.akbild.ac.at](mailto:mherbst@edvz.akbild.ac.at)

„Ich wünschte recht gelehrt zu werden“

oder: Was heißt „Ministerium“ auf deutsch? Eine Mischkulanz

Hans Christian Luschützky

Der weltbekannte Börsenguru Andre Kosztolányi wurde in einer Talkshow des deutschen Privatfernsehens gefragt, welchen Rat er jemandem geben würde, der sein Kapital gewinnbringend investieren möchte, aber nur sehr wenig besitzt. Ohne zu zögern antwortete er aus der Fülle eines in neun Lebensjahrzehnten angesammelten Erfahrungsschatzes schöpfende Doyen aller Börsianer, der schon vielen Unentschlossenen geholfen haben soll, er würde allen kleinen Anlegern dringend empfehlen, ihr ganzes Geld in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu investieren, denn dies sei die einzige wirklich gewinnbringende Investition.

Dieser gut gemeinte Rat eines mit allen Wassern der Ökonomie gewaschenen und durchaus mit Respekt so zu nennenden Spekulanten kann, wenn auch vielleicht apertuhaft formuliert, nicht ernst genommen werden und sollte insbesondere den Verwaltern des Staatshaushaltes zu denken geben, die in ihren öffentlichen Aussagen einerseits die Mentalität des kleinen Sparers zur Schau zu tragen beliebt und andererseits ebensogern freudige Bekenntnisse zur Förderung der Wissenschaft und Bildung im Munde führen.

Die Ernsthaftigkeit solcher auch in den Arbeitsübereinkommen diverser Regierungsparteien niedergelegten Bekenntnisse soll nicht in Zweifel gezogen werden. Ebenso wenig darf jedoch bezweifelt werden, daß mit der Annehmlichkeit, sich in der internationalen Reputation einer immer noch bedeutenden Kulturnation zu sonnen, auch die Verpflichtung verbunden ist, den Erhalt und die Festigung der Grundlagen dieser Reputation durch wirksame gesetzliche Maßnahmen zu sichern.

Nachzufragen ist aber auch, ob überhaupt noch ein einheitlicher Bildungsbegriff existiert, der **solche Anstrengungen rechtfertigt, oder ob die scheinbare Verfügbarkeit von Wissen und Bildungsgut nicht schon längst einen von der Allgemeinheit nicht mehr durchschaubaren Schleier über die Art und Weise geworfen hat, wie Wissen geschaffen und durch persönliche Aneignung und Reflexion zur Bildung wird.** Wissen in **seinem Rohzustand als „Information“** kann zur Ware werden, ist es auch schon längst geworden - Bildung aber ist eine Eigenschaft ihrer Träger und kann nur zusammen mit diesen auf dem Ladentisch verhandelt werden.

Manche Sequenzen der Diskussionen um das neue Studiengesetz haben gezeigt, **daß die Differenzierung zwischen der Abwesenheit von Bildung und der Anwesenheit von Ignoranz** mehr ist als ein tragikomischer Sophismus und weiterer Verfeinerung bedarf: Der reine Barbar weiß nicht, daß das, was er nicht versteht, griechisch oder lateinisch ist. Der Ignorant will es nicht wissen. Dazwischen drängen sich jene, die nicht wollen, daß andere es wissen wollen dürfen. Um sie herum stehen jene, die glauben, daß man das nicht zu wissen braucht, wovon sie glauben, daß es andere auch nicht wissen. „Wie

schwer sind nicht die Mittel zu erwerben, durch die man zu den Quellen steigt! Und eh man noch den halben Weg erreicht, muß wohl ein armer Teufel sterben“, läßt Goethe einen „trocknen Schleicher“ stöhnen und gibt den im „Elend des Historizismus“ Versunkenen der Verachtung seines Lehrers preis.

Die Allgemeinheit, Akademiker inbegriffen, scheint in dem Irrtum befangen zu sein, bei der Frage nach der für ein akademisches Studium nötigen sprachlichen Vorbildung gehe es um „Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“. Niemandem scheint aufzufallen, daß die Kenntnis des griechischen und lateinischen Vokabulars und seiner Wortbildungsmittel an sich nichts mit der klassischen Antike zu tun hat, und daß die **klassischen Sprachen nicht tot sind, sondern, neben ihrer Fortsetzung in den modernen Kultursprachen,** im Wortschatz des internationalen Wissenschaftsbetriebes ein Leben von tropischer Üppigkeit entfaltet haben. Die Informationsgesellschaft lebt von dieser Sprache und der allseitigen Verfügbarkeit ihrer Elemente. Wer sich weigert, daraus die Konsequenz zu ziehen, wird es bitter bereuen. Ohne reflektierte Sprachkompetenz, die man in der Jugend entwickeln kann, werden kommende Generationen im Welttheater bestenfalls das Stehparkett bevölkern. Wer nicht in der Lage ist, den Plural elementarer grammatischer Begriffe wie „Genus“, „Numerus“, „Kasus“, „Tempus“ und „Modus“ korrekt zu bilden, kann sich nicht darauf ausreden, daß Anglophone und Frankophone dies auch nicht könnten: sie müssen es nicht können, denn „gender“, „number“, „tense“, „mood“, „genre“, „nombre“, „cas“, „temps“ und „mode“ sind aus den lateinischen Formen auf natürlichem Wege entstanden und haben ihre Pluralformen systemkonform entwickelt. Die Alternative wäre, Ausdrücke wie „Genus“, „Numerus“, „Kasus“, „Tempus“ und „Modus“ im Deutschen nicht mehr zu verwenden und sich durch den Gebrauch von „Geschlecht“, „Zahl“, „Fall“, „Zeit“ und „Aussageweise“ von der internationalen Diskursgemeinschaft abzukoppeln. Selbst den Nationalsozialisten war klar, was man der Konkurrenzfähigkeit der deutschsprachigen Wissenschaft antut, wenn man solche Strategien verfolgt - waren sie doch nicht einmal in der Lage, ihre eigene politische Richtung ohne Zuhilfenahme des Lateinischen zu benennen.

In Zeiten des zum alleinigen politischen Programm erhobenen Budgetnotstandes muß jede Möglichkeit genutzt werden, jene Wissenschaftszweige, die hauptsächlich oder ausschließlich an den Universitäten gepflegt werden und die nur in geringem Ausmaß durch sogenannte Drittmittel erhalten werden können, vor barbarischem Rückbau zu bewahren. Dazu zählen naturgemäß vor allem die **Geistes- und Kulturwissenschaften, deren Forschungspotential nicht nur von unmittelbar in Förderungsmilliarden quantifizierbaren Sonderaktionen, sondern in besonderem Maße von gleichsam atmosphärischen Bedingungen abhängt, die zum Großteil durch das Organisationsrecht**

der Universitäten, das Dienstrecht der Hochschullehrer und das Studienrecht steuerbar sind. Die Qualität der Politik in diesem Bereich ist also nicht nur an den Bilanzen diverser Fonds abzulesen, sondern auch an der gesetzlichen Ausgestaltung der genannten Regelungsmaterien. Da die Universitäten keine Automaten sind, diese nach Geldeinwurf Forschungsergebnisse und Absolventen gewünschten Formats ausspucken, ist die Forschungspolitik von der allgemeinen Hochschulpolitik nicht zu trennen, zumal die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der das Humankapital der zukünftigen Forschung darstellt, ausschließlich an den Universitäten erfolgt.

„Da schießen nun die gewerblichen Anstalten und die technischen Anstalten und die Handelsschulen aus der Erde, und das Gymnasium und die klassische Bildung sind plötzlich Betisen, und alle Welt denkt an nichts, als Bergwerke... und Industrie... und Geldverdienen... Brav, das alles, höchst brav! Aber ein bißchen stüpe, von der anderen Seite, auf die Dauer-wie?“ Man möchte gleich mit dem alten Johann Buddenbrook fortfahren: „Ich weiß nicht, warum es mir ein Affront ist...“ -und hofft doch insgeheim, daß die Führung der Geschäfte nicht von feinsinnigen Literaten in die launische Hand genommen wird. Wenn das Chef-Spielen noch mehr zur Mode wird als bisher, bewahre uns das Schicksal vor den quereinsteigenden Försterbuben. Die Balance von kaufmännischem Geschick und menschlichem Anstand ist schon im Wirtschaftsleben schwer zu halten. Was für ein Abenteuer wird diese Gratwanderung erst, wenn auch die Politik sich auf reine Ökonomie reduziert? Nicht alle Länder haben die zivilisatorische Reife der Vereinigten Staaten von Amerika erreicht, wo sich ab einem gewissen Grad von Unbildung die Träger derselben gleich von selbst aus dieser Welt verabschieden, etwa in dem Glauben, durch den Schweif eines Kometen besserer Welten teilhaftig zu werden.

[Ass.-Prof. Mag. Dr. Hans](#) Christian Luschützky
Institut für Sprachwissenschaften, Universität Wien
Präsidiumsmitglied der BUKO
e-mail: hans.Christian.luschuetzky@univie.ac.at

1977-1979

BUKO - von der Idee zur Wirklichkeit

Gerhard Windischbauer

Das Jahr 1975 begann voll hochschulpolitischer Spannungen. Der Assistentenverband hatte noch in einer Dezembersitzung seine Bereitschaft zur UOG-Reform bekräftigt. Die Chance, aktiv in Kollegialorganen an der Gestaltung der Universitäten mitwirken zu können, mußte ergriffen werden. Aber wie sollten die zahlreichen Assistentinnen und Assistenten, die dann in den verschiedensten Kollegien und Kommissionen von Innsbruck bis Wien tätig werden sollten, koordiniert und informiert werden? In dieser Phase war von Dieter Rückle die Idee aufgeworfen worden, man solle eine Art „Bundeskonferenz der Assistenten“ jedoch klang schlecht. Waren wir als Hochschullehrer nicht das wissenschaftliche und künstlerische Personal der Universitäten und Kunsthochschulen? Dann sollten wir uns „Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals“ nennen.

Nach diesem Beschluß, der uns in große Begeisterung versetzte, sollte die „Grazer Gruppe“ mit Ferdinand Wehrschütz und Norbert Wolf über den Jahreswechsel eine Ausarbeitung liefern. Die „Wiener“ mit Walter Ender, Ewald Breunlich und mir als Vorsitzendem sollten die Namensänderung des Assistentenverbandes vorbereiten, eine Pressekonferenz abhalten und mit den Politikern verhandeln.

Endlich traf das ersehnte Papier aus Graz ein. Unter einem blauen Deckblatt sah es eine zentrale Bundeskonferenz mit Länderkonferenzen und Ausschüssen an den Universitäten vor und betonte die Notwendigkeit, die Demokratisierung der Hochschulen auch organisatorisch zu unterstützen. Das politische Echo war nicht gerade überwältigend. Lediglich der damalige Klubobmann der SPÖ, Dr. Heinz Fischer, äußerte Verständnis. Zu stark beherrschte noch die opponierende Professorengruppe die öffentliche Diskussion mit dem prophezeiten „Untergang“ der österreichischen hohen Schulen.

Im März 1975 standen die parlamentarischen Beratungen um das UOG vor dem Ende und vielleicht auch vor dem Scheitern. Da forderte der Assistentenverband auf seiner Delegiertenversammlung das Ende der vieljährigen Reformdiskussion und eine neue Organisation der Universitäten. Man solle endlich die Mitbestimmung der Assistenten und Studenten gesetzlich verankern und das Dienstrecht des Mittelbaus aufgabengerecht gestalten.

Das Echo war überraschend. Die Zeitungen führten Schlagzeilen wie „Assistenten für das UOG“. Die Kritiker tobten, Bundesministerin Dr. Hertha Firnberg hingegen handelte. Innerhalb weniger Stunden hatte sie einen Termin bei Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, zu dem der damalige Assistentenverbandsvorstand geladen wurde. In einer langen Aussprache informierten wir den Bundespräsidenten

über unsere Absichten, vor allem jedoch darüber, daß die endlose Reformdiskussion wie auch immer beendet werden müsse. Von der Präsidentschaftskanzlei gingen wir direkt in das Parlament, um nochmals die Politiker über unsere Haltung und **die notwendige „Bundeskonferenz“ zu informieren**. Nun gab es zum ersten Mal von der Regierungspartei Zustimmung; wir sollten einen Textvorschlag liefern. Wir konnten endlich den vorbereiteten Paragraphen XXX „Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals“, mit der gleichen Aufgabenzuweisung, die der UOG-Entwurf für die Rektorenkonferenz vorsah, mit einer gewissen Erfolgsaussicht übergeben. Gleichzeitig sollte noch das Hochschulassistenten-Gesetz HAG 1962 in kleinen Bereichen novelliert werden, um die Probleme, die sich nach 12-jähriger Geltungsdauer abzeichneten, zu beheben. Auch diesen Text konnten wir mit dem Leiter der Rechtsabteilung im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Dr. Ludwig Otruba, zeitgerecht formulieren.

Am 11. April 1975 erfolgte die Beschlußfassung des UOG 1975 und der HAG-1 1962-Novelle durch das Parlament. Die Mitbestimmung des akademischen Mittelbaus an den Österreichischen Universitäten hatte begonnen.

Der Assistentenverband startete unmittelbar darauf seine Informationsoffensive, um die Kolleginnen und Kollegen über die Mitbestimmung, die notwendigen Wahlen und vor allem über die wichtige Kommissionsarbeit zu informieren. Wir „Wiener“ sollten uns darüber hinaus um den Aufbau der Bundeskonferenz kümmern. Wir holten uns in mehreren Gesprächen wertvolle Hinweise vom Generalsekretär der Rektorenkonferenz, Dr. Raoul Kneucker. Vor allem gab er uns den entscheidenden Hinweis, daß im gleichen Hause Schottengasse 1, in dem auch die ÖRK residierte, in absehbarer Zeit Büroräume frei würden.

Die Besichtigung der Lokalität war ernüchternd. Fast ein ganzes Stockwerk Bürofläche in bester Innenstadtlage, devastiert und ohne jede Einrichtung. Wir verhandelten mit dem Leiter des Österreichischen Auslandsstudentendienstes, Hofrat Ludwig Koller, um dem Ministerium eine gemeinsame Nutzung vorzuschlagen und somit bessere Erfolgsaussichten zu haben. Das Wissenschaftsministerium sagte zu, die Bundesbaudirektion übernahm die Instandsetzung, und nach wenigen Monaten hatten wir zwei eingerichtete Büroräume, einen Sitzungssaal und einen großen Vorraum, letztere gemeinsam mit dem ÖAD und der ÖRK.

Noch im Sommer 1976 hatten wir beim Wissenschaftsministerium einen Budgetposten für die Bundeskonferenz beantragt und, da wir ja die gleichen Aufgaben hätten wie die ÖRK, auch in der gleichen Höhe. Das Budget 1976 wies daher der BUKO bereits ein beträchtliches Budget zu, das jedoch erst nach der Konstituierung verfügbar sein

würde. Wir betrieben daher auch die Wahlen in die Bundeskonferenz. Lediglich an der Universität Wien hatte sich eine von uns unabhängige „Mittelbaukurie“ unter Gerhard Jagschitz und Michael Leodolter gebildet.

Endlich kam der Tag der Konstituierung. Feierlich gekleidet trafen wir uns im Audienzsaal des Wissenschaftsministeriums. Frau Minister Dr. Hertha Firnberg wies auf die Bedeutung des wissenschaftlichen Nachwuchses als gestaltendes Element hin und führte die erste Wahl in der BUKO durch, aus der ich als Vorsitzender hervorging. Dann folgte der feierliche Akt der Schlüsselübergabe. In einer kleinen roten Schachtel lag ein Messingschlüssel. Ich übernahm ihn, dankte den Politikern und Beamten und lud die Frau Bundesministerin zur Besichtigung der neuen Räume ein. Wir gingen die wenigen Schritte in die Schottengasse und erklimmen über Mezzanin und Hochparterre den ersten Stock. Ich steckte den Schlüssel in das Schloß und - er sperrte nicht. Die BGV hatte nach Beendigung der Arbeiten wenige Stunden vorher das Schloß ausgetauscht. Ich lief zur Universität und bekam durch irgendwelche Wundertatsächlich den richtigen Schlüssel, sodaß nach etwa 5 Minuten die geduldig wartende Ministerin die neuen Räumlichkeiten bewundern und übergeben konnte.

Der „Rest“ ist kurz erzählt. Die Kollegen Gerhard Jagschitz (Wien), Christian Brünner (Graz) und Gerhard Arminger (Linz) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, wir konnten uns aus unserem Budget eine IBM-Schreibmaschine, eine Rechenmaschine, ein Kopiergerät und eine luxuriöse Nebenstellen-Telephonanlage kaufen. Planstellen gab es jedoch keine. Zur Adressierung überließ uns die Veterinärmedizinische Universität eine Stielow-Adrema, auf deren Matrizen meine Kinder die Namen aller Mittelbauangehörigen eintrugen. Frau Heide-Marie Franzel half uns die nächsten Monate freiwillig im Büro. Sehr bald kam Frau Pittner zu uns, die der BUKO **bis heute die Treue gewahrt** hat. Erst zwei Jahre später wurden die ersten beiden Planstellen zugewiesen, die wir mit Dr. Ludwig Follner als Generalsekretär und Frau Fallnbügl besetzen konnten. Frau Brigitte Fallnbügl, der ich für ihre Arbeit und Loyalität herzlich danke, ist bis heute in der BUKO tätig.

Christian Brünner richtete die hochschulpolitische Bibliothek ein, Gerhard Arminger organisierte UOG-Seminare. Kollege Kemmettmüller von der Wirtschaftsuniversität Wien organisierte das Rechnungswesen, Ewald Breunlich gründete den Kunsthochschul-Ausschuß und Freund Hutter von der Akademie der Bildenden Künste gestaltete die ersten Ausstellungen von Künstler-Kolleginnen in der neuen BUKO. Schließlich führten wir einen Wettbewerb für ein Logo durch, den Kollege Jahn von der Veterinärmedizinischen Universität gewann und der von da an das neu gestylte Mitteilungsblatt unverwechselbar machte.

Im Herbst 1976 begannen die Verhandlungen um ein neues Hochschullehrer-Dienstrecht unter Staatssekretär Dr. K. Lausecker. Hier trafen wir zum ersten Male wieder offiziell mit den Professorenvertretern zusammen. Diese Verhandlungsrunden mit den Professoren Walter, Tomandl und Leiter für den UPV, mit Frühwirth und Suppan für die Bundessektion Hochschullehrer und dem Präsidium der BUKO sollten erst 13 Jahre später zu einem Abschluß kommen. Sie stellten jedoch einen ersten Beweis für das Potential der neuen BUKO dar, denn der BUKO-Dienstrechtsentwurf von Brünner bildete die inhaltliche Grundlage der Diskussion, die wir 1989, nun in anderen Funktionen tätig, beenden konnten.

Ich möchte abschließend auch ein persönliches Resümee ziehen. Ich durfte nicht nur an einem äußerst interessanten hochschulpolitischen Geschehen über mehr als 20 Jahre mitwirken, sondern ich lernte auch eine so große Zahl von wertvollen und liebenswerten Kolleginnen und Kollegen kennen, daß ich keine einzige Minute der aufgewendeten Zeit bedaure. Ich wünsche der BUKO auch unter dem neuen UOG 1993 ein gleich erfolgreiches Wirken, wie sie es unter dem UOG 1975 entfalten konnte. Ich wünsche allen Universitäts- und Hochschullehrerinnen, die in der BUKO tätig werden, daß sie am Ende eine ebenso positive Bilanz ziehen können.

[ao.Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Gerhard Windischbauer](mailto:gerhard.windischbauer@vu-wien.ac.at)
 ehem. Vorsitzender der BUKO
 Institut für Medizinische Physik
 Veterinärmedizinische Universität Wien
 e-mail: gerhard.windischbauer@vu-wien.ac.at

1981-1982

Zur Entwicklung der Hochschulpolitik in Österreich

Reinhard Viertl

Die hochschulpolitischen Aktivitäten verschiedener Regierungen in Österreich haben sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart eine gewisse Hektik gezeigt. Betrachtet man die letzten 20 Jahre, so sind auch Vor- und wieder Rückwärtsbewegungen erkennbar, deren Rationalität zweifelhaft erscheint.

War die Politik in den Siebzigerjahren auf eine Demokratisierung der Universitäten und Kunsthochschulen gerichtet, so scheint sie derzeit von Nivellierungstendenzen getragen zu sein. In einer Parlamentsenquete zur Lage der Hohen Schulen im Jahre 1982 habe ich gefordert, daß mit steigender Qualifikation von Universitätslehrern auch steigende Freiräume gegeben werden sollten. Dem wurde zum Teil in der Zwischenzeit Rechnung getragen, was auch zu begrüßen ist. So wurden Universitätsdozenten, die gleichzeitig eine Anstellung als Universitätsassistent haben, in Annäherung an die Situation der derzeitigen Außerordentlichen Universitätsprofessoren im LOG 1993 mehr Freiheiten eingeräumt. Dies ist auch sinnvoll, da lange Zeit die Ernennung von Außerordentlichen Professoren relativ einfach durch Umwandlung von Assistentenstellen erfolgte. Übrigens hat sogar die ehemalige Wissenschaftsministerin Dr. Hertha Firnberg die Konstruktion der Außerordentlichen Professoren nach UOG 1975 als problematisch angesehen.

In der Zwischenzeit wurde im UOG 1993 eine einheitliche Gruppe der Universitätsprofessoren geschaffen, obwohl die Auswahlverfahren für die verschiedenen Typen von Professuren in der Vergangenheit nicht vergleichbar waren. Die Gründe dafür sind nicht zuletzt wahrscheinlich auch in den Personen der Verhandler zu suchen, denn international sind abgestufte Professorenkategorien durchaus üblich. Die Problematik ist auch in den derzeit laufenden Verhandlungen um ein neues Dienstrecht der Universitäts- und Hochschullehrer erkennbar. Dabei ist das derzeitige Dienstrecht durchaus funktionell. Hier ist meines Erachtens ein unnötiger Aktivismus im Gange. Aber dieser scheint bei der Gesetzgebung im allgemeinen um sich zu greifen, könnte man doch viele Dinge einfacher durch Erlässe regeln, als den Nationalrat damit zu befassen.

Das in Diskussion stehende Dienstrecht für Hochschullehrer sollte auf alle Fälle sicherstellen, daß der Lehrbetrieb gewährleistet ist. Manche Aussagen von Ministerialjuristen zu den Dienstpflichten von Dozenten, die eine Assistentenstelle innehaben, lassen dies bezweifeln. Hier ist zu wünschen, daß die Mitglieder des Nationalrates, wenn sie schon ein neues Dienstrechtsgesetz beschließen wollen, eine sinnvolle Regelung treffen.

Rückblickend auf meine Tätigkeit als Vorsitzender der Bundeskonferenz in den Jahren 1981 und 1982 kann ich feststellen, daß diese Aufgabe stets interessant war. Allerdings haben sich manche Struk-

turen an den Universitäten, die von der Bundeskonferenz seinerzeit begrüßt wurden, als nicht zweckmäßig erwiesen.

Auch manche Forderungen und Ängste aus der Sicht des universitären Mittelbaues habe ich nie verstanden, da ich das Glück hatte, meist verständnisvollen Vorgesetzten zu begegnen, und hoffe, auch selbst so einer zu sein.

Der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen sowie deren Vorsitzenden wünsche ich auch in Zukunft eine gedeihliche Atmosphäre für die Arbeit, nicht nur als Interessenvertretung, sondern im Sinne der gesamten Universitäten und Kunsthochschulen.

[o.Univ.-Prof.Dipl.-Ing.Dr. Reinhard Viertl](#)
ehem. Vorsitzender der BUKO
Institut für Statistik und
Wahrscheinlichkeitstheorie, TU-Wien
e-mail: viertl@m1.statistik.tuwien.ac.at

Alte und Neue Aufgaben der Bundeskonferenz

Norbert Wolf

Der BUKO gehörte ich seit ihrer Konstituierung am 5. Mai 1977 als Mitglied an. Am 18. März 1982 wurde ich als Nachfolger des durch Berufung aus dem Mittelbau ausgeschiedenen Kollegen Prof. Dr. R. Viertl zum Vorsitzenden gewählt. Wichtige Schwerpunkte waren zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitung des Modells „Wissenschaftler für die Wirtschaft“ und der dritten „Österreichischen Wissenschaftsmesse“ sowie der Umfrage „Berufsbild der Hochschullehrer“, um die sich vor allem die Kollegen Josef Lins und Johann Müller große Verdienste erworben haben. Weitere wichtige Aktivitäten in der Zeit meiner Vorsitzführung betrafen die schon damals uns intensiv beschäftigenden Verhandlungen um ein neues Dienstrecht, Veranstaltungen der Didaktikkommission und die in der Zwischenzeit schon Tradition gewordenen Fortbildungsseminare der BUKO für Vertreterinnen des Akademischen Mittelbaus. Aufgrund des Engagements vor allem der Kollegen Burkert und Pelikan erlangte auch das Mitteilungsblatt der BUKO eine erste Blüte. Sehr eingehend beschäftigte sich die BUKO in dieser Zeit auch mit den Problemen ausscheidender Assistentinnen.

In der Folge nun kurz einige wichtige Ereignisse in chronologischer Reihenfolge:

Am 28. Juni 1982 konnte durch Frau BM Dr. Hertha Firnberg das Modell „Wissenschaftler für die Wirtschaft“ als gemeinsame Aktion der BUKO, des BM für Wissenschaft und Forschung und der Bundeswirtschaftskammer vorgestellt werden. Mit diesem Modell sollte einerseits den in Österreich vorwiegend mittelständischen Firmen eine gewisse Scheu vor der Beschäftigung von wissenschaftlich gebildetem Personal genommen und der Erkenntnisstand der Universitäten zugänglich gemacht werden, andererseits sollte die Hemmschwelle der Kolleginnen vor einem Übertritt in die Privatwirtschaft vermindert werden. Soweit ich beobachten konnte, war und ist diese Aktion durchaus erfolgreich. Es stellte sich allerdings sehr bald heraus, daß die Rückkehrquoten an die Universitäten bedeutend niedriger waren als ursprünglich erwartet.

Da die BUKO zur Durchführung verschiedener Projekte über ihr Budget hinausgehende Mittel benötigte und diese aufgrund ihres rechtlichen Status nicht einwerben konnte, wurde am 21. Oktober 1982 der Verein zur Förderung von Projekten der BUKO als Träger diverser Aktivitäten gegründet.

In der Zeit vom 23. - 25. Feb. 1983 veranstalteten die BUKO und der Verein der österreichischen Wissenschaftsmesse (auch eine Gründung der BUKO) in Zusammenarbeit mit der ARGE für Fachausstellungen und der Wiener Messe AG im Messepalast in Wien die 3. Österreichische Wissenschaftsmesse. Im Zusammenhang mit dieser

Präsentation der Leistungen der österreichischen Universitäten und Hochschulen wurde im Rahmen einer Vortragsreihe „Die Hochschulen - Innovationspartner für die Wirtschaft“ für eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Hochschulen und der Industrie geworben. Konkrete Beispiele erfolgreich laufender Vorhaben wurden vorgestellt und aus der Sicht der Institute und der Firmen beleuchtet. Daneben wurde auf mit dieser Kooperation verbundene allgemeine Probleme eingegangen. Als Veranstalter für diese Vortragsreihe zeichneten neben der BUKO das BMWF, der Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung und der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft verantwortlich.

Wie schon erwähnt, war bereits zu dem Zeitpunkt meiner Vorsitzführung die Diskussion um ein neues Dienstrecht recht intensiv. Die grundlegenden Regelungen wurden in der Dienstrechtskommission und im Plenum sehr intensiv beraten und oft recht kontroversiell diskutiert. Als Vorgabe für die damals die Verhandlung führenden Gremien der GÖD kam es am 15. April 1983 zu einer einstimmigen Ablehnung einer Quotenregelung unter Ausweisung getrennter Planstellen durch das Plenum der BUKO und einer mehrheitlichen Ablehnung auch einer in Prozenten festgelegten Quote. Diese Forderungen wurden durch das im Herbst 1988 in Kraftgetretene Dienstrecht ein Jahr später auch erfüllt.

Nach dem Ausscheiden von Frau BM Dr. Hertha Firnberg aus dem Amt folgte ihr Herr Univ.-Doz. Dr. Heinz Fischer als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Sein Angebot an den langjährigen Generalsekretär der BUKO, Dr. Ludwig Follner, in sein Büro einzutreten, hatte im Sommer 1983 das Ausscheiden des Kollegen aus seiner Funktion zur Folge. Sein Austritt traf die BUKO und insbesondere mich als ihren Vorsitzenden zu einem schwierigen Zeitpunkt, da die Übersiedlung der BUKO in neue größere Räumlichkeiten im 1. Stock des Hauses Schottengasse 1, 1010 Wien bevorstand. Näher auf die bürokratischen Hemmnisse, die mit der Übersiedlung innerhalb desselben Hauses von einem Stockwerk ins andere verbunden waren, einzugehen, wäre innerhalb einer Festschrift nicht sinnvoll. Vielleicht gehe ich in meinen Memoiren, die sicher kabarettistische Züge tragen werden, näher darauf ein, ebenso auf die Probleme, die sich bei der anschließenden Neubesetzung der Stelle des Generalsekretärs ergaben.

Ebenfalls im Herbst des Jahres 1983 war der ULV mit dem Wunsch an mich herangetreten, bei den bevorstehenden PV-Wahlen auf der gemeinsamen Liste des ULV und UPV zu kandidieren. Der Wahlerfolg dieser Liste brachte es mitsich, daß ich Anfang Jänner zum Vorsitzenden des ZA der Hochschullehrer gewählt wurde und deshalb mit 22. Februar 1984 mein Amt als Vorsitzender der BUKO zurücklegte.

1982-1984

Vorher hatte ich noch Gelegenheit, unsere Kollegin, Frau Univ.-Ass. Dr. Birgit BOlognese-Leuchtenmüller, bei ihrem Dienstantritt mit 1. Februar 1984 zu begrüßen. All zu sehr haben sich mit diesem Wechsel in der Funktion meine Aufgabenbereiche nicht geändert. Probleme des Dienstrechts und die Schwierigkeiten der im Dienststand befindlichen, aber auch der ausscheidenden Assistentinnen gehören heute noch zu meinen wichtigsten Aufgaben im ZA.

Zurück zur BUKO: Persönlich bedaure ich es sehr, daß die 3. Österreichische Wissenschaftsmesse die letzte war, die wirklich unter der Federführung der BUKO **und des Mittelbaus zustande kam und daß der Einfluß der BUKO auf diese Veranstaltung in der Folge weitgehend verloren ging**. Schade finde ich es auch, daß die große Kompetenz, die sich die BUKO durch die Aktivitäten der Didaktikkommission im Bereich der Hochschuldidaktik erworben hatte, in der Zwischenzeit weitgehend verloren gegangen ist. Die akademische Lehre ist ein Bereich, dessen Bedeutung leider aufgrund der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten der Universitäten und Hochschulen zu Unrecht gelitten hat. Vielleicht sollte man hier wieder einen Schwerpunkt setzen.

Abschließend wünsche ich der BUKO, daß sie auch im dritten Jahrzehnt ihres Bestehens ein erfolgreiches Instrument zur Vertretung der Universitäten und Hochschulen und des an ihnen tätigen Akademischen Mittelbaus bleibt und hoffe namens der Personalvertretung auf weitere gute Zusammenarbeit.

DiplAng.Dr. Norbert Wolf
ehem. Vorsitzender der BUKO
Institut für Organische Chemie, TU-Graz
[e-mail: dasek@isv.tu-graz.ac.at](mailto:dasek@isv.tu-graz.ac.at)

Kein Vorsitz sondern Geschäftsführung

Herbert Bannert

Nachdem Rücktritt von Hans Hallwirth am 2.3.1985 wurde ich, seit 1979 **Mitglied des Plenums und seit 1981 auch des Präsidiums**, mit der **Führung der Geschäfte** des Vorsitzenden betraut. In der damaligen Situation, als es wegen der Verhandlungen für das HDG zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, hielt ich die Reduzierung des Präsidiums auf vier Personen für einen Vorteil (Bannert, Holzer, Schnellinger, Veits).

Nach der termingemäß erfolgten Wahl am B. 10. 1985 habe ich die Geschäfte der BUKO an H. Hofer-Zeni übergeben und mich aus der Hochschulpolitik zurückgezogen.

Trotz der nur knapp sechs Monate habe ich die Zeit meiner Geschäftsführung als ereignisreich in Erinnerung. HDG-Verhandlungen, 4. Österreichische Wissenschaftsmesse, Vorsprachen bei BM Fischer, BP Kirchschräger und bei den Vorsitzenden von Verbänden und Interessenvertretungen sowie die Steuer- und Pensionsreform der Regierung Sinowatz mit Finanzminister Salcher, die dann zur Gänze abgewehrt wurde, fielen in diese Zeit.

Mein Bestreben war es, die BUKO als Gremium zu verankern, das verantwortungsbewußt zukunftsorientierte Themen besetzt, um so zu einer positiven Ausstrahlung zu kommen (während das Festhalten an Strukturen, Stellungnahmen gegen das UOG, gegen **das HDG und gegen die Situation an den Universitäten** der damaligen Rektorenkonferenz unter ihrem Vorsitzenden H. Tuppy überlassen wurde).

Ein wichtiger Punkt war die Entwicklung eines verstärkten Föderalismus: Ich habe mich bemüht, monatlich eine der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen zu besuchen und informelle Treffen mit **den BUKO-Mitgliedern und anderen Interessierten abzuhalten**. Ich halte dies auch heute noch für sehr wichtig- und auch sehr anstrengend. Die Tatsache, daß die Vorsitzenden der BUKO aus allen Regionen und allen Bereichen kommen, ist für mich eine Bestätigung.

Und wir haben auch manches Neue angefangen: Im Rechenschaftsbericht über meine Funktionsperiode finde ich den Hinweis: „Die Anschaffung eines Textverarbeitungssystems ermöglicht die Herstellung und Gestaltung von Publikationen und Broschüren.“ Es waren meiner Erinnerung nach **Olivetti-Geräte und EuroScript**.

Den stärksten Eindruck bekam ich in einem Gespräch mit dem damaligen Beamtenstaatssekretär Löschnak, als sich nämlich zeigte, **daß man seitens der Regierung sehr wenig Interesse für die Universitäten und fast gar** kein Interesse für die Zukunft von Forschung und Lehre voraussetzen kann.

Es war dies der wesentliche Grund für mich, nicht mehr für eine

Funktion in der Personalvertretung zu kandidieren. Die Entwicklung seither hat gezeigt, daß die Dinge keineswegs besser geworden sind, doch denke ich heute, daß gerade dies der Ansporn sein muß, nicht aufzugeben.

Univ.-Doz.Dr. Herbert Bannert
ehem. Geschäftsführer der BUKO
Institut für Klassische Philologie
Universität Wien
e-mail: hildegund.mueller@univie.ac.at

1985-1989

Die BUKO im Aufbruch

Herbert Hofer-Zeni

Der Vorsitzende der BUKO hat mich gebeten, aus Anlaß **der Feier zum zwanzigjährigen Bestehen der BUKO einige Erinnerungen an** die Zeit meines Vorsitzes von 1985 bis 1989 zu Papier zu bringen. Die Zusage ist mir schwer gefallen, denn im Unterschied zu heute hatte die BUKO mit ihrer Unbekanntheit und damit verbundenen Wirkungsschwäche zu kämpfen und diesbezügliche Erfolge waren sehr spärlich. Ich habe diese Zeitschmerz verdrängt, daß erst die Durchsicht der Protokolle der Plenarsitzungen der damaligen Periode mir die Ereignisse ins Gedächtnis zurückholten. Und dahatsicherwiesen, daß doch einiges mit Maßnahmen als positiv beurteilt werden kann.

Wie heute, stand auch damals die BUKO vor einem wesentlichen Fragenkomplex: Welche Aufgaben hat sie, wie bedeutsam ist ihre Stellung, wie **verstehen sie sich selbst und was halten die anderen** von ihr? Diese Fragen und die Antworten dazu hängen so eng zusammen, daß keine zu behandeln ist, ohne auf die anderen zurückzugreifen. So läßt sich die erste Frage aus dem Text **des UOG nur sehr pauschal und oberflächlich beantworten**. Schon bei der „Beratung der Vertreter des Mittelbaus in den Kollegialorganen der Universität“ muß man sich fragen, wie wirksam diese Tätigkeit der BUKO ist, was wiederum davon abhängt, was die Angesprochenen von der BUKO halten.

Ich möchte in diesen Regelkreis bei den Schwierigkeiten einsteigen, die mir bei der Übernahme des Vorsitzes als erstes aufgefallen sind, nämlich das Informationsdefizit. Der Austausch von Informationen klappte in keine Richtung, weder von den Vertretern zur BUKO noch umgekehrt. Das hing damit zusammen, daß viele der von den Universitäten gewählten BUKO-Mitglieder an ihrer Universität selbst nicht verankert waren, nicht in Gremien nominiert waren, in denen sie die Informationen weiter geben hätten können. Es galt also, den Informationsfluß zu verbessern. Es wurde das BUKO-Info eingeführt. Das jetzt gut aufgemachte und auch angenommene Blatt hatte damals wenig Resonanz. Als weitere Informationsquelle wurde der gesamtösterreichische Kurienprechertage eingeführt. Dieser hat sich zwar als überlebensfähig erwiesen, doch die Resonanz war bei weitem nicht in dem Ausmaß vorhanden, als wir es bei seiner Einführung erhofft hatten. Auch der Versuch, mich von Kurien der Fakultäten zu einem Gespräch einzuladen, war weniger erfolgreich. Der Grund für die fehlenden Reaktionen lag hier ebenso daran, daß die Kollegen sich für die Informationen wenig interessierten, weil sie die BUKO und deren Bedeutung - unserer Meinung nach - unterschätzten.

Es bedurfte also der Öffentlichkeitsarbeit. In meine Zeit fielen mehrere diesbezügliche Projekte. Ein erstes waren *Werbepлакат* der BUKO. Es fand wenig Beachtung. Die Herausgabe einer *Buchreihe* über aktuelle Themen durch die BUKO scheiterte gleich am Anfang an mangelndem Interesse. Eine Festsitzung zum *zehnjährigen Bestehen* der BUKO, an

der BM Firnberg und BM Fischer teilnahmen, fand in den Medien wenig Echo. Die Verleihung eines *BUKO-Preises* für hochschulpolitische Arbeiten schloß nach der zweiten Verleihung ein. Die von Assistentenverband und BUKO schon vor meiner Zeit ins Leben gerufene *Wissenschaftsmesse*, mit der man die Leistung des Mittelbaus der Öffentlichkeit zeigen wollte, entglitt in meiner Funktionsperiode endgültig **der BUKO und veränderte sich** zu einer Technikkonferenz. Die Beziehungen der BUKO zu den *Medien* waren mangelhaft und schleppend. Mir ist es nicht gelungen, dies zu verbessern. Auch in der Aktion *„Hochschule in Not“*, an der alle Hochschulgruppierungen teilnahmen und die im Aktionstag am 29. Febr. 1988 gipfelte, ging die Leistung der BUKO, nämlich dazu die Initiative ergriffen zu haben, unter.

Daß die BUKO in der Öffentlichkeit wenig beachtet wurde, hatte den Grund darin, daß sie in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung zu wenig Gewicht hatte und dies hatte mehrere Ursachen. Die eine Ursache lag darin, daß die BUKO sich damals noch weitgehend als *Interessenvertretung des Mittelbaus verstand und damit in Konkurrenz mit* der allen bekannten Gewerkschaft und dem traditionsreichen Assistentenverband (jetzt Hochschullehrerverband) trat. Insbesondere auf dem Gebiet des Dienstrechts, dessen Diskussion sich über Jahre hingezogen hatte, und in meiner Funktionsperiode im Jahr 1988 zu Ende geführt wurde, war das von allen beschworene Verhandlungsmonopol der Gewerkschaft ein ständiger Grund zu Spannungen, die nach außen zu unseren Ungunsten ausgelegt wurde. Dabei zeichnete sich gerade in dieser Auseinandersetzung immer deutlicher ab, daß die BUKO eine andere Funktion als die Gewerkschaft hatte, nämlich weniger eine Vertretung der Interessen des an den Universitäten beschäftigten Mittelbaus, sondern die *Wahrnehmung hochschulpolitischer Ziele* vom Gesichtspunkt eines an der Universität wirkenden Mittelbaus. Es ging um die Schaffung einer zukunftssträchtigen Universitätsorganisation und der sachlichen Bestimmung der Funktion des darin wirkenden Mittelbaus. Eine umfangreiche *Berufsbildanalyse* hatte gezeigt, daß das Berufsbild des alten Dienstrechts mit der Realität in keiner Weise mehr **übereinstimmte und daß daher im Interesse der Gesamtuniversität Modifikationen** notwendig waren. Es war schwer, dieses Stigma partikulärer Interessensvertretung loszuwerden, obwohl viele *Reformgespräche* mit der *Rektorenkonferenz* und mit den *Wissenschaftssprechern der Parteien* geführt wurden.

Auch das Ministerium sah in der BUKO vorerst eine kleine „Gewerkschaft“, die nur den status quo des Mittelbaus verbessern oder zumindest erhalten wollte. Jede Aussage unsererseits wurde als interessengefärbt abqualifiziert. Im Kampf gegen gewisse Professorengruppen war die BUKO in der Öffentlichkeit wegen des sozialen

Prestiges der Professoren von vornherein unterlegen. Das alles ist im wesentlichen Vergangenheit. Das Selbstbewußtsein des Mittelbaus hat sich im Laufe der vielen Auseinandersetzungen gewandelt und die Anerkennung seiner Leistungen und damit seiner wichtigen Stellung an der Universität ist nun unbestritten. Das hatte auch Rückwirkungen auf die BUKO. Vielleicht hat mein ständiges Beharren auf den hochschulpolitischen Auftrag der BUKO, der unter den Kollegen nicht unbestritten geblieben ist, zum gewandelten Bild beigetragen. Als **einen solchen Auftrag** habe ich meine Teilnahme an den in jenem Zeitraum beginnenden Beratungen in der vom Bundesministerium eingerichteten Hochschulplanungskommission und in ihren Unterkommissionen verstanden. In diese Zeit fiel auch innerhalb der BUKO eine ausführliche Beratung über eine Reform des UOG 75. Auf der Grundlage eines Seminars im Dezember 1988 wurde dann ein „*Hochschulreform -Arbeitspapier zur internen Diskussion*“ im Mai 1989 dem BM Busek überreicht. Als wichtigstes hochschulpolitisches Ziel wurde darin die Schaffung einer einheitlichen Hochschullehrer-Kategorie (nicht Kurie) formuliert, und es ist dies, so meine ich, auch heute noch ein wichtiges Ziel geblieben.

Dieser Forderung wird unterstellt, daß sie nur Mittelbauinteressen verfolge. Das ist eine grobe Verkennung dessen, was damit erreicht werden soll. Dieses Programm ging von der Erfahrung aus, daß die hierarchische Gliederung der Hochschullehrer an der Universität nicht immer das höhere oder niedrigere Qualifikationsniveau widerspiegelt dabei aber dennoch die Entwicklung der Forschung im wesentlichen von den Interessen derjenigen abhängig macht, die an der hierarchischen Spitze stehen. Bestenfalls binden diese die ihnen zugeordneten wissenschaftlichen Mitarbeiter in der **Entwicklung ihrer eigenen Ziele ein, oft genug aber verhindern sie neue Entwicklungen, insbesondere wenn es gegen ihre Interessen läuft**. Hinzu kommt, daß wissenschaftliche Forschung heute vermehrt nur in Teamarbeit realisierbar ist, für die sich hierarchische Gliederungen, die nicht die Projekte selbst betreffen, ebenfalls oft als hinderlich erwiesen haben. Diese und weitere Argumente führten zur Forderung des Abbaus „formaler“ Hierarchien und der Einführung einer einheitlichen Hochschullehrer-Kategorie.

Ein Schritt in diese Richtung hat der Gesetzgeber gewagt, als er die Dienstpflichten der habilitierten Assistenten denen der Universitätsprofessoren gleichsetzte. Nicht jedoch wurde die Ausübung aller Funktionen an der Universität (z.B. Rektor, Dekan, Studiendekan) auch für Habilitierte ermöglicht. Dies sollte aber in einem nächsten Schritt geschehen. Die Entwicklung einer einheitlichen Hochschullehrer-Kategorie sollte aber nicht bei den Habilitierten stehen bleiben. Selbstverständlich setzt die Zusammenarbeit ein bestimmtes Qualifikationsniveau voraus. Die Habilitation als punktuelle Prüfung garantiert aber keineswegs immer die gewünschte Qualifikation und

niemand wird bestreiten, daß es oft genug nicht habilitierte Assistenten gibt, deren Niveau das von Habilitierten erreicht.

Sowohl das genannte Hochschulreform-Arbeitspapier als auch ein nach meiner Funktionsperiode überarbeitetes, im BUKO-Infoerschiedenes Reformkonzept wurden allerdings kommentarlos beiseitegeschoben, weil sie in das Konzept einer hochschulpolitisch aktiven und politisch wirksameren Gruppe nicht paßten. Ein Schicksal, das viele Vorschläge der BUKO getroffen hat.

Die BUKO steht vor einer großen Herausforderung. Die Universitäten haben, wie alle gesellschaftlichen Institutionen, umfassende Veränderungen durchzumachen. War bisher das gemeinsame Schicksal der Universitäten eine klare Grundlage ihrer Tätigkeit, wird sie nun die Abkapselung, in die das LOG 93 die einzelnen Universitäten möglicherweise treibt, überwinden müssen, um gemeinsame Strategien für die Universität der Zukunft entwickeln zu können. Dazu wünsche ich ihr tatkräftige und engagierte Mitglieder.

Univ.-Doz.Dr. Herbert Hofer-Zeni
ehem. Vorsitzender der BUKO
Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht
Universität Salzburg
[e-mail: herbert.hofer-zeni@sbg.ac.at](mailto:herbert.hofer-zeni@sbg.ac.at)

1984-1988

Gedankensplitter

Birgit Bolognese-Leuchtenmüller

Als ich dazu eingeladen wurde, über jene vier Jahre (1984-1988) zu berichten, in denen ich Generalsekretärin der Bundeskonferenz war, kam mir einmal mehr zu Bewußtsein, daß Erinnerungen in der Regel ein durchaus bemerkenswertes Eigenleben zu entwickeln vermögen. So war in meinem Gedächtnis umgehend eine Vielzahl von Gesichtern, Namen und erlebten Situationen wieder präsent, nüchterne Daten und Fakten ließen sich für mich dagegen nur mit hilfreicher Unterstützung des Büros rekonstruieren. Um es vorwegzunehmen: aus höchst persönlicher Wahrnehmung waren es sehr dichte, intensive Jahre, wobei sich diese Feststellung nicht nur auf objektiv Meßbares - drei ressortzuständige Minister während dieser Zeit, vier verschiedene Vorsitzführungen, zwei Wissenschaftsmessen (1985 und 1987), eine Festveranstaltung und die Herausgabe einer Publikation anlässlich 10 Jahre UOG, etc. - bezieht. Weit ausschlaggebender war zum einen der Umstand einer im unmittelbaren Wortsinn tagtäglichen Beschäftigung mit sämtlichen Angelegenheiten der BUKO - und diese waren in der Tat vielfältiger Natur. Zum anderen gab es zweifellos ein persönliches Moment: auch als Generalsekretärin gründete mein Selbstverständnis immer auf meiner Zugehörigkeit zur Universität, ich habe daher auch meine Lehrtätigkeit während dieser Zeit zwar reduziert, aber nie unterbrochen. Es war sicher unüblich (vielleicht auch gewöhnungsbedürftig), daß diese Interpretation der Funktion akzeptiert wurde, und führte dann eben dazu, daß ich Mitglied der meisten Kommissionen sowohl der Bundeskonferenz wie der ministeriellen und interministeriellen wurde, in denen die BUKO vertreten war. Rückblickend würde ich meinen, daß eben diese Tatsache der doppelten Verankerung für mich den eigentlichen Reiz der Tätigkeit darstellte.

Eine Beurteilung der Entwicklung der Bundeskonferenz, ihrer etwaigen Erfolge oder Mißerfolge in diesen Jahren erscheint mir überhaupt nur im Kontext mit der Situation der Hochschulen, der Hochschullehrerinnen) und der Hochschulpolitik - damals wie heute - ganz insgesamt einigermaßen fair möglich. Und die zeichnet sich nach wie vor dadurch aus, daß hierzulande die Existenz der Universitäten praktisch nur im Falle eskalierender Probleme öffentlich registriert wird. Dieses an sich analysierbare Nicht-Verhältnis zu ihnen wird auf Ebene der politisch-legislatorischen Befassung mit Hochschulfragen noch mit spezifischer Sorgfalt gepflegt: wie sonst wäre einerseits eine gemeinsame Ressortzuständigkeit von Wissenschaft und Verkehr (origineller wäre allenfalls noch eine Anbindung an die Landesverteidigung gewesen) zu erklären, oder wie hätte - umgekehrt - sonst schon nur der Gedanke an eine Aufteilung von Wissenschaft und Forschung auf getrennte Ressorts auftauchen können? Derartige Rahmenbedingungen beeinträchtigen selbstverständlich alle hochschulpolitischen Institutionen und Organisationen in gleichem Maß. Im Falle der Bundeskonferenz etwa kommen aber

sicher noch spezifischere Probleme hinzu: eines besteht schon darin, daß sie - im weitesten Wortsinn - für die Interessen der zweifellos heterogensten Gruppe von Universitätsangehörigen eintreten soll. In dieser Zuständigkeit müssen sich zudem beinahe zwangsläufig gewisse Überschneidungen mit anderen Organisationen (Gewerkschaft, Zentralausschuß, Hochschullehrerverband) ergeben. Und wie es sich schon bei dem Begriff „Mittelbau“ um eine an sich skurrile Wortschöpfung handelt, dem in den Medien daher auch absolut zu Recht immer das Attribut „sogenannter“ vorangestellt wird, bedeutet auch der Name „Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen“ (an dieser Stelle ganz bewußt ausgeschrieben) ein nicht eben verständnisförderndes Moment in der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn es selbst erlebter Erfahrung nach - außer absoluten Insidern gegenüber - zuerst einmal einen rund zehnteiligen Erklärungsaufwand brauchte, um den damit gemeinten Personenkreis darzustellen und dann aus dem Stichwort „Personal“ noch messerscharf auf „Personalvertretung“ geschlossen wurde, dann kennzeichnet dies m.E. schon hinlänglich die objektiven Erschwernisse für eine erfolgreiche Selbstpräsentation.

Rückblickend scheint mir aber auch das psychologische Phänomen interessant, daß die Bundeskonferenz als UOG-Einrichtung gewissermaßen am „weiten Horizont“ der Hochschulpolitik mitwirken soll(te), bei jeder unwillkommeneren Wortmeldung aber sogleich ins standespolitische Eck gestellt wurde, eine Reaktion, die gegenüber anderen Gruppen weit weniger zu bemerken war.

Aus heutiger Sicht erscheint mir aber eine noch grundsätzlichere Frage relevant: das Festhalten an formalen Grenzen zwischen den einzelnen Hochschullehrergruppen ist zwar in seiner historisch-ideologischen Bedingtheit erklärbar, steht aber in evidentem Widerspruch zu den Erfordernissen universitärer Praxis, in dem vor allem die viel beschworene „Teamfähigkeit“ über die Qualität von Instituten und Abteilungen entscheidet. Nicht von ungefähr waren ja auch eben die Initiativen der Bundeskonferenz in jenen Jahren besonders erfolgreich, in denen allfällige Kurienrücksichten von vornherein keine Rolle spielen mußten. So etwa die Tagung „Wissenschaftler und Ärzte für den Frieden“ (Oktober 1984), bei der es gemeinsam mit einem Wissenschaftlerkomitee, bestehend aus Vertretern der Österreichischen Pugwashbewegung und der Vereinigung „Ärzte für den Frieden“, gelang, zahlreiche international renommierte Expert(inn)en zu diesem Thema in Wien vor großem Publikum zu versammeln. Ein weiteres Beispiel wäre etwa die Zusammenarbeit mit der „Österreichischen Gesellschaft für Hochschuldidaktik“, die unter anderem zur gemeinsamen Abhaltung einer „Didaktikwoche“ an der Universität Wien im Juni 1986 führte. Es zeigte und zeigt sich außerdem immer wieder, daß starre Gruppendefinitionen sich spätestens dort als

vollends obsolet erweisen, wo der Nerv bzw. das Selbstverständnis der Hochschulen selbst getroffen wird. So waren etwa politische Entwicklungen, wie die Auseinandersetzungen rund um die „Hainburger-Au“ blitzartig imstande, die Notwendigkeit eines Zusammenrückens von ÖH, Rektoren- und Bundeskonferenz einsichtig zu machen. In eindrucklichster Erinnerung ist mir aber auch eine Gedächtnisfeier für zwei unmittelbar vor Kriegsende von den Nazis erschossene Assistenten (sie wollten den Abtransport der letzten funktionierenden Geräte verhindern) am Institut für Chemie (Universität Wien 1985) geblieben: sie bot in selten solidarischer Form Anlaß zu gemeinsamem Nachdenken über Berufsidentifikation, Identifikation mit der Universität selbst in ihrer Bedeutung für ein viel weiterreichendes Verantwortungsgefühl.

Persönlich Resümee ziehend, möchte ich die vier Jahre in der Bundeskonferenz aus vielerlei Gründen nicht missen. Einige davon könnten vielleicht auch für potentiell an einer Mitarbeit interessierte Kolleg(inn)en motivierend sein. Entsprechende Kommunikationsbereitschaft vorausgesetzt, stellt ein wie eben die Bundeskonferenz von allen Universitäten und Hochschulen beschicktes Gremium beinahe zwangsläufig ein Lernfeld für praktische Einübung in Interdisziplinarität dar. Und dies auch oder sogar abseits offizieller Sitzungen und Anlässe. Wenn ich heute an diese Zeit zurückdenke, dann insbesondere auch an die zahllosen intensiven Diskussionen über Fachgrenzen hinweg - aber auch an stundenlange, lebhaftige Politikdebatten allgemeiner Natur.

Sehr viel zu dieser positiven Bilanz und es freut mich besonders, das an dieser Stelle ganz offiziell feststellen zu können - trägt schließlich die Tatsache bei, daß für mich ausschließlich sehr angenehme Erinnerungen an die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen im Büro der Bundeskonferenz verknüpft sind, ich bekam von ihnen wirklich jegliche solidarische Unterstützung, die ich mir wünschen konnte. Nicht zuletzt verdanke ich dieser Zeit eine Reihe bis heute bestehender Freundschaften.

Der Bundeskonferenz selbst werde ich mich auch weiterhin verbunden fühlen.

Univ.-Doz.Dr. Birgit Bolognese-Leuchtenmüller
ehem. Generalsekretärin der BUKO
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Universität Wien
e-mail: Wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at.

1989-1991

Bilanz eines Vorsitzenden

Helmut Wurm

Das erste, was mir rückblickend ein- und auffällt, ist, wie ewig lange es her zu sein scheint, daß ich zum Vorsitzenden der BUKO gewählt wurde, wie viel sich seit damals nicht nur hochschulpolitisch verändert hat, und insbesondere wieviel ich davon vergessen oder zumindest nicht mehr in Erinnerung habe, und wenn ja, dann nicht unbedingt in der chronologisch richtigen Reihenfolge.

Da eine solche Darstellung überdies kaum für jemanden von Interesse wäre, begnüge ich mich mit ein paar ungeordneten Gedankensplittern aus meiner Vorsitzendenzeit, welche die Studienjahre 1989/90 und 1990/91 umfaßte.

Die Wahl fand im November 1989 statt. Mein Vorgänger, Herbert Hofer-Zeni - dem ich an dieser Stelle meine nicht nur hochschulpolitische Reverenz erweisen möchte - kam nach den damals gültigen Bestimmungen des UOG von Gesetzes wegen für eine Wiederwahl nicht mehr in Frage. Ich galt BUKO-intern als sein logischer Nachfolger, wobei ich mich nicht scheue, zuzugeben, daß ich die Herausforderung, mich dieser Funktion zu stellen, damals als durchaus reizvoll empfand. Tatsächlich wurde ich mit einigen wenigen (vermutlich aber mehr, als ich in Erinnerung habe) Gegenstimmen gewählt, was insofern als nicht besonders sensationell anzusehen ist, als ich als einziger Kandidat zur Wahl gestanden war.

Ich hatte mir vorgenommen, auf der hochschulpolitischen Ebene den Kurs von Herbert Hofer-Zeni unverändert fortzusetzen, wenn auch im Detail mit anderen Nuancierungen und persönlichkeitsbedingt auch manchmal in einem anderen Stil. Daher bat ich ihn, dem Präsidium weiterhin als einer der insgesamt vier stellvertretenden Vorsitzenden anzugehören, was das Plenum, nachdem er sich dazu bereit erklärt hatte, auch akzeptierte.

Da ich vor meiner Wahl selbst bereits mehrere Jahre Mitglied des Plenums und stellvertretender Vorsitzender für den Bereich Südsowie Vorsitzender der Medizinkommission der BUKO gewesen war, hatte ich genügend Möglichkeiten gehabt, die Funktionsträger nahestehender und weniger nahestehender hochschulpolitischer Organisationen kennenzulernen. Das gleiche traf auf die hohe bis höchste Beamtenschaft des damaligen BMWF, mittlerweile BMWV, zu, was insbesondere auch durch meine [mit meinem Vorgänger gemeinsame] Mitgliedschaft zur ministeriellen Hochschulplanungskommission bedingt war. Ich konnte meine neue Funktion mit dem -zumindest im eigenen Selbstverständnis-Vorteil antreten, die notwendigen Kontaktnahmen in den meisten Fällen als nicht völlig Unbekannter erstmals vornehmen zu müssen.

Meine ersten Wege als Vorsitzender führten mich - abgesehen von

den erforderlichen Vorstellungsritualen - mit dem Anliegen in das Ressort, die personelle Ausstattung des Generalsekretariats zu verbessern, wobei als Argumentationshilfe die im Verhältnis zur BUKO eher üppige Personalsituation der Rektorenkonferenz gute Dienste leistete. Tatsächlich - so ändern sich die Zeiten - gelang es innerhalb des Zeitraums von wenigen Wochen, die Zuweisung eines Planpostens für eine Sekretärin zu erreichen. Etwas zäher gestaltete sich die Erfüllung des Wunsches nach einer zweiten Akademikerstelle, welchem erst nach Beendigung meiner Funktionsperiode definitiv nachgegeben wurde. In gleicher Weise versuchte ich, die EDV-Ausstattung des Büros auf einen adäquaten Stand zu bringen. Auch hier war es möglich, eine Genehmigung zu erhalten, sodaß nach ein paar Monaten Geräte jener Marke angeschafft werden konnten, die soweit ich weiß, noch heute verwendet wird. Daß der Gerätetyp selbst längst nicht mehr erzeugt wird, und daß um jene - aus heutiger Sicht - Unsumme, die für ein einzelnes Gerät dieser mittlerweile archaisch anmutenden Art damals trotz Hochschulrabatts aufzuwenden war, heute ein mehr als feudaler PC erhältlich ist, füge ich nur der Ordnung halber an.

Für die Realisierung dieser Vorhaben waren die Vorkontakte mit der Ministerialbürokratie sicherlich kein Nachteil. Ob dies für die Einbringung und Vertretung dereigentlichen hochschulpolitischen Anliegen der BUKO, d. h. des Mittelbaus, zutraf, war zumindest BUKO-intern strittig. Während die einen meinten, daß man nur durch Zugang zu den beamteten und politischen Meinungs- und Entscheidungsträgern die Anliegen der Bundeskonferenz erfolgreich einbringen könne, gab es andere, die „das Ministerium“ als den quasi natürlichen Feind der Universitäten und Hochschulen und insbesondere des Mittelbaus ansahen, mit dem man nur bei zwingendem Bedarf und unumgänglicher Notwendigkeit in Kontakt treten solle.

Ich selbst bin grundsätzlich aus verschiedenen Gründen, insbesondere, weil ich glaube, daß nur die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit verschiedenen Auffassungen und Denkweisen in den Köpfen der Machthaber Verständnis für die eigenen Anliegen schaffen kann, nach wie vor ein Anhänger der erstgenannten Anschauung. Zugegebenermaßen hatte die zweite Denkrichtung insofern etwas für sich, als zahlreiche Beispiele bekannt waren, wo es der politische Bereich ablehnte, sich mit Vorschlägen des Mittelbaus auch nur auseinanderzusetzen bzw. im Zweifelsfall grundsätzlich die weniger mittelbaufreundliche Variante vorzog.

Die erste Tätigkeit des Plenums und in der Folge des Präsidiums war die Erstellung einer Stellungnahme zur sogenannten „kleinen“ UOG-Novelle, welche in Wirklichkeit nicht unwesentliche Änderungen von UOG, KHOG, AOG, AHStG und BGALP umfaßte. Die Grundlagen dazu

wurden in der ersten Plenarsitzung unter meiner Leitung zu Weihnachten 1989 gelegt, wo sich das Plenum in mehrere Arbeitskreise teilte und Kritikpunkte und Anregungen zu dem vorliegenden Gesetzeswerk erarbeitete. So angenehm mir diese erste Phase in Erinnerung ist, wurde ich daraufhin real mit der mir an sich nicht unbekanntem Tatsache konfrontiert, die wohl jeder Vorsitzende vor und nach mir in ähnlicher Weise gemacht hat, daß die konkrete Ausarbeitung und Niederschrift ein ebenso mühsamer, wie auch zeitraubender Prozeß ist, bei dem Präsidium und Vorsitzender im allgemeinen wesentlich einsamer sind, als sie es gerne hätten. Persönlich bescherte mir dieses Unterfangen - daher ist es mir wohl auch so gut **erinnerlich - einerseits sämtliche nicht nur positiven Grunderfahrungen eines bis dahin eher unerfahrenen PC-Users und andererseits eine gewisse Kenntnis von KHOG und AOG**, was sich insbesondere auch auf jene rational nicht immer ganz **nachvollziehbaren Feinheiten bezog, in denen sie** sich vom UOG unterscheiden.

Die schließlich im Jänner 1990 erstellte Stellungnahme war mit ihrem Umfang von 50 Seiten möglicherweise die quantitativ umfänglichste, welche die BUKO jemals vorgelegt hat. Ihr Erfolg war der Seitenzahl allerdings eher indirekt proportional, was heißt, daß im späteren Gesetz kaum einer einzigen Anregung Rechnung getragen wurde. Auch dieses ihr Schicksal hatte historische Vorbilder und hatsich, wie ich weiß, zumindest bis in die jüngere Vergangenheit erhalten. Daß dies unter anderem die weiter oben beschriebene Einstellung einiger BUKO-Funktionäre zum Wissenschaftsministerium weiter bestärkte, war so gesehen nicht weiter verwunderlich.

Zur selben Zeit, nämlich mit Jahresbeginn 1990, trat die neu gewählte Generalsekretärin, Renate Denzel [nunmehr Euler], ihren Dienst in Nachfolge des schon einige Monate vorher ausgeschiedenen Wolfgang Schnellinger an. Vieles, was in der darauffolgenden Zeit in der BUKO geschah, ist eng mit ihrer Person und ihrem Arbeitseinsatz verbunden und manches, was ich noch kurz erwähnen werde, ist hauptsächlich ihre und nicht meine Leistung gewesen. In diesem Sinne auch ihr vielen Dank für die Zeit unserer engen Zusammenarbeit in der BUKO.

In der Folge bemühten wir uns gemeinsam zunächst, die verbesserten personellen und infrastrukturellen Ressourcen für den Ausbau der BUKO-internen Information zu nutzen. Dies gilt insbesondere für das BUKO-Info, welches zwar schon davor das eine oder andere mal in unregelmäßiger Folge erschienen war, ab dieser Zeit jedoch in ein regelmäßig, viermal jährlich erscheinendes hochschulpolitisches Informationsblatt für den Mittelbau umgewandelt wurde. Dazu kamen die Vorlage regelmäßiger schriftlicher Berichte des Vorsitzenden für die Plenarsitzungen der BUKO. Beide Maßnahmen haben meine

Vorsitzendenzeit und auch die Ära von Renate Denzel als Generalsekretärin überdauert, und ich nehme an, auch in ihrem Namen sprechen zu können, wenn ich eine gewisse Freude daran nicht verhehlen kann.

Überhaupt sei mir die Bemerkung gestattet, daß, was das BUKO-Info und die mittlerweile aufgebauten Internet-Informationen betrifft, die Bundeskonferenz im Laufe der Jahre einen hervorragenden Standard erreicht hat. Aufwendigen Analoga der Rektorenkonferenz war offenbar nur kurzes Leben beschieden, während die Professorenkonferenz - welche übrigens erst durch die oben erwähnte UOG-Novelle eingeführt wurde - derartige Informationsversuche bislang führen. Vertretungsbereich anscheinend nicht für notwendig erachtet hat. Daß beide Konferenzen im Vergleich zur BUKO nicht gerade an Ressourcenmangel leiden, ist ein für mich zusätzlicher Grund, diese Gegebenheit besonders lobend hervorzuheben.

Sozusagen innenpolitisch im Vordergrund neben der „Alltagsarbeit“ dieser Zeit, d.h. der Reaktion auf diverse (Gesetzes-)Vorhaben des Ressorts - wie z.B. TechStG, Psychologen- und Psychotherapiegesetz, u.a.m. -, standen mehr oder weniger gelungene Versuche, die Kommissionsarbeit des Plenums neu **zu strukturieren, die** Fortbildungsseminare zu intensivieren und den Kurienprechertag als ständige Einrichtung weiterzuführen. Dazu galt es, die immer wiederkehrenden, teilweise historisch begründeten Konflikte zwischen BUKO und ULV, damals noch Assistentenverband, abzubauen. Dies gelang einigermaßen gut, vordergründig durch routinemäßige Einladung des Vorsitzenden des Verbandes zu den Sitzungen des Präsidiums sowie des Plenums, wurde wohl auch durch persönliche Kontakte und Personalunionen und, soweit es mich selbst betrifft, dadurch verstärkt, als ich mehrere Jahre Funktionär auch des Verbandes gewesen war. Nach außen hin wurde in dieser Zeit versucht, internationale Kontakte auf Mittelbauvertretungsebene zu vertiefen bzw. neu zu knüpfen. Dabei wurde sichtbar, daß eigentlich nirgends außerhalb Österreichs eine der BUKO einigermaßen vergleichbare Organisationsstruktur des Mittelbaues existiert, wenn man von der deutschen BAM absieht. Es ist daher nicht unbedingt verwunderlich, wohl aber ein wenig bedauerlich, daß auf diesem Sektor keine nachhaltigen Spuren hinterlassen werden konnten.

Eine ganz andere zusätzliche singuläre Herausforderung und Belastung, die nahezu ausschließlich auf den Schultern der Generalsekretärin und des Büros der BUKO lag, waren die Vorbereitungen für den Umzug des Generalsekretariats, sprich der BUKO, **aus der Schottengasse in die neuen Räumlichkeiten in der Liechtensteinstraße**. Dieser fand dann nach einigen durch die Ministerialbürokratie induzierten Wirrnissen schließlich im Juli 1990 einigermaßen friktionsfrei statt. Als höchstpersönliche Anmerkung sei mir gestattet, daß der dunkel-

1989-1991

rote Spannteppich bei meinem ersten Besuch in den zu diesem Zeitpunkt noch unbesiedelten hellen Räumen mir einen beinahe unerklärlich faszinierenden Eindruck hinterließ, der mir noch heute bei den mittlerweile seltenen Gelegenheiten präsent ist, wenn ich die BUKO betrete.

Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung geäußerten Absicht, noch in der damals neu begonnenen Legislaturperiode die Organisation der Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung neu zu gestalten, lag die hochschulpolitische Hauptarbeit in den Händen der Hochschulreformkommission der BUKO. Diese unterzog unter Leitung von Hofer-Zeni die zuerst im Juni 1989 veröffentlichten Vorschläge zur Hochschulreform im Lichte vorliegender Erfahrungen und Stellungnahmen einer kritischen Neudiskussion mit dem Ziel, diese grundsätzlichen Vorstellungen zu vertiefen und zu ergänzen. Das Ergebnis wurde im Frühjahr 1991 in Form einer Sondernummer des BUKO-Info vorgelegt.

In diesem Kontext lassen sich zwei Probleme anschneiden, mit welchen, wie ich annehme, vermutlich ebenfalls jeder Vorsitzende der Bundeskonferenz auf seine Weise konfrontiert war. In einem kurzen Vorwort zur genannten Sondernummer schrieb ich damals wortwörtlich: „Die Vorschläge der Bundeskonferenz zur Hochschulreform stehen hiermit der Diskussion auf breiter (Mittelbau-) Ebene offen. Verbunden damit sind sowohl die Absicht, zu kritischen Anregungen Anstoß geben zu wollen, als **auch das Ersuchen um Rückmeldungen jeder Art.**“

Das Echo aus dem angesprochenen Personenkreis ist mit dem Wort minimal noch einigermaßen euphorisch umschrieben. Von der theoretisch zulässigen, aber eher irrationalen These abgesehen, daß die überwältigende Qualität der Vorschläge zu keinerlei Reaktionen veranlaßt hat, gilt es einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß das statistisch durchschnittliche Interesse von Universitätslehrern - wohl nicht nur der Angehörigen des Mittelbaus - nur dann einigermaßen erwacht, wenn unmittelbar eine „Gefahr“ von Veränderungen droht, was damals zwar angekündigt, aber noch keineswegs als sicher anzusehen war.

Das andere schwer zu bewältigende Problem ist zum einen auch die Heterogenität des Mittelbaus und dementsprechend des Vertretungsanspruchs, den die Bundeskonferenz zu erfüllen hat, und damit verbunden zum anderen, die reale Reaktion, wenn es ernsthaft um die Umsetzung selbst gemachter Vorschläge geht.

Ein meiner Ansicht nach typisches, wenngleich sicher nicht das einzige Beispiel ist die in dem genannten Papier erhobene Forderung

nach Schaffung eines Departmentsystems anstelle von Kleininstituten. Als in der späteren Vordiskussionsphase zum UOG 1993 ein Schritt in diese Richtung durch generelle Abschaffung der Abteilungen an Instituten vorgesehen wurde, waren es immerhin vielfach dieselben Mittelbaufunktionäre, welche sich in der abstrakten Vorschlagsphase zu Departments bekannt hatten, die sich nunmehr - zusammen mit Vertretern anderer Gruppierungen - der Abschaffung von Abteilungen vehement und letztlich einigermaßen erfolgreich widersetzen.

Solche Kehrtwendungen sind, wenn sie auch noch durch entsprechende Beschlüsse des Plenums untermauert werden, für einen Vorsitzenden nicht immer hilfreich, da sie im Einzelfall argumentativ nach außen hin meist kaum bis gar nicht begründbar sind. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß dieses Risiko insofern beachtlich relativiert wird, als der oben angeschnittene Sachverhalt mangelnder Breitenwirkung von Vorschlägen der BUKO dazu führt, daß derartige Positionsänderungen von der hochschulpolitischen Umwelt kaum als solche wahrgenommen werden. Tröstlich, wenn auch nur aus rein pragmatischer Sicht, ist dabei ferner, daß derartige Rösselsprünge beileibe kein BUKO-spezifisches Phänomen darstellen, sondern von den anderen hochschulpolitischen Vertretungsorganen bis hin zur hohen (Hochschul-)Politik mit oft noch höherer Frequenz und ebenfalls ohne erkennbares sachliches Substrat vollführt werden.

Mit einem gewissen inneren Widerstand habe ich mittlerweile auch gelernt zu akzeptieren, daß der von mir - und ohnehin nur sehr wenigen anderen Funktionsträgern der BUKO - getragene Ansatz, die hochschulpolitische Dimension gegenüber der rein standespolitischen in den Vordergrund zu stellen, weil von der Politik auch anscheinend gar nicht wirklich erwünscht und daher in keiner Weise anerkannt, nicht unbedingt der richtige war.

Dieszeitigeninsbesondere diemitdemEnde meiner Funktionsperiode als Vorsitzender zeitlich zusammenfallende Präsentation und die nachfolgende Diskussion der als „Grünes Papier“ bezeichneten ersten Vorschläge des BMWF zur Universitätsreform, welche später vom sogenannten „Orangen Papier“ abgelöst wurden. Der legistische Ausfluß der damaligen politischen Intentionen ist mittlerweile als UOG 1993 allgemein bekannt. Vergleicht man dieses in Gesetzesform gegossene Endergebnis mit den davorliegenden Diskussionsphasen, so läßt sich unschwer erkennen, daß ein nahezu ausschließlich standespolitisch orientierter Ansatz, wie er etwa von der PROKO in der Person ihres damaligen Vorsitzenden ebenso konsequent, wie aus BUKO-Sicht unerfreulich, vertreten wurde, letztlich wesentlich effektiver war, als alle noch so gut untermauert scheinenden konzeptiven Ideen. Ob man den Universitäten damit nur Gutes getan hat, wage ich

jedemfalls zu bezweifeln, wenngleich ich sicher bin, daß sie robust genug sind, auch damit fertig zu werden.

Die persönliche hochschulpolitische Bilanz läßt sich abschließend auf einen sehr einfachen Nenner bringen: Ich habe mich ebenso wie alle meine Vorgänger und Nachfolger bemüht, die Anliegen des Mittelbaus bestmöglich zu vertreten. Ob mir dies im Rahmen der gegebenen Randbedingungen mehr oder weniger erfolgreich gelungen ist, haben andere zu bewerten. Selbst wenn die subjektiv als Erfolge empfundenen Situationen deutlich in der Minderzahl waren, gaben mir die nicht raren Mißerfolgserlebnisse immerhin den Ansporn, die Erreichung der gesetzten Ziele umso intensiver und mit verstärkter Überzeugungskraft zu betreiben.

Die persönliche statistische Bilanz meiner Vorsitzendenzeit bestand in rund 100 Fahrten in BUKO-Angelegenheiten von meinem Dienstort Graz vorwiegend nach Wien, ich habe dabei rund 40.000 km zurückgelegt, was sich, Hin- und Rückreisezeiten mit eingerechnet, mit an die 200 Abwesenheitstagen zu Buche geschlagen hat. Daß nicht nur dadurch an manchen Tagen die Grenzen meiner physischen und auch manchmal psychischen Leistungskrafte erreicht wurden, ist ein Schicksal, welches ich wohl auch mit einer Reihe von BUKO-Vorsitzenden vor und nach mir teile. Umso größere Hochachtung zolle ich daher der Energie und der Kraft aller meiner vorangegangenen und nachfolgenden Vorsitzendenkollegen, welche sich dieser Aufgabe unter zum Teil ungünstigeren, nicht nur entfernungsmaßigigen Vorgaben und in teilweise stürmischeren hochschulpolitischen Zeiten, als ich sie erlebt habe, gestellt haben.

Dies gilt an erster Stelle für den derzeitigen Vorsitzenden Kurt Grünwald, dessen Engagement und Einsatzwillen ich nunmehr in bewundernder Anerkennung sozusagen aus der Lehnstuhlperspektive verfolgen. So ganz ist das mit dem Lehnstuhl für mich selbst allerdings auch nicht richtig, da ich seit meiner Ernennung zum a.o. Professor im Februar 1995 zwar quasi nur mehr in der Landesliga, soll heißen im fakultären Bereich hochschulpolitisch tätig bin, wo es allerdings auch täglich mehr neue spannende Herausforderungen gibt, als mir eigentlich lieb ist. Da es sich dabei um eine Medizinische Fakultät handelt, wird jeder zumindest oberflächlich Orientierte erraten können, daß zumindest im Klinischen Bereich die gerade aktuellen Probleme und ihre Lösung einen beachtlichen Einsatz erfordern und die bevorstehende Implementierung des UOG 1993 an unserer Universität auch die eine oder andere Aktivität nicht nur nützlich, sondern auch notwendig erscheinen läßt. Daß ich bei diesen Gelegenheiten vieles von dem Nutzen kann, was ich in meiner BUKO-Zeit erfahren und gelernt habe, brauche ich dabei wohl nicht zu verschweigen und darf damit auch meine nostalgischen Reminiszenzen endgültig beenden. Abschließend wünsche ich der Bundeskonferenz, im speziellen dem

Plenum, dem Präsidium, dem **Generalsekretariat und insbesondere der Generalsekretärin und dem Vorsitzenden viel Zuversicht und Erfolg** für die **unmittelbare und die** weitere Zukunft. Daß die österreichische Hochschulpolitik die BUKO braucht, steht für mich selbst in jenen Phasen fest, in denen diese sich so gebärdet, als wolle sie mit diesem ihrem mit dem UOG 1975 geborenen Kind nicht allzuviel zu tun haben.

ao.Univ.-Prof.Dr. [Helmut Wurm](#)
 ehem. Vorsitzender der BUKO
 Physiologisches Institut, Universität Graz
 e-mail: helmut.wurm@kfunigraz.ac.at

1991-1993

Keine Erfolgsgeschichte

Norbert Frei

„In Wien bestehen über meine geselligen Talente die entgegengesetztesten Ansichten. Die einen finden mich höchst liebenswürdig, die anderen unerträglich. Ob die ersten rechthaben, weiß ich nicht, die letzten können unzweifelhaft Erfahrungen für sich anführen.“
Franz Grillparzer. *Selbstbiographie* (1853)

In der Plenarsitzung vom 17. Oktober 1991 wurde ich zum Vorsitzenden der BUKO gewählt. Dasselbe Plenum beschloß die Einrichtung einer Projektgruppe „Hochschulreform“ mit dem Arbeitsauftrag, eine Stellungnahme zum soeben vom BMWF (damals gab es das noch!) vorgelegten „Reformkonzept“, die neue „Universitätsstruktur“ (im internen Jargon: 'grünes Papier'), zu erarbeiten.

Am 12. Oktober 1993 beendete der parlamentarische Ausschuß für Wissenschaft und Forschung seine inhaltlichen Beratungen und leitete das UOG '93 dem Parlament zur Beschlußfassung zu; am 14. Oktober endete meine Funktionsperiode.

Als eine Erfolgsgeschichte für einen gewählten Mittelbauvertreter wird man das kaum interpretieren können. Vergleicht man die wütende Aufgeregtheit und die anarchische Wut vom Herbst 1991, jenes Mixtum aus blindem Eifer, beim Versuch, (vermeintliche) Errungenschaften zu verteidigen und ungezügelt überschäumender Fantasie beim Nachdenken über die bessere Utopie von Universität, vergleicht man also die damalige Emotionslage mit jener vom Herbst '93, so fallen die Unterschiede ins Auge: bleiernes Entsetzen hatte sich eines Gutteils der Kämpen bemächtigt; nur wenige frohlockten, die freilich zu Recht, die routiniert und mit Profession ihr vage eigentlich Gewolltes zu Ende gebracht hatten.

„Wer bei Pflanzung oder Erneuerung wissenschaftlicher Anstalten mitzuwirken hat, kann sich doch nicht genug vorsehn, ob er auch den Gegenstand, über den er zu ratschlagen hat, und seine einzelnen Teile in ihrer wahren Beziehung aufgefaßt habe.“
Friedrich Schleiermacher: *Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn* (1808)

Hier mitzustreiten mit Verve war meine naive Ambition, und das 'grüne Papier' schien dafür durchaus den Rahmen abzustecken: „Mit dem Konzept wird ein weiterer Schritt in der Reformdiskussion gesetzt (...). Es ist dies also der - von vielen Seiten eingeforderte - konkrete Diskussionsbeitrag des BMWF in einem noch laufenden Reformprozeß und nicht dessen Schlußpunkt!“ (Präambel S. 10). Noch machte mich weder die knappe Fristsetzung stutzig („Reformdiskussion“ ab Oktober '91, „deren Ergebnisse im Frühjahr 1992 in einen Gesetzesentwurf münden sollen“; ebda.), noch die ersten wertenden Kommentare (man beachte genau die überraschen machende

Urheberschaft!). Die Rektorenkonferenz sah „die vom BMWF vorgelegte Puntation als ein erstes Diskussionspapier, welches in alle Richtungen offen ist“ (sic! Protokoll der Sitzung vom 24./25.10.1991), wogegen SC Höllinger, immerhin derranghöchstemit der Universitätsreform befaßte Ressortbeamte, befand: „Das Reformkonzept hat viele gute Elemente, aber als Ganzes ist es fürchtbar (...). Es ist eine Reform ohne Ziele (...).“ (Kleine Zeitung vom 1.12.1991)

„Man kann sagen, daß drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker. Leidenschaft - Verantwortungsgefühl - Augenmaß. (...) mit der bloßen als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, (...) dazu bedarf es (...) des Augenmaßes, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also, der Distanz zu den Dingen und Menschen.“
Max Weber: *Politik als Beruf* (1919)

Dann kamen härtere Tage, enervierende Zeiten mit verschleißenden Versuchen, den angesagten (von wem eigentlich?) Spagat zu schaffen zwischen vertraulichen Gesprächen am Minoritenplatz (ja, die gab es auch!) und den drängenden Forderungen des Plenums. Appelle, staatstragend doch das 'Ganze' im Auge zu haben, kreuzten sich mit der latenten Verdächtigung, ohnehin mit denen da oben zu 'gackeln'. So durchwuchs gelegentlich die Emotionalisierung das Engagement und färbte die subjektive Wahrnehmung: der Zynismus des Ministers, die zuchtmeisterliche Strenge des Sektionschefs, der selbstherrlich hochgeschraubte Erwartungsdruck der Kollegenschaft ...

Klingt das nach Larmoyanz, so ist die Absicht verfehlt. Es geht mir darum, aus der historischen Distanz eigenes politisches Tun splitterhaft zu sehen und zu deuten. Heute vermeine ich, das größte Defizit in der wenig ausgeprägten Distanzhaltung zu erkennen, die mit Emphase statt Gelassenheit argumentiert.

Die Differenz ist damit im Begriff von Politik angelegt: strategische Präzision und Kälte obsiegt gegen den Eifer des Bemühens, taktische Ungeniertheit gegen die Anstrengung, sich eng beim wesentlich Geglauten zu halten. Wer den Universitäten fernersteht, wer die Wissenschaftspolitik nur 'mitbetreut' im arbeitsteilig organisierten Politikgeschäft, für den bedeutet es keineswegs Opportunismus, sie (auch) als Abtauschobjekte im größeren Rahmen zu sehen. Daneben muß jemand, dem die Universität neben Arbeitsort auch Anliegen ist - gar Leidenschaft -, wahlweise als engstirnig und borniert, kleinkariert und verbohrt, nicht kompromißfähig und arrogant erscheinen. Alles gehört, alles erlitten. Dazwischen die Beamten - teilweise um Moderation bemüht, manchmal im Rock der Sache, manchmal im Hemd der Politik.

Die Realpolitik bewegt sich nicht in einer nebelhaften Zukunft, sondern in dem Gesichtskreis der Gegenwart, sie findet ihre Aufgabe nicht in der Verwirklichung von Idealen, sondern in der Erreichung konkreter Zwecke (...). "

Ludwig August von Rochau. Grundsätze der Realpolitik, Vorwort zum zweiten Teil (1869)

Als herausragendes Moment politischer Bildung während meiner Funktionsperiode ist mir das Hearing des parlamentarischen Unterausschusses (15.7.1993) in Erinnerung. Bis in den frühen Nachmittag sprachen überwiegend Vertreter (keine innen) der Universitäten. Trotz argumentativen Aufwands und durchaus kontroversieller Vorschläge hatte ich den Eindruck, das regt hier niemanden mehr auf, da bewegt sich nichts, die Sache ist gelaufen. Bis plötzlich gegen Ende der Beratungen Vertreter und Vertreterinnen der Sozialpartner (einträchtig in Sitzordnung und Körpersprache) ergänzende und abändernde Vorschläge machten. Rundherum Kopfnicken. Manche der damaligen Formulierungen kann man heute wortident im UOG '93 nachlesen. Das also ist Realpolitik.

Daran bin ich gescheitert, und es ist müßig, hier über **Schuldzuweisungen zu rechten, blauäugig der Politik vorzuwerfen**, daß sie ist, wie sie ist; aber schwer zu ertragen der Gedanke, ich hätte mich nicht ins Zeug gelegt. War mein Zorn auch ein blinder, so glaube ich bis heute, er war größtenteils gerecht. Keine Rede auch davon, daß die Universitäten scheitern oder untergehen werden. Ich veranschlage das an ihnen versammelte Humanvermögen so hoch, daß keine Organisationsform oder -reform es nachhaltig beschädigen kann. Aber so optimistisch sind wohl nur Liebhaber.

Keine Erfolgsgeschichte also. **Andererseits (und jetzt spreche ich von der Institution BUKO und nicht von mir als Person) - wie sollte denn der Sauerteig plötzlich für Brot gelten und dafür genommen werden?**

Vizekanzler Mag.Dr. Norbert Frei
ehem. Vorsitzender der BUKO
Institut für Germanistik, Universität Klagenfurt
e-mail: norbert.frei@uni-klu.ac.at

1990-1993

Die BUKO und der „steinige“ Weg zum UOG 93

Renate Euler

Der ursprüngliche Gedanke eines Jubiläums entstammt dem Wort „iubilum“ oder „das Jauchzen“. Ein 20-jähriges Bestehen der BUKO feierlich zu begehen legt die Frage nahe, ob auch Gründe zum Jauchzen vorliegen?

Erlauben Sie mir eine sehr persönliche Antwort aus meinen beruflichen Erfahrungen aus zweierlei Arbeitsgebieten; zum einen aus der rückblickenden Sicht als Generalsekretärin der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Zeit 1990 - 1993 und zum anderen aus einer inzwischen distanzierteren Sicht als Mitglied einer Universitätsverwaltung.

20 Jahre Bundeskonferenz waren und sind keineswegs selbstverständlich. Gerade zu meiner Zeit wurde es allzu sichtbar, daß für eine hochschulpolitische Organisation ihre Leistungsfähigkeit und das politische Umfeld immer wieder hinterfragt werden. Schon bei meinem Einstellungsgespräch wurde ich seitens des Plenums darauf aufmerksam gemacht, stand doch das UOG 1975 zu diesem Zeitpunkt und damit die gesetzliche Basis für die Bundeskonferenz in einer beginnenden Reformdiskussion. Die Mitwirkung an der Entwicklung eines neuen Universitätsorganisationsgesetzes sollte auch späterhin der Hauptschwerpunkt meiner Tätigkeit in der BUKO sein. Aus meiner beruflichen Zusammenarbeit mit den beiden Vorsitzenden, Univ.-Doz. Dr. Helmut Wurm von der Universität Graz und dem ihm nachfolgenden Ass.-Prof. Dr. Norbert Frei von der Universität Klagenfurt, kann ich bestätigen, daß beide ihren hochschulpolitischen Auftrag mit großem Engagement und höchstem persönlichen Einsatz zu führen versuchten, der oft bis an die physischen Grenzen reichte. Erzielt wurden aus meiner Sicht Teilerfolge.

Unter dem Vorsitzenden H. Wurm wurde eine regelmäßige Herausgeber der BUKO-Zeitschrift, bekanntgeworden unter dem Namen „BUKO-Info“, begonnen, welche den Dialog mit der Basis an den Universitäten und Kunsthochschulen ausbauen helfen sollte. Entgegen dieser Intention blieb der Dialog allerdings eher einseitig. Dennoch kann sich seither jeder informieren, der sich informieren will.

In der UOG Diskussion, die unter der politischen Ära von Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busekmanbrach, zeigte sich dann die volle Härte der Verantwortung für die BUKO Funktionäre, insbesondere für den jeweiligen Vorsitzenden. Beispielsweise fanden die Ideen zur Universitätsorganisation im sog. Orangen Papier und die an ihm Mitwirkenden bei der Basis keine Akzeptanz, auch nicht der damals amtierende H. Wurm. Kritisiert wurde von allen Seiten, unterstützt wurden er und später N. Frei aus meiner Sicht zu wenig. Trotzdem sind nach sehr zähen und langwierigen Kommunikationsprozessen mit dem interessierten Mittelbau und parallel dazu mit wichtigen Vertretern des Wissenschaftsministeriums und selbstverständlich auch mit dem Minister persönlich wichtige Aspekte in das neue und inzwischen für fast alle Universitäten wirksame UOG'93 eingebracht worden, wie z.B. Evaluierung, Studiendekan, Aufwertung von Großinstituten, Öff-

nung von Leitungsfunktionen für Teile des Mittelbaus. Speziell unter dem Vorsitzenden Norbert Frei war die Zeit hitziger Diskussionen zu einzelnen Punkten des UOG'93, wie beispielsweise die Ämterfähigkeit für den Mittelbau. Woher der kräftige politische Gegenwind blies, wurde sehr schnell allzu deutlich, nämlich im Anschluß an die „Firnbergsche“ Mitbestimmungs- und Mittelbaupolitik nun eindeutig aus Richtung der Professorenschaft. Auch wenn im UOG'93 für den Mittelbau nur jene oben angeführten Teilziele erkennbar sind, kann doch gehofft werden, daß die verstärkte Autonomie der Universitäten insgesamt eine Entwicklung zuläßt, die längerfristig für den Mittelbau nachhaltige Gestaltungschancen enthält.

Noch unter der Funktionsperiode von H. Wurm wurde weiters die Vorreiterrolle der Bundeskonferenz ausgebaut unter internationalen Kontakten mit der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland sowie mit Staaten aus Ostmitteleuropa geknüpft, die u.a. in gemeinsamen Tagungen und Publikationen ihren Niederschlag fanden.

Daneben gab es bürointern weitreichende Verbesserungen. Das Generalsekretariat siedelte von der Schottengasse in die Liechtensteinstraße und wurde mit dem neuesten Stand der Bürotechnik ausgestattet sowie personell aufgestockt.

Obschon die Arbeit der BUKO als erfolgreich beurteilt werden kann - inzwischen sind als Folge die Bundeskonferenz der Universitäts- und Hochschulprofessoren (PROKO) und die im UOG'93 vorgesehene Bundeskonferenz der Allgemeinen Bediensteten ins Leben gerufen worden, so ist meines Erachtens nunmehr eine Entwicklung eingetreten, die zu einer zunehmenden Versteifung der Fronten führt und allgemein für den Universitätsbetrieb eher nachteilige Konsequenzen enthält. Das Denken und Handeln wird mehr und mehr von „Kuriensolidarität“ bestimmt und die Sachfragen bleiben teilweise auf der Strecke. Als nunmehriges Mitglied einer Universitätsverwaltung an der Schnittstelle zum wissenschaftlichen Betrieb gehört diese Erfahrung zum Alltag. Es ist zu wünschen, daß trotz der bestehenden unterschiedlichen Interessenlagen die alle verbindende Gemeinsamkeit an der Universität gegenüber der Gesellschaft längerfristig sich wieder durchzusetzen vermag. Sehr hilfreich hierzu wäre meiner Meinung nach die Entwicklung und Kommunizierung eines allgemeinen Leitbildes der Universitäten, zu der sich auch die BUKO bekennen können müßte, insofern sie unter diesem Leitbild ihre zentralen Interessen verfolgen kann. „Leitbilder“ binden nach M. Dierkes auch Menschen aneinander, die sonst nichts miteinander verbindet.

In der Hoffnung, daß der Dialog von allen Beteiligten und insbesondere durch die BUKO in nächster Zeit in diesem Sinne geführt werden wird, wünsche ich der Bundeskonferenz auch weiterhin eine glückliche Hand und viele Anlässe zum Jauchzen für dieses und für ein nächstes Jubiläum.

Mag. DDR. Renate Euler
ehem. Generalsekretärin der BUKO, Stabstelle der Dekane an der Universität Linz
e-mail: renate.euler@udion.uni-linz.ac.at

Rückblick

Walter Schollum

Die äußere Szenerie ist klar zu skizzieren: Vom Beginn der Implementierung des UOG 1993 bis zum ersten "Sparpaket" 1995.

Die Verbitterung und Enttäuschung war vielen Kolleginnen und Kollegen anzumerken. Das heiß und mit Überzeugung bekämpfte neue Organisationsgesetz war in einer Form Wirklichkeit geworden, die viele unserer Argumente negierte und die Idee einer demokratischen Universität zerschlug. In dieser Situation **bewiesen die Angehörigen des akademischen Mittelbaues, als größte Gruppe der Universitätsbediensteten, daß sie bereit waren, sich mit Verantwortungsbewußtsein und höchstem Engagement für ihre Universität einzusetzen.** Wo es angebracht schien, wurde Widerstand organisiert, wo es sich zeigte, daß die Implementierung nicht mehr aufzuhalten war, wurde versucht, das bestmögliche aus der Situation zu machen. Die BUKO richtete unter der verdienstvollen Leitung von Herbert HOFER-ZENI eine UOG-Durchführungskommission ein, die in vielen Seminaren, Tagungen und Arbeitsgruppen Strategien erarbeitete und durch Faktensammlung und Beratung um die Koordination der Aktivitäten an den einzelnen Universitäten bemüht war. Wenn auch die Implementierung des UOG 1993 noch nicht abgeschlossen ist, so läßt sich doch feststellen, daß manche unserer Anregungen, beispielsweise in die Satzungen, aufgenommen wurden.

Das zweite einschneidende Ereignis, das die Arbeit der BUKO entscheidend beeinflusste, wurde durch die Budgetverhandlungen der 1994 neugewählten Bundesregierung ausgelöst. Die nach dem Organisationsrecht vom Ministerium in Angriff genommenen dienst- und besoldungsrechtlichen Maßnahmen gerieten zunehmend unter den Druck der Budgetsanierung und wuchsen sich zu einem Belastungspaket aus, das vorerst nur durch die politischen Wirren mit darauffolgender Neuwahl in seinen vollen Auswirkungen verhindert wurde. In den vielen Verhandlungs- und Gesprächsrunden zeigte sich aber immer deutlicher, daß die in den Regierungsprogrammen ohne Einbindung der Betroffenen festgelegten Ziele und Maßnahmen kaum Spielraum für alternative Vorschläge und Ideen ließen. Ein Umstand, der in der hochschulpolitischen Arbeit mehr Beachtung finden mußte und der mir demokratiepolitisch bedenklich erscheint.

Diese Probleme mußten zusätzlich zu den laufenden Tätigkeiten der BUKO, die sich auch intern in einer Phase der Neuorientierung und Umgestaltung befand, bewältigt werden. Ich möchte hier nicht inhaltlich darauf eingehen, denn darüber wird an anderer Stelle berichtet. Es ist mir aber ein persönliches Anliegen, auf die Tätigkeit der Menschen, die diese Organisation im eigentlichen Sinne mit Leben erfüllen, hinzuweisen, auf die vielen oft selbstausbeutenden akademischen Funktionärinnen, die in Kommissionen, Arbeitsgruppen oder Verhandlungsteams leitend und mitwirkend tätig sind, auf die Büro-

mitglieder, die unter der Leitung der Generalsekretärin Margit STURM mit selbstlosem Einsatz für den akademischen Mittelbau wirken. Sie alle haben mit Ihrer Tätigkeit erreicht, daß die BUKO von allen hochschulpolitischen Vertretungsinstitutionen als gleichberechtigter Partner anerkannt wird. Für mich waren die beiden Jahre als Vorsitzender eine beglückende Zeit, da mir Unterstützung und Freundschaft in unerwartetem Maße zuteil wurde.

Dafür danke ich.

Ass.-Prot.Mag. Walter Schollum
 ehem. Vorsitzender der BUKO
 Institut für Musikanalytik
 Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien
 e-mail: schollum@mhs.w.ac.at

Was heißt Mittelbau?

Anmerkungen zu einer undankbaren Rolle

Erhard Busek

Das Entstehen der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen - welch ein Titelmonster - fällt zusammen mit der Firnberg'schen Universitätsreform. Gesetze allein sind es nicht, sondern es war die geänderte Bewußtseinslage an den Schulen, die von den geistigen Veränderungen rund um 1968 ihren Ausgang nahm. Eine universitäre Gruppe artikulierte sich selbst, was nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch eine logische Entwicklung war. Meine Erfahrungen im Umgang mit der „BUKO“ waren zwanzig Jahre später, nach der Auslösung dieser **Veränderung, mit der die Universitäten im positiven wie im negativen Sinn nie ganz fertig geworden sind.** Die Zeit ist aber inzwischen nicht stehengeblieben und stellt auch neue Herausforderungen an die Universitäten. Zunächst sei einmal klipp und klarformuliert, daß die Politik ihre liebe Nothat, mit der Wirklichkeit fertig zu werden, gleichzeitig aber auch die Universitäten „mitzunehmen“ auf einer Zeitreise, deren Ziel naturgemäß nicht genau definierbar ist. Das Verhältnis zu meiner Zeit als Minister zur BUKO war ein ganz natürliches, nämlich das einer Interessenvertretung zum politisch Verantwortlichen in der Regierung. Daß es dabei gute Gespräche und Spannungen, Hoffnungen und **Enttäuschungen gab, liegt in der Natur der Sache und gehört** zum normalen Betrieb. Es ist ein Verdienst der BUKO, auf die Rolle des „Mittelbaus“ hingewiesen zu haben, und auch wesentliche Verbesserungen im Status und in der Verantwortung erzielt zu haben. Genauso problematisch ist es aber, daß manche Mittelbauvertreter den Mittelbau selbst mit der Universität als Ganzes verwechselt haben. Sicher kann der Betrieb ohne die von der BUKO Vertretenen an der Universität nicht stattfinden. Allzu sehr hatte die Art und Weise der **Mitbestimmung etwa durch Hausberufungen sowie die schleppende Abwicklung des täglichen** Betriebs an Instituten durch Institutskonferenzen den Charakter einer Inbesitznahme der Universität angenommen. Beispiele ließen sich noch viele anführen, ich möchte sie mir ersparen, weil sie allen mit dem Universitätsbetrieb Vertrauten ohnehin bekannt sind.

Damit wird aber auch die Problematik des „Mittelbaus“ deutlich. Sprache verrät vieles: so glaube ich, daß der gängige Ausdruck „Mittelbau“ an sich schon kein Glück darstellt. Zu sehr wird damit assoziiert, nicht Spitze zu sein, quasi in einer Sandwichfunktion zwischen den Professoren und Studenten zu leben, wobei der Sprachgebrauch des „Mittelbauern“ noch das seine dazu tut. Meines Erachtens hat die Standesvertretung hier auch falsch reagiert. Die Tendenz in der Gesetzgebung, aber auch in den Veränderungswünschen, ging immer stärker in die Richtung eines Beamtenmodells. Universitäten und Kunsthochschulen können aber nicht Teil des Beamtenstaates bleiben, weil das nicht nur der Entwicklung der Demokratie, sondern auch einer richtig verstandenen Freiheit von Forschung und Lehre widerspricht. Alle Ideen, die rund um die Abschaffung der Habilitation

geisterten, die „Ersitzungsmodelle“ für den Professorentitel vorsahen, ja auch der „a.o. Professor“ als oft verwendetes Trostpflaster für eine mangelnde echte akademische Karriere, sind Zeichen dieser Rollenunsicherheit. Diese Entwicklung wäre nur dann möglich, wenn man aus Universitäten und Kunsthochschulen verlängerte Höhere Schulen machen wollte, weil die Höheren Schulen inzwischen streckenweise schon zu Hauptschulen geworden sind. Dem widerspricht aber die Tatsache, daß junge Menschen nach Universität und Hochschule zu spät ins Berufsleben eintreten, weiters das lebenslange Lernen eine andere Verteilung von Bildung und Ausbildung verlangt. Der Mittelbau hat für sich als Argument die Massenuniversität, denn der Steuerzahler könnte nie so viele Ordinarien zur Verfügung stellen, um mit dem Betrieb selbst fertig zu werden. Inwieweit dadurch auch eine Verschulung des universitären Betriebes erzwungen wurde, überlasse ich der freien Beurteilung. Die hohen Studentenzahlen sind sicher ein Grund dafür, aber auch der Mittelbau hat hier infolge mancher Gebührenregelung durchaus seine Interessen gehabt. Ich muß hier allerdings einschränkend bemerken, daß diese Feststellungen sich von Fach zu Fach unterschiedlich sind, auch von der Größe der Universität abhängen und der Problematik von Generalisierungen unterliegen. Die Tendenz ist allerdings sorgsam zu registrieren.

Meiner Überzeugung nach ist es nach wie vor notwendig, daß ein Universitätsassistent versucht, eine akademische Karriere anzustreben. Wenn dies aus Grenzen der Begabung und gleichzeitig der Möglichkeiten an den Universitäten und Hochschulen selbst keine Chance hat, darf auf dieses Problem nicht mit Pragmatisierung geantwortet werden, sondern mit Durchlässigkeit. Es wäre wirkliche Interessenvertretung, wenn sich die BUKO für diese Durchlässigkeit in andere Berufsbereiche einsetzt. Das ist zugegebenermaßen eine schwierige Aufgabe, denn das österreichische Berufsrecht hat so seine Probleme mit der Durchlässigkeit. Wer sich aber die globale Entwicklung ansieht, weiß, daß dieser eigentümlichen Form von Stabilität ganz sicher keine Zukunft beschert ist. Es muß Qualität, es muß Spitze, ja ich wage es auszusprechen, es muß Elite geben. Eine richtige -Vertretung des „Mittelbaus“ muß zuallererst ein Interesse daran haben, denn nur so entsteht eine Sogwirkung zu mehr Möglichkeiten, zu besseren Chancen in Wissenschaft und Forschung, ja letztlich zu einem höheren Einkommen. Aktuell muß sich der Mittelbau damit auseinandersetzen, wie Qualitätssicherung an österreichischen Universitäten und Hochschulen durchgeführt wird. Ob da vielleicht nicht durch Einsparung von Bürokratie, durch mehr monokratische Organe, die auf bestimmte Zeit ein Mandat erhalten, einiges an Zeit und Kraft eingespart werden könnte, die man wieder der Wissenschaft widmen kann? Das alles soll emotionslos diskutiert werden, vielleicht nicht mit jener Empfindlichkeit, die oft an den Tag gelegt wurde, wenn man einige dieser Gesichtspunkte erwähnt hat.

Möglicherweise ist das alles seit 1995 besser geworden, jedenfalls würde ich das der BUKO für die nächsten zwanzig Jahre wünschen.

Johann Baptist Metz hat bei der Verleihung des Ehrendoktorates der Universität Wien darauf aufmerksam gemacht, daß die Universität von heute ihr Verhältnis zum sprach- und inhaltsverwandten Begriff der Universalität verloren hat. Das gilt nicht nur angesichts der **Aufspaltung der Fächer und der umsichgreifenden Unübersichtlichkeit der** Wissenschaftszweige, sondern auch hinsichtlich des Denkens der Universitätsgruppen. Die Universität wird die Herausforderung des 21. Jahrhunderts nur bestehen, wenn sie sich nicht als Gruppenuniversität begreift, sondern wieder gesamthaft als eine Einrichtung im Dienste der Menschen. Gerade Interessenvertretungen haben es in einem solchen Umdenkprozeß schwer, weil sie bedingt durch ihre Legitimation zu partikulärem Denken und Handeln neigen. Wenn es aber den einzelnen Gruppen nicht gelingt, diese Trendwende herbeizuführen, wird die Institution selbst ihren Platz verlieren. Da und dort regen sich schon Gedanken, außerhalb der Universität bestimmte Aufgaben durchzuführen, die durch die Fachhochschulen erweckten Hoffnungen sind jedenfalls Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Hier könnte der „Mittelbau“ sich neu als Mitte verstehen, jedenfalls als Treffpunkt eines gemeinsamen Interesses, der Universität ihre gesamthafte Aufgabe wiederzugeben. Das allerdings muß schleunigst durchgeführt werden. Vielleicht ist ein Jubiläum auch ein Anlaß, einen Umdenkprozeß einzuleiten und durchzusetzen.

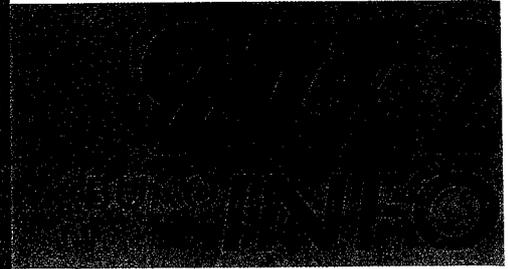
Dr. Erhard Busek
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung von 1989 bis 1994
Vizekanzler a.D., Vorsitzender des Instituts für den Donauraum
und Mitteleuropa (IDM)
[e-mail: erhard.busek@idm.or.at](mailto:erhard.busek@idm.or.at)



Festsymposium am 22.5.1997
im Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste
Lehargasse 6-8
1060 Wien

Weg zum Ort:

Vom Karlsplatz (U1, U2, U4) Richtung [Naschmarkt](#) an der Secession vorbei, rechts den Getreidemarkt Richtung Technische Universität und Akademie der bildenden Künste, links in die Lehargasse am Gebäude der Technischen Universität entlang bis zum freien Aufgang zwischen TU-Gebäude und Atelierhaus der Akademie der bildenden Künste. Es besteht keine Parkmöglichkeit!



P.b.b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1090 Wien

